

Axel Springer Verlag AG, Post 10 08 02, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 30-1 /
Herausnahme Kasse (0 20 54) 10 15 34 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr.
Großbritannien 63 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 Fr.
Niederlande 2,60 fl, Norwegen 7,50 skr, Österreich 13,50 S, Portugal 100 Esc.
Schweiz 6,50 sfr, Schweden 1,20 skr, Spanien 125 Ptas, Kanarische Inseln 150 Ptas.

POLITIK

Golfkrieg: Iran hat im Mittel- und Südschiff der Front eine Großoffensive gestartet. Auf beiden Seiten gibt es hohe Verluste. London will eine Fregatte und einen Zerstörer in die Straße von Hormuz entsenden, um dort operierende US-Einheiten zu unterstützen, falls Iran die Blockade der Ölroute versuchen sollte.

Ost-Berlin: Die Ständige Vertretung Bonn und andere westliche Missionen klagen über „unerträgliche“ Überwachung und Kontrolle durch „DDR“-Sicherheitskräfte. (S. 7)

Polen: Jetzt, da die Gewerkschaft „Solidarność“ offiziell nicht mehr existiert, lehnt die Kirche deren Wirken aus dem Untergrund ab, erklärt Primas Glemp bei einem Besuch in Brasilien. (S. 7)

Flucht: Ein 21-jähriger Mann aus der DDR konnte unverletzt die Grenzsperrung nach Niedersachsen überwinden.

Das politische Buch

Günter Rohrmoser bespricht die Neuerscheinungen „Zeitverhältnisse“ von Hermann Lübke und „Die unbewältigten Sozialwissenschaften“ von F. H. Tenbrück. Außerdem: Alexander Schwann über „Marxismus als atheistische Weltanschauung“ von Angelika Senge und Jens Hacker über „Was ist Deutschland?“ von Dieter Blumenwitz. S. 8

WIRTSCHAFT

Airbus: Mit Zuschüssen von 1,5 Milliarden DM beteiligt sich Bonn an den Entwicklungskosten der Kurz- und Mittelstreckenversion A-320. Paris will ebenso viel zahlen, London hat noch nicht entschieden. (S. 11)

Kraftwerk Union: Trotz weiterhin niedriger Kapazitätsauslastung von 51 Prozent konnte 1983/84 wie im Vorjahr ein Gewinn von 50 Millionen DM an den Aktionären Siemens abgeführt werden.

Strukturpolitik: Die Förderung industrieller „Ansiedlungen“ in strukturschwachen Gebieten der Bundesrepublik hat nicht die erhofften Ergebnisse gebracht, stellt

das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fest.

DGB: Die Mitgliederzahl sank im vergangenen Jahr um rund 100 000 auf 7,75 Millionen.

Autoversicherer: Die Haftpflichtversicherung wird ab 1. Januar 1985 erheblich teurer. Zugleich soll ein neuer Höchstbetrag von 65 Prozent eingeführt werden.

Börse: Die Aktienmärkte tendierten zum Wochenende schwach. WELT-Aktienindex 149,6 (151,7). Der Rentenmarkt war freundlich. Dollar-Mittelkurs 2,676 (2,704). Goldpreis je Feinunze 395,25 (399,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Der Ost-West- und der Nord-Süd-Konflikt genügen. Wir brauchen nicht auch noch West-West-Streitigkeiten“

Bundespräsident Walter von Nordeck-Helfferich, der eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA fordert. FOTO: DPA

KULTUR

Filmförderung: Die Bundesregierung des Deutschen Films lehnt es ab, Vorschläge zur Bundesfilmprämienverteilung zu machen. Als Grund wird genannt, dass Innenminister Zimmermann seine Vorstellungen zur künftigen Filmförderung noch immer nicht vollständig offengelegt habe.

Kölner Kunstschatz: Im Moskaner Puschkin-Museum ist eine Ausstellung der bekanntesten Kunstschatze des Römisch-Germanischen Museums aus der Römer- und Merowingerzeit eröffnet worden. In Köln wird derweil russische Malerei aus Anfang des 20. Jahrhunderts präsentiert.

SPORT

Ski: Deutsche Meister im Abfahrtslauf wurden in Schleching Regina Misenlechner (Inzell) und Klaus Gattermann (Bayerisch-Eisenstein).

Fußball: Der DFB hat dem umstrittenen Torwart Toni Schumacher schriftlich versichert, daß er für die Europameisterschaft in Frankreich aufgestellt wird. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Umweltgift: Die Luftverschmutzung in der Bundesrepublik ist übermäßig hoch. Unklar ist noch, welche Gesundheitsrisiken sie für den Einzelnen birgt. (S. 20)

Brummi-Blockade: Aus Empörung über schleppende Abfertigung am Grenzübergang Brenner durch den italienischen Zoll ha-

ben Fernfahrer in Bayern die Inland-Autobahn blockiert. In Österreich wird die Zufahrt zum Brennerpaß aus Protest gegen den Bummelstreik mit LKWs versperrt. Frankreich meldet ernste Versorgungsschwierigkeiten.

Wetter: Vereinzelt Regen oder Schnee. 0 bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Melungen: Exzesse in der Folterkammer J. Neander über Film- und Videokontrolle. S. 2

Fernsehen: Kein Interesse an den Nachbarn? ZDF-Aufkassendung zur Europawahl. S. 9

Präsidentenwahlkampf: W. Mondale - der zögernde Aufstieg eines Masterschülers. S. 3

Tennis: Nur minimale Chancen des deutschen Teams im Davis-Cup gegen Argentinien. S. 9

Hamburg: Nicht nur in der Hansestadt ist die Gesamtschule in einer schweren Krise. S. 4

Bonn: Unter den Grünen kam „so etwas wie Haß“ auf, Fischer will nicht mehr kandidieren. S. 10

Indien: Sikhs tragen ihren Kampf um mehr Rechte jetzt auf der Straße aus. S. 5

WELT-Report Brandstiftung: Einmal jährlich muß die elektrische Anlage zum TÜV. S. 16 und 17

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 7

Tankwagen: Hessen will zur Jagd auf „rollende Bomben“ blasen; verschärfte Kontrollen. S. 20

Golf-Krieg eskaliert. Schiffe schützen Straße von Hormuz

Stehen sich zur „Entscheidungsschlacht“ 500 000 Soldaten gegenüber?

DW, London
Neben neun amerikanischen stehen seit gestern auch zwei britische Kriegsschiffe bereit, Positionen an der Straße von Hormuz im Persischen Golf zu beziehen. Durch sie führt der Weg der meisten Öltanker, die Rohöl aus dem Nahen Osten transportieren. Nach Schätzungen von Experten werden derzeit täglich acht Millionen Barrel Öl durch die Straße von Hormuz verschifft. Das entspricht rund 20 Prozent des Öldarfs aller westlichen Länder. Bis vor wenigen Jahren wurden rund 40 Prozent des westlichen Öldarfs durch diese Meerenge transportiert.

Anlaß für die Verlegung der amerikanischen und britischen Schiffe ist die Drohung Irans, im Zusammenhang mit dem iranisch-irakischen Krieg die Straße von Hormuz zu blockieren. Die USA hatten ihre Kriegsschiffe schon vor einigen Tagen in die Region beordert.

Der iranisch-irakische Krieg, der nun schon 41 Monate dauert, ist gestern möglicherweise in eine entscheidende Phase getreten. Der irakische Präsident Saddam Hussein sprach in einer über Radio Bagdad verbreiteten Botschaft von einer Eskalation des Krieges. Wörtlich sagte Saddam Hussein: „Die Verbrecher

(Iraner) wollen offenkundig eine Entscheidungsschlacht“. Er forderte seine Soldaten zu entschiedenem Einsatz und zu Heldentum auf, damit verhindert werde, daß Iran die Bevölkerung Iraks zu Sklaven macht.“

Radio Teheran sendet seit gestern nur noch Militärmusik und Kriegsnachrichten. Im Mittelabschnitt der Front tobt, so hieß es in Teheran, eine „schwere Schlacht“, die iranischen Truppen hätten sich der strategisch wichtigen Straßen zwischen Bagdad und dem Erdölhafen Basra bis auf 17 Kilometer genähert.

Sowohl in Teheran wie in Bagdad hieß es, iranische Truppen hätten an zwei mehr als hundert Kilometer voneinander entfernten Abschnitten eine Offensive gestartet. Nach iranischer Darstellung wurden dabei erhebliche Geländegewinne gemacht. In Irak hieß es dagegen, die Angreifer seien völlig aufgetrieben oder in die Flucht geschlagen worden.

Die neue iranische Offensive, die unter dem Codenamen „Morgenröte 6“ läuft, begann genau eine Woche nach der gegen die irakische Grenzstadt Basra gerichteten Offensive „Morgenröte 5“, die offenbar vom Irak zurückgeschlagen wurde. Auf beiden Seiten soll es dabei insgesamt 7000 Tote gegeben haben.

DER KOMMENTAR

Schwund

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die Einzelgewerkschaften des DGB beklagen - nur drei der 17 sind davon ausgenommen - einen mehr oder weniger drastischen Mitgliederschwund. Insgesamt verlor der DGB 1983 etwa 100 000 Mitglieder. Bei einem Stand von knapp acht Millionen bedeutet das noch nicht die galoppierende Schwindsucht. Doch gut 40 Prozent des Gesamtverlustes treffen allein die IG Metall, und das will etwas heißen.

Mit einer Erklärung ist man schnell bei der Hand. Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und die Arbeitslosigkeit seien die Hauptursachen. So mag sich das in der Sicht von Gewerkschaftern ausnehmen, die in den achtziger Jahren die Arbeitslosigkeit mit ganz ähnlichen Hilfsprogrammen wie in den dreißiger Jahren bekämpfen wollen. Heißt das: nichts dazu gelernt? Auf die Idee, sich in kritischer Selbstprüfung zu fragen, welchen Beitrag zur Arbeitslosigkeit man selbst geleistet habe, kommen Gewerkschaften gemeinhin nicht.

Dabei hat die IG Metall Grund, sich solche Fragen zu stellen. Noch unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts hatte sie sich allzu lange nur für die Arbeitsbesitzenden zuständig gefühlt und sich von der Solidarität mit den Arbeitslosen entlastet, indem sie dem Staat die Verantwortung für die Beseiti-

gung der Arbeitslosigkeit zuschob. Dem sozialdemokratischen Kanzler wurden aufwendige Arbeitsbeschaffungsprogramme abverlangt, denen Schmidt als gelernter Ökonom mit begründeter Zurückhaltung gegenüberstand. Zum Glück haben die DGB-Gewerkschaften diese Haltung zumindest bei den Lohnabschlüssen korrigiert; doch das geschah spät, zu spät.

Jetzt versteift sich die IG Metall auf die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, statt einige Gedanken auf das zu verwenden, was ein Mann, der den Gewerkschaften ganz gewiß nicht fernsteht, wissenschaftlich herausgefunden hat. Professor Krupp vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin weist nach, daß nicht die moderne Technologie Arbeitsplätze kühlt, sondern daß Arbeit am ehesten dort verlorengeht, wo zu wenig modernisiert wird.

1983 verlor der DGB 100 000 Mitglieder

AP, Düsseldorf

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat im vergangenen Jahr rund 100 000 Mitglieder verloren, berichtet die Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit“. Die Zahl der DGB-Mitglieder ging auf 7,75 Millionen zurück. Die absoluten meisten Mitglieder verlor die Industriergewerkschaft Metall, deren Mitgliederzahl um 40 827 auf 2 535 644 zurückgegangen sei. Als Gründe für den Mitgliederrückgang wurden vor allem die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und die Arbeitslosigkeit angegeben.

Nach Angaben der Gewerkschaftszeitung verbuchten 14 der 17 im DGB zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften einen Mitgliederrückgang. Die Gewerkschaft der Eisenbahnen, deren Mitgliederstand um 5,3 Prozent (21 835) auf 386 565 gesunken ist, hat die prozentual höchsten Verluste hinnehmen müssen. Die nach der IG Metall größte Einzelgewerkschaft, die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), verlor 125 Mitglieder. Sie zählte Ende 1983 insgesamt 1 173 525 Mitglieder. Bei der drittgrößten Gewerkschaft, der IG Chemie-Papier-Keramik, ging die Zahl um 7803 auf 635 276 Mitglieder zurück.

Geringen Mitgliederzuwachs konnten laut „Welt der Arbeit“ nur drei Gewerkschaften verbuchen: die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (plus 32 auf 360 372), die Deutsche Postgewerkschaft (plus 999 auf 457 929) und die IG Bau-Steine-Erden, die von Januar bis Oktober 1983 ihre Mitgliederzahl um 1186 auf 524 286 steigern konnte.

Kohl verteidigt Bereitschaft zu Waffenlieferung

rt/ms, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat erneut die Bereitschaft seiner Regierung zu Waffenlieferungen an Saudi-Arabien verteidigt. In einem Interview mit der in Düsseldorf erscheinenden „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ erklärte Kohl, er sei von den erheblichen Bemühungen Saudi-Arabiens um Stabilität, Mäßigung und Ausgleich überzeugt. Die Bundesregierung glaube auch, daß dem Frieden im Nahen Osten am ehesten gedient werde, wenn die gemäßigten Kräfte unter den Arabern gestärkt würden.

Der Kanzler betonte, er habe bei seinem jüngsten Israel-Besuch der dortigen Regierung versichert, daß die Bundesregierung bei allen Entscheidungen auf diesem Gebiet die legitimen Interessen der mit der Bundesrepublik Deutschland befreundeten Länder in der Region berücksichtigen werde. Sie sei sich auch ihrer Verantwortung für die Sicherheit Israels bewußt. Im übrigen dürften „Beurteilungsunterschiede auf diesem Gebiet nicht das beherrschende Thema der deutsch-israelischen Beziehungen sein“, sagte der Kanzler.

Er habe in Israel versichert, so betonte Kohl, „daß gerade wir Deutschen mit besonderem Nachdruck für gesicherte und anerkannte Grenzen Israels eintreten. Dabei konnte ich auch klarstellen, daß wir das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes natürlich nicht um den Preis der Zerstörung Israels befürworten, sondern nur im Zusammenhang einer ausgehandelten Friedensregelung, der auch Israel zustimmen muß.“

C-Waffen: Entgegenkommen des Kreml?

Moskau will Kontrolle vor Ort zulassen / Nitze gegen Stationierungsstopp

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Wenige Tage nach der Amtseinführung des neuen sowjetischen KP-Generalsekretärs Tschernenko hat Moskau im Abrüstungsdialog zwischen West und Ost Kompromißbereitschaft erkennen lassen. Die Sowjetunion will bei der Vernichtung von chemischen Waffen eine internationale zusammengesetzte Kontrollkommission zulassen. Unterdessen warnte der amerikanische Unterhändler Paul Nitze vor westlichen Stimmen, die als Preis für die Rückkehr der Sowjetunion an den Genfer Verhandlungstisch über die Mittelstreckenwaffen eine Stationierungspause in Westeuropa vorgeschlagen hätten.

US-Botschafter Nitze sprach sich vor Journalisten in Washington gegen irgendwelche westlichen Konzessionen gegenüber der Sowjetunion aus. Die Sowjetunion habe die Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Genf abgebrochen. Es sei deshalb an ihr, jetzt guten Willen zu zeigen. Eine Pause bei der Stationierung von amerikanischen Marschflugkörpern und Pershing 2-Raketen in Westeuropa würde den Ausgang

SEITE 2:
Chemisch unrelig

der INF-Verhandlungen scheitern lassen als neue Mittelstreckenwaffen der NATO in Europa zu akzeptieren. Als wahrscheinlicher bezeichnete der Botschafter die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Verringerung der strategischen Waffen (START).

Im Genfer Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen, in dem vierzig Länder mitarbeiten, zeigte der sowjetische Vertreter hingegen eine gewisse Konzessionsbereitschaft zur Abrüstung der chemischen Waffen. Bundesaußenminister Genscher be-

grüßte für die Bundesregierung den jüngsten sowjetischen Schritt. Am Dienstag hatte der sowjetische Botschafter Wiktor Issaevian die sowjetische Bereitschaft erklärt, bei der Vernichtung chemischer Waffen eine ständige Überwachung durch eine internationale Kontrollkommission zuzulassen. Westliche Konferenzteilnehmer in Genf hatten von einem „ersten Abrüstungspolitischen Signal der neuen sowjetischen Führung“ gesprochen. Issaevian zufolge will Moskau die ständige Anwesenheit von Inspektoren an den für die Vernichtung von C-Waffen vorgesehenen Anlagen zulassen. Bisher hatte die Sowjetunion solche Inspektionen für die Phase der Vernichtung gelagerter chemischer Kampfstoffe nur von Fall zu Fall und nach bestimmten Kriterien zulassen wollen.

Außenminister Genscher erklärte, in den kommenden Verhandlungen werde es darauf ankommen, mit der Sowjetunion auch in anderen Bereichen die notwendigen Kontrollen zum Abschluß eines Abrüstungsvertrages über C-Waffen zu vereinbaren. ● Fortsetzung Seite 10

Libanon: Gemayel steht vor Dilemma

Christen fordern Beibehaltung des Abkommens mit Israel / Jerusalem spricht mit Drusen

DW, Beirut
Libanons Staatspräsident Amin Gemayel ist von seinen Christen in seinem Lande gewarnt worden, das Abkommen zwischen Beirut und Jerusalem vom Mai 1983 zu annullieren. Der frühere Staatspräsident Camille Chamoun und der Chef der christlichen Milizen Frem drohten, Gemayel ihre Gefolgschaft aufzukündigen, wenn er nicht an dem Abkommen mit Israel festhält, das unter anderem den gleichzeitigen Abzug der syrischen und israelischen Truppen aus Libanon vorsieht.

Damit steht Gemayel vor einem Dilemma: Nach dem Auseinanderbrechen der regulären libanesischen Armee wies Berichte falangistischer Kreise zurück, die israelische Armee sei auf Beirut vorgestoßen. Diese Stellen hätten, so Arenal, ein Interesse an neuen Kämpfen zwischen Israel und Syrien.

Jerusalem habe keine derartige Absicht. Im Gegenteil, Israel habe seinen jüngsten Vorstoß nördlich der Awail-Linie mit den drusischen Mil-

zen abgesprochen. Deren Chef Dschumblatt arbeite eng mit den Syrern zusammen. Doch habe er sich Jerusalem gegenüber verpflichtet, den palästinensischen Freischärler die Errichtung von Stützpunkten zu verbieten, so Arenal.

Aus anderen Quellen in Jerusalem wurde bekannt, PLO-Gruppen hätten zwar an der Seite der Drusen gegen die Christen gekämpft, doch sei ihnen dann nicht gestattet worden, in dem gewonnenen Gebiet zu verbleiben. Dschumblatt tue dies, weil ihm die israelische Armee klargemacht habe, sie würde Terroristen auf drusischem Gelände unter keinen Umständen dulden und sie, falls nötig, mit Gewalt vertreiben. In diese Kontakte hat sich die Führung der israelischen Drusen aktiv eingeschaltet.

Die neue Libanon-Politik Israels bedeutet eine Abkehr von dem langjährigen Bündnis Jerusalems mit den Falangisten. Die israelische Politik in Libanon ist nicht mehr ausschließlich

Notaufnahmehager Gießen überfüllt

GREGOR KONDEK, Berlin

Das Bundesnotaufnahmehager in Gießen - erste Aufnahmeaktion für ehemalige politische Flüchtlinge, Flüchtlinge und Übersiedler aus der „DDR“ und Ost-Berlin - bereitet sich auf eine Ausweitung seiner Aufnahmefähigkeit vor. Derzeit maximal 600 Plätze, vor. Damit scheinen sich Informationen über den Anstieg der Zahl derer, die aus der „DDR“ ausreisen dürfen, zu bewahren. Allein im Januar soll die „DDR“ 1000 Ausreiseträger genehmigt haben (WELT vom 8. 2.). Von der Bundesregierung wurde der generelle Anstieg der Übersiedlerzahlen aus der „DDR“ bestätigt, aber dabei keine konkreten Zahlen genannt.

Seit November ist die Zahl der Übersiedler aus der „DDR“ kontinuierlich gestiegen. Nach Angaben des Bundesausgleichsamtes waren es im November 697 legale Übersiedler, im Dezember 926 und im Januar wurden 1183 gezählt. Diese Zahlen liegen deutlich über den jeweiligen Vergleichswerten des Vorjahres.

Diese Entwicklung soll in nicht unerheblichem Maße einen finanziellen Hintergrund in Ost-Berlin haben. Ebenso gewichtig dürften aber innenpolitische Gründe sein, die neben

dem „Abtransport“ von innenpolitischen Unruhefaktoren, die steigende Zahl der Arbeitslosen in der „DDR“ betrifft. Informationen der WELT besagen, daß bei den Abteilungen Innere der jeweiligen Kreisräte in der „DDR“ die Zahl der dort gemeldeten Arbeitslosen steigt. So wurden in Jena, Rudolstadt, Apolda, Arnstadt, Weimar, Erfurt und Suhl in Thüringen lange Warteschlangen von Arbeitsuchenden registriert.

Die Zahl derer, die in diesem Jahr aus politischer Haft in der „DDR“ freigegeben werden, scheint ebenfalls zu steigen. So ist nach Berichten ehemaliger politischer Häftlinge die Abschiebepflicht der Staatssicherheitsdienstes in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) überfüllt. Insgesamt warteten dort zur Zeit angeblich 2000 politische Häftlinge auf ihren Abtransport.

Anzeige



Das macht seinem Namen Ehre.

KÖNIG-PILSENER...wie der Name schon sagt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chemisch unrein

Von Herbert Kremp

Die Sowjets erhöhen die Zahl ihrer einsatzbereiten SS-20-Raketen gegenüber Europa und Asien und bestücken gleichzeitig ihr osteuropäisches Glacis mit Kurzstreckenwaffen. In Genf bietet Moskau zum erstenmal in obligatorischer Form die Kontrolle der Vernichtung chemischer Waffen durch internationale Inspektoren an Ort und Stelle an. Besteht zwischen Tat und Angebot ein Widerspruch, oder lassen sich die beiden Elemente als unterschiedliche Signale für ein und denselben Wunsch deuten, gerissene Verhandlungsfäden wieder zu knüpfen?

Bisher hat sich die Sowjetunion kategorisch geweigert, ausländischen Inspektoren den Zugang zu militärischen Sicherheitsbereichen zu öffnen. Das Verfahren paßt nicht zur geschlossenen Gesellschaft kommunistischer Art, in der expansive Politik, extremes Sicherheitsdenken und eine von anhaltender Spionagefurcht motivierte Geheimniskrämerei die Staatsveranwortung prägen. Daran sind bisher alle Abrüstungsverhandlungen gescheitert. Aus diesem Grunde muß das sowjetische Angebot genau geprüft werden, bevor man das große Wort vom „historischen Zugeständnis“ verwendet, wie es dem FDP-Abrüstungsexperten Feldmann passierte.

Was haben die Sowjets in Genf erklärt? Sie wollen Inspektoren dort zulassen, wo verbotene chemische Kampfstoffe vernichtet werden. Das wäre in der Tat etwas Neues, aber es wäre nicht viel. Entscheidend ist der Einblick in das Arsenal aller vorhandenen Waffen. Er wird aber nicht gewährt. Seine Voraussetzung, Kontrollen im Verdachtsfall, lehnt die Sowjetunion weiter ab. Sie will nicht zeigen, was sie besitzt, sie will nur zeigen, was sie laut Vereinbarung nicht mehr besitzen will. Das kann viel, das kann wenig sein. An Geheimgehaltenes, gegen das sich Verdacht regt, an tödliche Waffen beliebiger Quantität, über die nichts vereinbart wurde, kommt kein ausländischer Inspektor heran. Es kann, es wird wahrscheinlich das Wichtigste sein.

Was also bezweckt der sowjetische Vorschlag? Er soll im Westen hoffnungsvolle Stimmung verbreiten. Er soll suggerieren, daß Moskau zum Entgegenkommen bereit sei. Moskau ist zu der Erkenntnis gelangt, daß es durch Verhandlungen das Lager des Westens tiefer beunruhigen kann als durch gepreßtes Schweigen. Die Sowjets drängen in die Schlagzeilen zurück. Sie wollen erreichen, daß der Westen sich selbst zu Konzessionen drängt. Forcierte Raketen-Rüstung und Abrüstungsavancen sind zwei Wege zum gleichen Ziel.

Was – nicht töten dürfen?

Von Enno v. Loewenstern

Zweifelloso, meinte Frau Sabine Kramarczyk, würde durch dieses Projekt eine Vielzahl von Problemen aufgeworfen. „Dieses Projekt“ ist der Antrag der Bundesrepublik Deutschland, eingebracht in der UNO-Menschenrechtskommission, die Todesstrafe weltweit abzuschaffen. Worin sieht Frau Kramarczyk die Probleme? Das hat sie nicht verraten.

Die Zuhörer können es sich jedoch denken. Frau Kramarczyk vertritt nämlich die „DDR“ in der Menschenrechtskommission. Die Zusammenstellung erbringt täglich neue Peinlichkeiten. Am Tage zuvor hatte der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland darüber gesprochen, daß den Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten werde.

Er hatte sich freilich sehr behutsam ausgedrückt. Die Bundesregierung ist bemüht, die „DDR“, der sie ja nun einmal das Entree in die UNO verschafft hat, dort in keine Ecke zu treiben. Und wenn das neue Mitglied sich in Organisationen wie der Unesco mit neuen Weltmedienordnungen und anderen Wunderdingen als wahre Vertretung der wahren Menschheitsinteressen aufspielt, dann hält die Bundesrepublik sich taktvoll mit Bewertungen zurück.

Nun ist von Interessen leicht reden; mit Rechten ist das etwas anderes. Der „DDR“ wird oft auch von westlichen Adressaten bescheinigt, daß ihr System etwas mit Fortschritt zu tun habe. Nur über die Todesstrafe redet der Fortschritt ungern im Zusammenhang mit den östlichen Verhältnissen. Jeder weiß, mit welchen Mitteln den Deutschen in der Zone die Ausübung der Selbstbestimmung vorenthalten wird, speziell dann, wenn sie in der Form des Grundrechts der Freizügigkeit ausüben wollen. Was würde das SED-Regime machen, wenn es ein internationales Verbot der Todesstrafe gäbe? Es sähe eine Vielzahl von Problemen aufgeworfen.

Soutane und Pistole

Von Andreas Wild

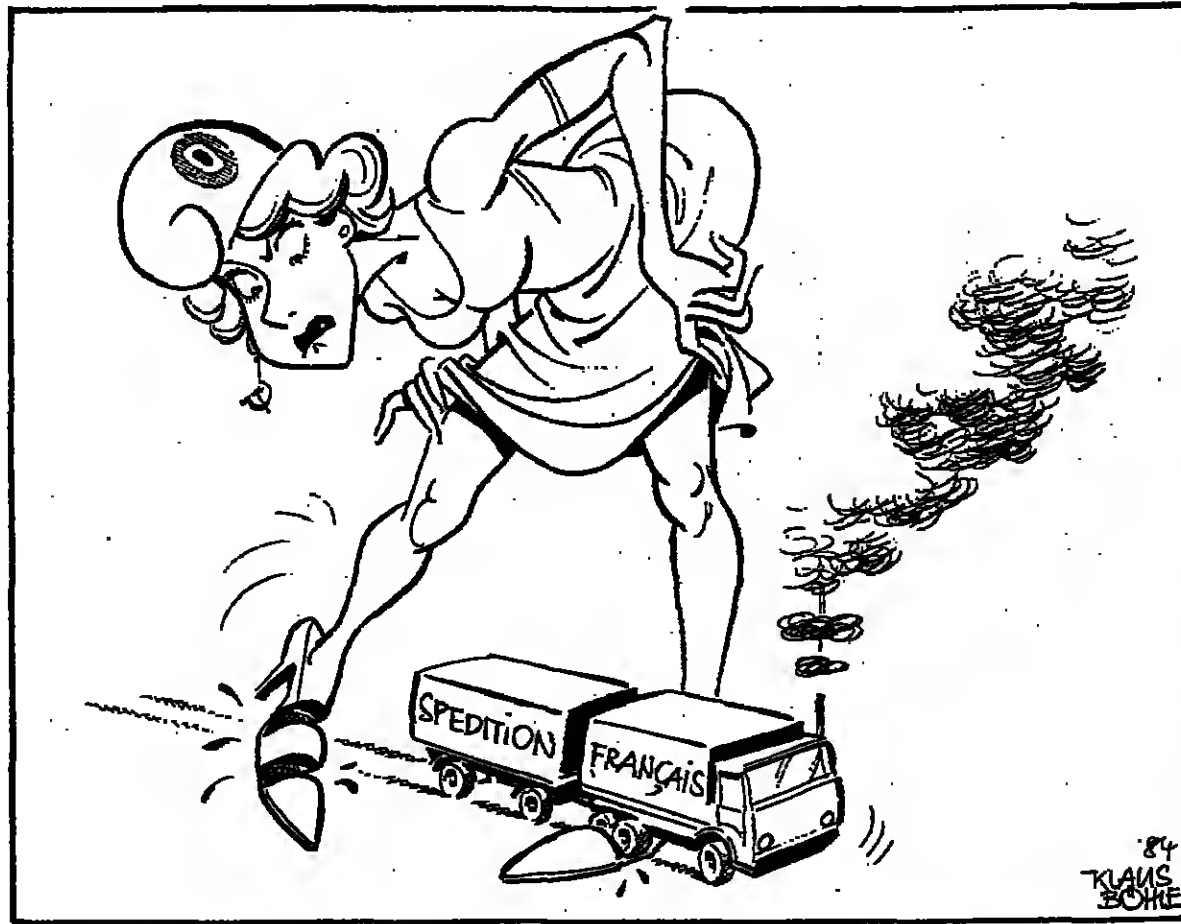
Entwicklungspolitische Aktions- und Informationsgruppen, so lesen wir in einer linken Zeitung, hätten Krach geschlagen, weil das Bonner Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit kein Geld mehr für die „entwicklungsbezogene Bildungsarbeit“ bereitstelle und gewisse Dokumentarfilme, die noch unter der alten Koalition hergestellt worden seien, nicht mehr kostenlos verteilte.

Um zu erkennen, was für eine „Bildungsarbeit“ da gemeint ist, genügt schon ein Blick auf die Titel der nun nicht mehr geförderten Filme. „Warum Christen die Gewalt bejahen“ heißt einer der Streifen und ein zweiter „Soutane und Pistolen“. In beiden geht es um die völlig ungenierte Verherrlichung einer marxistischen, mit christlichen Phrasen verbrämten Stadt- und Landguerrilla.

Wieder ein anderer Film, „Die neuen Herren sind die alten“, giftet gegen die erfolgreiche Zusammenarbeit von Frankreich und der Elfenbeinküste auf wirtschaftlichem Gebiet. „Banane-Libertad“ ist ein reiner Hetzfilm gegen die USA, und „Mbogos Ernte“ macht sich stark für eine „neue Weltwirtschaftsordnung“, wie sie die UNO seit Jahren befürwortet; sie läuft auf eine extrem sozialistische Zwangswirtschaft hinaus.

Man muß den „Aktions- und Informationsgruppen“ geradezu dankbar sein, daß sie mit ihrem Wehklagen an die Öffentlichkeit gegangen sind. Auf diese Weise erfährt der biedere Steuerzahler endlich einmal, wie die entwicklungspolitische „Bildungsarbeit“ aussieht, die Bonn jahrelang betrieben hat. Es handelt sich ganz offensichtlich um größten Agitprop, dazu bestimmt, die westliche (und also auch die eigene deutsche) Entwicklungshilfe als „Neo-Imperialismus“ zu verunglimpfen.

Ganz unverständlich ist deshalb, warum die neue Leitung des Ministeriums, die allmählich darangeht, den Augiasstall auszumisten, der Öffentlichkeit gegenüber verlegene Phrasen bemüht, um ihr Tun zu „rechtfertigen“. Die Filme seien „veraltet“ heißt es. In Wahrheit sind sie nicht veraltet, sondern von A bis Z falsch, plump demagogisch und politisch schädlich. Sie nicht mehr zu fördern, ist ein Gebot der Vernunft.



Das tut weh!!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHL

Exzesse in der Folterkammer

Von Joachim Neander

Für den Kinofilm „Exzesse in der Folterkammer“ wird in der Bundesrepublik zurzeit mit dem Text geworben: „In ganz Europa verboten – bei uns trotzdem frei!“ Wen wundert das die Helix, in der in Bonn plötzlich alle politischen Lager (nicht ganz im Gleichklang natürlich) nach gesetzlichen und anderen Maßnahmen rufen, mit denen man die Woge einer nicht mehr beschreibbaren Brutalität vor allem auf dem Markt der Videofilme wenigstens eindämmen kann?

Die Novelle zum Jugendschutzgesetz ist mitten in der Beratung. Ob die ins Auge gefaßte sogenannte „Kino-Lösung“ auch für den Video-Markt (freiwillige Selbstkontrolle der Branche, Beschränkungen je nach Altersstufe) wirklich das gewünschte Ziel erreicht, ob nicht unerwartete technische Schwierigkeiten für die Videotheken auftauchen, ob schließlich nicht die gebotene Eile die ebenso gebotene Gründlichkeit der Überlegungen nicht bereits in Frage zu stellen beginnt – über all das wird am Schluss die Praxis befinden. Die entscheidenden Fragen jedoch bleiben – was immer in Bonn beschlossen wird – davon unberührt.

Erstens: Woher kommt die ungeheure Nachfrage nach diesen Entsetzlichkeiten beschriebener und gefilmter Grausamkeit? Zweitens: Was befähigt Millionen junger Menschen nicht nur in der Bundesrepublik, diese zum Teil Ekel, Brechreiz oder ohnmächtige Wut erzeugenden Produkte mit einem kühlen Gleichmut über sich ergehen zu lassen, der nachdenkliche Beobachter fast noch mehr erschüttert als die gezeigten Filme selbst?

Wer sich diesen beiden Fragen stellt, muß den Bogen etwas weiter spannen als nur über die jüngsten Phasen medienpolitischer Tagesdebatten. Natürlich kommt da auch die legendäre „Aktion Saubere Leinwand“ vor fast zwanzig Jahren wieder ins Blickfeld. Dem vergleichenden Beobachter fällt dabei Verblüffendes auf.

Einige der Stimmen, die damals gönnerhaft oder hämisch ihren Hohn über den streitbaren Professor Adolf Susterbenn und seine Helfer ausschütteten, scheinen regelrecht einen Stimmbruch erlebt zu haben. Verkehrte Fronten, verkehrte Argumente bis hin zur Sprache. Zeitungen, die damals

„Schmutz und Schand“ nur in Anführungsstrichen schrieben, reden heute unbefangen von Videoschmutz und Videoschand – ganz ohne „Tüddelchen“ und so, als seien es neue Wortprägungen. Statt dessen erscheint heute das Wort Freiheit – damals das wichtigste Feldzeichen im Streit gegen die, wie man glaubte, reaktionäre Beschwernbewegung für eine „Saubere Leinwand“ – auffällig oft nur noch an- und abgeführt.

Sozialdemokratische Minister rufen angesichts der Videogewalt die Eltern auf, endlich – so wörtlich – ihre Rechte und Pflichten als Erzieher wahrzunehmen. Ein Bremer Professor läßt deutlich erkennen, daß er im Grunde für „präventive Eingriffe“ bei den Produzenten ist. Doch Artikel 5 Grundgesetz verbietet jede Zensur. Das Wortchen „Leider“ wird nicht ausgesprochen. Aber man hört es durch. Und Zeugen von Vorfällen der Kannibalen- oder Zombie-Filme im geschlossenen Expertenkreis berichten verblüfft von der Heftigkeit, mit der vor allem politisch eindeutig links ausgerichtete Religionslehrer sofort nach der Todesstrafe für Hersteller und Verteiler rufen. Tempora mutantur. Die Vergeltlichkeit feiert Triumphe.

Niemand wird behaupten, daß es eine direkte Brücke gebe zwischen Ingmar Bergmans „Schweigen“ von 1966, über das Susterbenn und Freunde sich erregten, und den Foltersequenzen von heute. Doch das zumindest auf der Seite der



Siegt der Ekel über die Unempfindlichkeit? Video-Folterfilm. FOTO: POLY-PRESS

Konsumenten eine langsame, aber stetige Entwicklung zu einer immer deutlicher werdenden Unempfindlichkeit gegen alle Reize sowohl in Sachen Sexualität als auch bei Gewalt und Grausamkeit stattgefunden hat, läßt sich kaum leugnen.

Auch die Erwartung, die allmähliche „Enttabuisierung“ der Sexualität in der Gesellschaft werde das durch Verdrängung angestaute Gewaltpotential verringern, hat sich nicht erfüllt. Daß zwischen Sexualität und Gewalt Verbindungen bestehen, ist offenkundig. Aber die Annahme, man könne aus einem Cocktail aus Marx, Marcuse und Reich den neuen, friedvollen Menschen erstehen lassen, hat sich nicht bestätigt. Die Propheten dieser Religion der sozial-sexuellen Befreiung sitzen inzwischen zum Teil als Hochschullehrer auf Lebenszeit im Abseits. Die Griesgrämlichkeit des Vergessenswerdens prägt bei manchem schon die Gesichtszüge. Sexualkundeunterricht ist weithin langweilig geworden. Im Fernsehen streiten ehrbare, tiefsterse Damen und Herren – wie neulich erst – um die Frage, wo der weibliche Orgasmus entsteht (zu ihrem Glück wissen sie nicht, daß man vielfach Tränen über sie lacht). Zur Sommerzeit erregen selbst kopulierende Paare in Parks kein Aufsehen mehr. Sexuelle Tabus werden allenfalls in der Frauenbewegung neu aufgerichtet.

Aber Gewalt und Brutalität hat dies alles eher noch anwachsen lassen. Rezipiente dagegen sind nicht in Sicht. Billige Formeln wie die von der „herrschenden Gesellschaftsordnung“, die das alles hervorbringe, sind verbraucht. Und es tröstet nicht, daß der jäh Antipornoeifer bei vielen erst aufgetaucht ist, seit Video ihr Monopolfernsehen bedroht. Doch könnte es sein, daß Hilfe ebenso unerwartet kommt wie zuvor die Bedrohung.

Der Leiter der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften berichtet von erstaunlichen Erfolgen, die er mit einem simplen Appell an Anstand und Rechtsempfinden bei den Betroffenen erzielt. Und soeben meldet der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus den USA, dort stehe man fassungslos einem steilen Umsatzrückgang bei Horrorfilmen im letzten Jahr gegenüber.

Ende einer Isolation nach einem halben Jahrtausend

Was die Allerhöchsten Könige erstrebten, vollendet der konstitutionelle König / Von Rolf Götz

Geredet wird von Obst und Gemüse, von Olivenöl, Wein und Schweinefleisch. Aber wenn sich die Unterhändler Spaniens und der EG in Brüssel in jedem einzelnen Falle darüber geeinigt haben, wenn die europäischen Zollschranken für die spanische Produktion fallen – bis zum 30. September –, dann liegt eine Entscheidung auch von hoher politischer Bedeutung vor.

Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzalez kündigte an, daß seine Leute in Brüssel ausdauernd und hart um möglichst geringe Übergangsfristen für den Verkauf spanischer Landwirtschaftsprodukte und möglichst lange Fristen für die industrielle Anpassung kämpfen werden. Die gleiche Härte erwartet man von der Kommission. Aber darüber herrscht kein Zweifel in Madrid: Das Ziel bleibt der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft bis zum 1. Januar 1986. Man wird es nicht wegen ein paar Tonnen Tomaten mehr oder weniger auf Spiel setzen.

Für die Spanier bedeutet die Auf-

nahme in die EG wesentlich mehr als der Beitritt zu einem gemeinsamen Markt. Die Integration soll der Isolation ein Ende setzen, in die Spanien sich vor fünfhundert Jahren begab. Und zwar im Interesse Europas – so, wie Spanien dieses Interesse in einem acht Jahrhunderte währenden Kampf gegen den Islam verteidigte. Nach dem Sieg ging es für die Allerhöchsten Könige um das von Kaiser Karl I. angestrebte Imperium, das die christliche Europa umfassen sollte. Die Reformation ließ diese erste europäische Reichsidee zerbrechen und isolierte Spanien jenseits der Pyrenäen.

Renaissance und französische Revolution konnten schon deshalb in Spanien nicht das gleiche Echo finden wie im übrigen Europa. So versuchten gegen Ende des vorigen Jahrhunderts spanische Philosophen den Anschluß wiederherzustellen. Ein Bemühen, das seine Zeit brauchte; das paradoxerweise auch dadurch eingedämmt wurde, daß es der jeweiligen Staatsführung gelang, die Na-

tion aus den beiden Weltkriegen herauszuhalten. Ein Umstand, der gerade viele konservative Kräfte des Landes empfehlen ließ, sich auch der NATO fernzuhalten, als diese um den spanischen Beitritt warb.

Die Errichtung der konstitutionellen Monarchie eröffnete außenpolitisch neue Chancen, denn die Etablierung eines demokratischen Systems war von der EG als Voraussetzung für den Beitritt gefordert worden. Acht Jahre sind seither verstrichen, ohne daß sich der spanische Wunsch erfüllte. Und fast zwei Jahre, seit Spanien der NATO beitrug. Aber NATO und EG hängen als Bündnisformen der westlichen Schicksalsgemeinschaft weit enger zusammen, als dies die Kommissionäre über Tomaten und Apfelsinenlisten in Brüssel erkennen ließen.

Das große Verdienst der im Oktober 1982 abgewählten Regierung Calvo Sotelo bestand in dem nur wenige Monate vorher eiligst vollzogenen und von der Atlantischen Gemeinschaft freudig begrüßten

IM GESPRÄCH Liv Ullmann

Fast Unmögliches erreichen

Von Margarethe von Schwarzkopf

Sie habe im Leben alles gehabt, was sie je hätte erreichen können und wollen. „Wenn ich heute sterben müßte, so könnte ich sagen, daß mein Leben vollendet war. Nur eines bedauere ich: daß ich nicht mehr Zeit für meine Tochter Liv gehabt habe. Von allen Rollen, die ich je gespielt habe, war die Mutterrolle im alltäglichen Leben die schwierigste.“

Die Frau, die diese Sätze jüngst in einem Interview sagte, ist erst 46 Jahre alt. Seit fast zwanzig Jahren aber gehört sie zur ersten Garde der internationalen Schauspielerinnen. 1966 wurde sie von Ingmar Bergman entdeckt, der ihr die Hauptrolle in dem Film „Persona“, das Schicksal einer stummen Schauspielerin, anvertraute. Jahrelang galt die Norwegerin Liv Ullmann, die in Tokio geboren und während des Krieges in Kanada aufgewachsen ist, als „Bergmans Ge- schöpf“. Inzwischen hat sie sich aber längst aus ihrer Pygmalion-Beziehung befreit, obwohl sie heute noch mit Begeisterung und Dankbarkeit von ihrer Zeit als Bergmans Star und Lebensgefährtin spricht. „Natürlich verdanke ich Bergman unendlich viel. Er hat mir großartige Rollen gegeben in Filmen wie „Scenen einer Ehe“, „Füßler und Schreie“ oder „Herbstsonate“. Er hat mir gezeigt, daß man mit dem Willen fast Unmögliches erreichen kann und daß in jedem Schauspieler eine Reserve von Kraft und Begabung steckt, die man selbst nicht unbedingt erkennt. Vor allem aber stammt meine Tochter Liv aus unserer Beziehung – das größte Geschenk, das er mir je gemacht hat“.

Liv Ullmann dreht heute kaum noch Filme. Sie ist für die Unesco unterwegs, kümmert sich in aller Welt um Kinder, die in Elend und Krieg aufwachsen, die in Lagern leben oder in Hungergebieten. Zwei Drittel des Jahres ist sie als Botschafterin der Unesco tätig, tritt bei Veranstaltungen auf, diskutiert über die Probleme ihrer Sorgenkinder, wirbt für ihre Organisation. Mit dem Widerspruch, für die Kinder in aller Welt



Von der Leinwand in die Diplomatie: Liv Ullmann. FOTO: DW

aufzutreten und das eigene Kind manchmal hintanzustellen, um Spannungen bei der Beurteilung der preisverdienden Filme zu entschärfen, ist sie freilich geübt. Nicht nur durch ihre Rolle als prominenteste Vertreterin der Unesco, sondern auch durch ihre langjährige Erfahrung als Lebensgefährtin Bergmans. Liv Ullmann aber hat auch das gemeistert, wie die vielen anderen Rollen in ihrem Leben, die vielen sehr unterschiedlichen Aufgaben, die sie sich selbst gestellt hat. Sie ist das, was man im Englischen „a woman for all seasons“ nennt, zu deutsch etwa: eine Frau für alle Situationen.

Ihrer Jury gehören sehr verschiedene Persönlichkeiten aus dem internationalen Filmgeschäft an. Zum Beispiel Jules Dassin, der amerikanische Regisseur und Ehemann von Melina Mercouri; auch Vertreter aus dem Ostblock und aus Südeuropa zählen dazu. Im Schlichten der Wogen heftiger Diskussionen, um Spannungen bei der Beurteilung der preisverdienden Filme zu entschärfen, ist sie freilich geübt. Nicht nur durch ihre Rolle als prominenteste Vertreterin der Unesco, sondern auch durch ihre langjährige Erfahrung als Lebensgefährtin Bergmans. Liv Ullmann aber hat auch das gemeistert, wie die vielen anderen Rollen in ihrem Leben, die vielen sehr unterschiedlichen Aufgaben, die sie sich selbst gestellt hat. Sie ist das, was man im Englischen „a woman for all seasons“ nennt, zu deutsch etwa: eine Frau für alle Situationen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Münchener Merkur

Das Blatt merkt zum jüngsten Auftritt des IG-Metall-Vize Steinhilber an:

Die Reizwörter haben längst keinen Reiz mehr: Mitbestimmung, Investitionslenkung, Verstaatlichung. Millionen Arbeiter haben überlebt, die große Gähnen, wenn verstaubte Kampfparolen wiederbelebt werden sollen. Die Stimmung steht weder auf Staatseigentum noch auf Funktionsarbeitskraft. Man hat andere Interessen, Sorgen und Probleme: Arbeitsplatzsicherung, Preisstabilität, Altersversorgung. Wenn Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten das Sesselschleichen polieren, vergrößert sich – das ist längst weithin begriffen worden – weder der Freiheitsraum des Einzelnen noch seine Menschenwürde. ... Steinhilber hat neben neben der Vergesselschaft von Schlüsselindustrien eine gleichberechtigte Mitbestimmung und Investitionslenkung gefordert. Das seien, meint er, keine verstaubten Erinnerungsposten. Was da aufgedampft wurde, sind uralte Hüte. Da sie sicher nicht als Faschingsartikel angeboten werden sollen, muß es eine andere Absicht geben. Etwa die der zusätzlichen Verunsicherung der Arbeitgeberseite? Oder sollen jene aus dem Gewerkschaftslager überbott werden, die mittlerweile moderate Zwischenstöße zur 35-Stunden-Woche von sich geben?

DIE PRESSE

Zu den Straßenblockaden in Frankfurt meldet die Wiener Zeitung:

Die Interessenvertreter, die da auf die Straße gehen, Blockaden errich-

ten lassen und innerstaatliche Machtkämpfe ganz bewußt auf die Ebene internationaler Konflikte tragen, kopieren nur, was ihnen Regierungen allenthalben auf höherer Ebene vorexerzieren. Der weltweit Freiland wird längst nur noch in Sonntagsreden beschworen, während in der Praxis die Grenzen abgeschottet werden. Den sogenannten Europa-Politikern stünde es gut an, sich in nächster Zeit weniger um die Erweiterung der EG als um das Funktionieren der bestehenden Gemeinschaft zu kümmern. Von echter Integration kann ja ohnehin längst keine Rede mehr sein. Wenigstens aber sollte der internationale Warenaustausch schleunigst von Blockaden aller Art befreit und nachhaltig gesichert werden. Ein Rückfall in alte Raubritter-Traditionen gefährdet nämlich auf die Dauer auch den Wohlstand derer, die in der ersten Phase von Handelsbeschränkungen profitieren könnten.

The Daily Telegraph

Das Londoner Blatt bemerkt zum amerikanischen Wahlkampf:

Die Vorwahlversammlungen in Iowa sind vielleicht die letzte von Politikern ersonnene wissenschaftliche Methode zur Ermittlung der öffentlichen Meinung, abgesehen von allgemeinen Wahlen in der Sowjetunion. ... Die Bedeutung Iowas besteht allein darin, daß es der erste Test der Wahlmeinung ist, der sich im Fernsehen darstellen läßt. Ungedacht dieser Vorbehalte ist der Erfolg von Herrn Mondale – fast 49 Prozent aller Stimmen bei insgesamt sieben Kandidaten – dramatisch. ... Er muß jetzt als sicherer Anwärter für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten seiner Partei angesehen werden.

men sollte – die Mitgliedschaft nicht mehr in Frage stellen dürfte.

Für Europa und für die atlantische Gemeinschaft muß die Regierung in Madrid auch auf einer anderen Front gegen die Meinung jener kämpfen, die sie gewählt haben, die aber von kommunistischen Gewerkschaften mit Streikwellen gegen die Regierung aufgewühlt werden: die Massen der Industriearbeiter, die mit neuen Entlassungen rechnen müssen, wenn die Regierung an ihrem Plan zur Gesundung der Wirtschaft festhält. Das aber muß sie im Interesse der Integration tun. Statt, wie im Wahlkampf versprochen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, müssen die Industrieunternehmen – private sowie staatliche – zusätzlich weitere Arbeitskräfte entlassen. In absehbarer Zeit werden zwanzig Prozent der Beschäftigten ohne festen Verdienst sein. Ein Opfer zugunsten der Sanierung der Industrie, um sie wettbewerbsfähig zu machen. Ein Opfer auch für die Integration in Europa. Aber ein Opfer für die Zukunft.

Der zögernde Aufstieg eines Musterschülers

Er ist der Favorit der Demokraten im Rennen um die Präsidentschaft: Walter Mondale, Vize unter Carter, lebt jedoch mit zwei Handikaps. Er gilt als entschlußschwach und nachgiebig gegenüber Einzelinteressen.

Von TH. KIELINGER

Es war im Herbst 1972, während eines Heimfluges nach Washington. Hubert Humphrey, in Gedanken verloren über seine politische Zukunft, über George McGovern, der ihm endgültig alle Hoffnungen auf eine Präsidentschaft genommen hatte, wandte sich plötzlich an den Reisenden neben ihm, an Walter "Fritz" Mondale, seinen Protegé seit 1948. "Fritz, ich hab's jetzt", brach es aus dem Senator und ehemaligen Vizepräsidenten unter Lyndon Johnson hervor. "Du mußt auf die nationale Bühne klettern."

Der Satz zündete nicht, damals noch nicht. Der lange Aufstieg des Walter Mondale an die Spitze des Establishments seiner Partei, der Demokraten, war nie gekennzeichnet durch Sprünge der Phantasie oder Risikofreudigkeit. Mochte Humphrey, aus Sorge um sein eigenes politisches Erbe, auch noch so sehr an einer frühen Krönung eines Nachfolgers interessiert sein - Fritz Mondale, damals 44 Jahre alt, nahm sich Zeit.

Zwei Jahre nach jener denkwürdigen Anregung seines politischen Patenonkels trat der Junior-Senator aus Minnesota vor die Mikrofone, nicht um seinen Erst-Auftritt auf der nationalen Bühne bekanntzugeben, nein - um eine Rolle im Präsidentschaftswahlkampf 1976, der seine Schatten vorauswerfen begann, ausdrücklich auszuschlagen. Die Absage Mondales im November 1974 ist in die Annalen eingegangen als ein Fall von Selbstverleumdung, von der sich Politiker eigentlich nicht mehr zu erholen pflegen.

Viel Spott für Vorwahlen und Vizepräsidenten

Mondale damals: "Ich glaube nicht, daß jemand Präsident werden sollte, der nicht durch Feuer zu gehen bereit ist. Was mich angeht, so habe ich bei mir grundsätzlich nicht jene überwältigende Begierde entdeckt, Präsident sein zu wollen, wie sie wesentlich ist, will man die Kampagne führen, auf die es ankommt." Mondale schien wie besessen von seiner Nicht-Rolle auf der nationalen Bühne. "Ich glaube, wir haben in diesem Land den Punkt erreicht", bekannte er im Jahr darauf, "wo ein Mann sich unmöglich in den Vorwahlen stellen kann und gleichzeitig für sich in Anspruch nimmt, er sei ein rationales Wesen."

Und weiter, im Stil des amüsierten Zuschauers: "Eine der größten Grausamkeiten, die wir uns zugemutet haben, ist das Amt des Vizepräsidenten. Es ist der einzige Job, in dem man, um befördert zu werden, erst warten muß, daß der Mann, der einen er-

nannt hat, stirbt... Nur die Irrealität begreift das. Wer auf der Welt kann den Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten ernst nehmen?"

Nun, es dauerte kein Jahr, da fand sich - wiederum hatte Humphrey seine Finger im Spiel - Walter Mondale als Kandidat für jenes Amt wieder, das er so offen dem Gespött preisgegeben hatte. Und heute weist er auf seine Erfahrungen an der Seite Jimmy Carters, auf seine Erfahrung als Vizepräsident hin wie auf ein Geheimkonto politischer Kraft.

Jetzt ist Walter Mondale offenbar bereit, "durchs Feuer zu gehen", jetzt hat er offenbar jene "überwältigende Begierde" in sich entdeckt, Präsident werden zu wollen. Seine Partei scheint sich mit ihm in diesem Zenit der Selbstschätzung zu treffen: Beim ersten Wahlergebnis, der Präsidentschaftswahl in Iowa, fielen fast 50 Prozent der Stimmen - das ist ein selten erlebtes Resultat in diesem frühen Stadium der Vorwahlen - an Mondale, den Abkömmling norwegischer Einwanderer und politischen Musterschüler Humphreys und der "Democratic Farmer-Labor"-Partei (DFL) seines Heimatstaates Minnesota.

Mag er gewillt sein, durchs Feuer zu gehen - Feuer zu fangen scheint dieser Mann nicht, auch keines anzufachen in den Herzen seiner politischen Anhänger. Er zieht nicht glühende Verehrung auf sich, sondern die wohlwollende Unterstützung von Interessenten, die sich traditionell um die Demokratische Partei wie um den Holographen versammeln. Selten hat ein Kandidat so früh und so uneingeschränkt das offizielle Ja-Wort so vieler Interessentenverbände erhalten wie Walter Mondale.

Das begann mit dem Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO, der der gewichtigste Verbündete ist, setzte sich fort mit der einflussreichen Erziehungsgewerkschaft, den Frauenverbänden, Altengruppen, Sozialausschüssen, Fürsorge-Anwälten, Homosexuellen-Vereinigungen und was die Demokratische Partei so alles in ihrer kostspieligen Umarmung vereint. Offenbar setzt der politische Partikularismus in Amerika auf Mondale als seinen treuesten Freund und Geldausgeber. Wird die Rechnung aufgehen?

Mondale hat in seiner politischen Karriere so viel Mut gezeigt und über rascht wie der Schnee, der im Januar fällt, und die Sonne, die den Juli erwärmt. In seinen Jahren im US-Senat (1964 bis 1976) stimmte niemand so konstant wie er für die Programme der "Great Society". Noch in der Phase fiskalischer Bremsversuche der Carter-Administration versuchte Mondale die Ansprüche der demokratischen Klientel zu wahren und vor Streichungen in Schutz zu nehmen.

Wo die Südstaaten-Demokraten für eine stärkere Verteidigung eintraten, wandte sich Mondale als Senator regelmäßig gegen jedes neue Waffensystem, das dem strategischen Arsenal der USA hinzugefügt werden sollte: sei es die Minuteman III, die MX, die Trident-U-Boot-Rakete, der B-1 Bomber, das Cruise Missile. Er zeigte



Land in Sicht: Walter "Fritz" Mondale

FOTO: DPA

mehr Parteihängigkeit als im amerikanischen politischen System üblich ist.

War es übergrößer Vorsicht oder Loyalität gegenüber seinen Gönnern - und er hatte deren viele - was der Zurückhaltung Mondales, sich zu profilieren, zugrundelag? Auf jeden Fall machte er sich bei den Führern der liberalen Flanke ebenso beliebt wie bei den schillernden konservativen Kritikern. Aus Treue zu Hubert Humphrey und Lyndon Johnson hielt Mondale drei Jahre lang mit seinen Zweifeln über den Vietnamkrieg hinterm Berg und löste sich erst im Oktober 1969 - als die Mehrheit des Landes längst abgeschwenkt war - von dieser politischen Hypothek.

Für Carter trug er ungeliebte Entscheidungen

Für seinen Präsidenten, für Jimmy Carter nahm er Entscheidungen auf sich, die er innerlich ablehnte - so das Weizen-Embargo gegen die Sowjetunion, Anfang Januar 1980. Aber mußte er so weit gehen, treuer Soldat, der er war, seinem alten Kampfgesährten Edward Kennedy "mangelnden Patriotismus" vorzuhalten, weil dieser sich offen gegen die Carter'sche Maßnahme ausgesprochen hatte?

Länger als die übrigen Kandidaten dieses Wahljahres brauchte Mondale, sich über die Intervention in Grenada eine eigene - schließlich positive - Meinung zu bilden: genau achtzehn Tage. Und die militärische Präsenz in Libanon kritisierte er ebenfalls als Letzter - achtzehn Monate, nachdem sie begonnen hatte. "Was für Indizien gibt es, Mr. Mondale", fragte ihn der Moderator einer öffentlichen Debatte in Iowa, "daß Sie als Präsident entschieden, zu handeln verständlich?" Und Gary Hart, sein jetzt nächster Verfolger, pflegt ihm zuzurufen: "Walter, Du kannst nicht regieren, indem Du allen alles versprichst."

Zwischen dem Image mangelnder Entschlußkraft einerseits und Höflichkeit gegenüber Einzelinteressen geht Mondale auf einen schmalen Pfad. Darüber kann auch seine gegenwärtige Popularität nicht hinwegtäuschen. Kein Wunder, daß die "Jungtürken" innerhalb der Demokratischen Partei händelnd nach einer Alternative für Mondale Ausschau halten. Sie glauben sie in Senator Gary Hart entdeckt zu haben, der von sich - und in Kritik an Mondale - sagt, er sei nicht "mit den Fehlern der alten politischen Führung" (sprich: von der überfrachteten Great Society bis zum Fehlschlag der Carter-Präsidentschaft) in Verbindung zu bringen. "Ich bin die Wahl zwischen der Vergangenheit und der Zukunft dieser Partei", sagt Hart von sich.

Im Grunde entfaltet sich vor den Augen der amerikanischen Wähler in diesem Jahr ein Doppel-Konflikt: Der Kampf zwischen Reagan und den Alt-Liberalen und der Kampf um die Seele und das Programm der liberalen Partei selber. Mondale wirkt wie der Vertreter der Großen Restauration - jedes zweite Verbum aus seinem Mund ist "Ich werde wiederherstellen": die Beziehungen zu Moskau, die unter Reagan gestrichenen Sozialprogramme, die alte, gerechtere Steuergesetzgebung, den Sinn für Fairness, Gerechtigkeit für den amerikanischen Arbeitnehmer und seinen Arbeitsplatz (durch eine kräftige Dosis Protektionismus).

Er verfährt nicht so sehr nach eigenem Programm als daß er vielmehr die vier Jahre Reagan einfach zurückrollen möchte. Dagegen versucht Gary Hart nach vorne zu sehen: zu einer marktwirtschaftlich orientierten neuen Industriepolitik (von ferne verwandt der deutschen "Konzertierten Aktion"), Investitionen im Bereich der High Technologies, etc.

"Fritz" Mondale ist dabei, auf die nationale Bühne zu klettern. Aber er baut auf das alte Bühnenbild, die alten Versatzstücke.

Die Reform gibt zurück, was genommen wurde

Stenerreform lautet die Verheißung. Doch beim Publikum dürfte sich die Faszination in Grenzen halten, denn mit Steuersenkungen ist kaum zu rechnen. Allenfalls steigt die Belastung etwas langsamer. Derzeit befindet sie sich auf Rekordniveau.

Von PETER GILLIES

Wer zündet eigentlich ein Thema, bei dem es bisher nie politische Gewinner gab? Dem deutschen Steuerrecht ist ein Phänomen eigen, das man als "kalte" oder "heimliche" Progression bezeichnet. Der Fiskus erläßt Lohn und Einkommen ungeachtet ihrer wirklichen Kaufkraft. Durch das Zusammenwirken von Progression und Inflation werden mithin Einkommen besteuert, über die der Bürger faktisch gar nicht verfügt - ein grober Verstoß gegen das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Alfred Dregger räumte es freimütig ein: "Die Tarifkorrektur ist kein Geschenk; die korrigierte Steuererhöhung, die nie beschlossen wurden."

Die "nie beschlossenen Steuererhöhungen" summieren sich auf viele Milliarden. Der Steuerzahler-Bund errechnet an heimlich-unheimlichen Steuererhöhungen 50 Milliarden Mark in den Jahren 1985 bis 1974 und weitere 35 Milliarden für die Jahre 1981 bis 1984. Oder anders: Selbst wenn das jetzt geplante Volumen von 25 Milliarden Mark voll an die Steuerzahler zurückgegeben würde (womit nicht zu rechnen ist), verbläbe diese Reform vor dem Notwendigen. Das Münchner Ifo-Institut bescheinigte dem Fiskus unter der christlich-liberalen Bundesregierung einen Zugriff "bisher nicht gekannter Härte". Das Motto sei: Der Batzen dem Staat, der Heller dem Arbeitnehmer.

Daß angesichts einer Rekordbelastung mit Steuern und Sozialabgaben

von 43 Prozent beim Durchschnittsverdiener keine Leistungssteigerung aufkommt, beunruhigt jene, die durch Aufschwung und Motivation aller die Arbeitslosigkeit abbauen wollen. Der Zangengriff von Fiskus und Sozialversicherungen treibt die Blüten der Schattenwirtschaft. Noch gefährlicher hat sich die Grenzbelastung entwickelt, also der Zugriff auf die zusätzlich verdiente Mark. Da bleiben im Durchschnitt nur noch 43 Pfennig, bei Ledigen gar nur 33 Pfennig übrig.

Aus der Sicht steuerlicher und wirtschaftspolitischer Vernunft wären jährliche Korrekturen des Steuerrechts nötig. Die explosionsartig hinaufgetriebene Staatsverschuldung verhinderte sie. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg gibt sich hartnäckig und erinnert daran, daß erst zurückgegeben werden kann, wenn der Haushalt annähernd saniert ist. Das wird weder 1984 noch 1985 der Fall sein, allenfalls 1986/87 besteht dafür Spielraum.

Die Solidität zu bewahren - was ihm bisher gelang - entspricht dem Versuch, ein Stück Seite in der Badewanne zu packen. Er muß die Risiken einordnen und die Begehrlichkeiten seiner Koalitionssparten sedieren. Allein die ungeklärte Finanzlage der EG setzt ein Fragezeichen hinter vier bis sechs Milliarden Mark, hinzu kommen Beamtenbesoldung, Innovations- und Rentenfinanzen, der Wohnungsbau, die chronische Finanzschwäche einiger Länder (Bremen, Hamburg, NRW, Saarland) und manches andere. Bereinigt wurde die Debatte um die berechnete Klage über die Dotierung der Familie.

Immerhin ist jetzt der Umfang "des Dings" fixiert: 25 Milliarden Mark dürfen es sein. 1986 ist das kaum zu finanzieren, 1988 wäre die Summe vermutlich etwas opulenter. Der Fristenkomproß 1987 liegt auf der Hand. Wie nun soll das Geld verteilt werden? An erster Stelle steht die Absicht, diejenigen etwas zu entlasten, die besonders gebeutelt werden,

also die Einkommen in der unteren Progression (Jahressinkommen etwa 30 000 bis 50 000 Mark). Den kleinen Einkommen käme ein erhöhter Grundfreibetrag zugute.

"Fünf plus x Milliarden" sind für Familien mit Kindern vorgesehen. Favorisiert ist hier ein Kinderfreibetrag von 2400 Mark je Kind. Ob weitere "x Milliarden" bereitstehen, hängt entscheidend davon ab, ob die Politik den Sparkurs durchsetzt. Festhalten will man daran, ein geschlossenes Konzept vorzulegen, notfalls mit einem stufenweisen Inkrafttreten.

Hoch gehen die politischen Wogen bei der Frage, wie das Geld aufzubringen sei. Stoltenberg hält es für realistisch, etwa die Hälfte der 25 Milliarden durch eine um einen Prozentpunkt höhere Mehrwertsteuer und/oder durch andere Verbrauchssteuern (Tabak, Mineralöl etc.) einzutreiben. Seine Fraktion wehrt sich dagegen und fürchtet den bekannten Einwand, der Staat nehme mit der einen Hand, was er mit der anderen "größtenteils" austutelt.

Der Deutsche Industrie- und Handelsstag nennt die ins Auge gefaßte Mehrwertsteuererhöhung eine "Falltür in die Schattenwirtschaft", also ein Stimulans für noch mehr Schwarzarbeit. Deren Umfang wird schon heute auf jährliche Summen zwischen 100 und 200 Milliarden geschätzt. Gewiß ließen sich bewährte Gründe für höhere Tabak- oder Benzinsteuern finden (Finanzminister Matthöfer erinnerte seinerzeit an die Volksgesundheit und das Energie-sparen), aber vertrauensbildend wirken derartige Manöver keineswegs.

Der Finanzminister steht in der Aufgabe, einen Sack Flöhe zusammenzuhalten. Die auseinanderdriftenden Motive - jedes für sich berechtigt - dürfen die Priorität nicht beschlagen. Sie lauten: mehr Arbeitsplätze durch Gesundung von Wirtschaft und Staatsfinanzen. Alles andere rangiert danach, meint jedenfalls Stoltenberg.

WIE WAR DAS?

Als der DGB Kontakte zu den Kollegen in Ost-Berlin aufnahm

Von GÜNTHER BADING

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat sich zu dreitägigen Gesprächen mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) in der "DDR" auf. Was heute so selbstverständlich klingt, war Anfang der 70er Jahre noch eine Sensation. Heinz Oskar Vetter war damals, am 18. und 19. Oktober 1972, zum ersten Mal in die "DDR" gefahren und hatte damit ein Jahrzehntes Tabu gebrochen. Seit 1948 waren die internationalen Kontakte zwischen DGB und FDGB abgebrochen gewesen. Mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hielt sich der DGB an die Linie: keine Kontakte zu Staatsgewerkschaften.

Entsprechend hölzern war die erste Begegnung: In bittreinem Amtsddeutsch hieß es im gemeinsamen Kommuniqué: "Über das Stattfinden

eines solchen Gesprächs hatte es in den letzten Monaten mehrere interne Fühlungen gegeben. Dabei war vereinbart worden, daß dieses erste Gespräch hauptsächlich der gegenseitigen Information über die Tätigkeit des FDGB beziehungsweise des DGB dienen solle." Dabei blieb es auch. Alle strittigen Fragen haben man ausklammert, berichtete Vetter.

Strittig war zunächst sogar der Reiseweg. Ein Besuch 1970 scheiterte daran, daß die DGB-Gewerkschafter darauf bestanden, aus West-Berlin "anzureisen". Erst Ende 1972 war die SED-Gewerkschaft bereit, dies stillschweigend zu akzeptieren.

Den "Wandel durch Annäherung" hatte allerdings nicht Vetter, sondern vor ihm Heinz Kluncker eingeleitet. Der ÖTV-Vorsitzende traf schon 1965 in der CSSR Funktionäre der Staatsgewerkschaft. Er wollte "nicht der

letzte kalte Krieger sein", sagte er damals. Die DGB-Oberen lehnten aber nach wie vor Kontakte mit dem FDGB in der "Zone" (damals noch ein gängiges Wort beim DGB) ab. Die Funktionsbezeichnung "Quelle" damals: "Unser Motiv für Kontakte mit ost-europäischen Völkern gelten nicht für den anderen Teil Deutschlands, denn hier geht es nicht um die Aussöhnung der Völker. Wir sind immer noch ein Volk." Und: "Solange entlang der Zonengrenze und an der Berliner Mauer auf wehrlose Menschen geschossen wird und die Arbeitnehmerorganisationen aus dem anderen Teil Deutschlands sich dagegen nicht zur Wehr setzen, halten wir Gespräche für sinnlos."

Der Reiseweg ist kein Thema mehr. Breit kam über West-Berlin. Aber er mußte durch die Mauer - das hat sich seit 1965 nicht geändert.

MIT EINER EUROCARD BLEIBEN SIE AUCH AN DER ROUTE 66 NICHT AUF DER STRECKE.

Mit 3,3 Millionen Vertragspartnern international bietet Ihnen EUROCARD - in Zusammenarbeit mit America's MasterCard und Access, einer der englischen Top-Cards - eines der dichtesten Netze der Welt. Wie vorteilhaft das ist, wird Ihnen auffallen, wenn Sie ein bißchen mehr von Amerika sehen wollen als New York City, Downtown L.A. oder Fisherman's Wharf in San Francisco. Allein an der Route 66 - dem vielbesungenen Highway - können Sie mit der EUROCARD in mehr als 3000 Motels übernachten, an rund 6000 "Gas Stations" tanken und bei über 1000 Banken bare Dollar holen. Genauso einfach, als würden Sie bei einem von nahezu 30 000 EUROCARD-Vertragspartnern zwischen Alpen und Nordsee Station machen. Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postcheckamt.



EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT - MADE IN GERMANY.

Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.

Die „DDR“ setzt an der Grenze Flugdrohnen ein

Nachbildungen von israelischen Kleinflugzeugen?

WERNER KAHL, Bonn
Wie Flugzeugmodelle aus dem Bastelkasten tauchten sie im bayerischen Grenzgebiet der Bundesrepublik zur „DDR“ und CSSR auf. Geräuschlos, so meldeten überraschte westliche Grenzposten, seien zwei- einhalb bis drei Meter lange Flugkörper aus dem Osten herangeschwebt und nach Kreisflügen – offenbar ferngelenkt – wieder hinter den Todesstreifen zurückgekehrt.

Die erstmals in Deutschland an der Nahtstelle der freien Welt zum Sowjetimperium beobachteten Modelle gehörten offenbar zu einer Testserie verstärkter elektronischer Aufklärung durch Truppen der Warschauer Pakte. Das äußerten gestern Experten gegenüber der WELT. Nach den ersten Meldungen von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes in Bayern Ende vergangenen Jahres über „UFOs“ aus dem Osten wurden auch Ballons und andere motorgetriebene Flugobjekte geortet.

Bei intensiveren Beobachtungen stellten Sachverständige inzwischen fest, die östliche Seite experimentiere bei solchen Aufklärungsflügen auch mit Wankelmotoren. Dies läßt darauf schließen, daß der Ostblock anscheinend im Westen bereits erprobte Technologien testet, zu denen Geräuschlose Flugkörper gehören, für die sich der Wankelmotor empfiehlt.

Von Syrien erbeutet?

Das Auftauchen geräuschloser, von Grenzposten sogar als geräuschlos empfundener Mini-Flugkörper bedeutet Experten zufolge, daß der Osten offenbar Nachbildungen von israelischen Wissenschaftlern konstruierter „Drohnen“ – ferngelenkte Kleinflugzeuge – ausprobiert. Nach den vorliegenden spärlichen Angaben ist die östliche Seite vermutlich in den Besitz entsprechender Technologien gelangt. Möglicherweise stellte Syrien erbeutete „Drohnen“ aus dem Luftkrieg in Li-

banon zur Auswertung zur Verfügung.
Die israelischen Streitkräfte verwendeten ferngelenkte Kleinflugzeuge mit verblüffendem Erfolg. So ist „Scout“ von Israel Aircraft Industries seit Jahren im Einsatz. Mit einer Spannweite von 3,6 Metern und einer Länge von 3,6 Metern erreicht sie eine Höhe von etwa 3000 Metern und kann sich über vier Stunden in der Luft halten. Neuere Modelle haben eine Spannweite von 4,3 Metern, eine Länge von 2,6 Metern und ein Startgewicht von 75 Kilo, davon 15 Kilo für Ausrüstung. Die Flugdauer beträgt sechs Stunden.

Als Köder benutzt

Mini-Modelle, wie sie jetzt offenkundig der Ostblock nachbaut, werden als Köder für elektronische Aufklärung und Störaktionen benutzt. Durch Radarsensoren können sie größere Flugzeuge und Schiffe vortäuschen. Im Normalfall werden sie zur Grenzüberwachung eingesetzt. Ein Sprecher des Grenzschutzkommandos Küste erklärte auf Anfrage der WELT, im norddeutschen Bereich seien diese Flugkörper noch nicht beobachtet worden.

Über die Ausrüstung der – im Westen als „Remotely piloted vehicles“ (ferngesteuerte Drohnen, RFPV) – bekannten Kleinflugzeuge des Ostblocks ist bisher nichts bekannt worden. Fachleute weisen darauf, daß die Flugkörper vergleichsweise billig seien. Hinzu kommt, daß sie keine biologischen Grenzwerte zu beachten seien – ungleich manövrierfähiger als bemannte Zielflugzeuge.

Die neuesten „Drohnen“ können nach Computerprogrammen fliegen und ohne verlässliche Emission tief in das gegnerische Land eindringen. Auf Fragen, ob es der westlichen Abwehr gelungen ist, eine (Ost-)Drohne zu erbeuten, schweigen zuständige Behörden.

Am Beispiel Hamburgs zeigt sich die Krise der Gesamtschule

Eine umstrittene Gesetzesänderung soll die ungeliebte und kostspielige Schulform festigen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der zum linken Flügel der Hamburger SPD zählende Schulsenator Professor Joist Grolle ist auf dem besten Wege, dem Senat und der Regierungspartei einen Brandherd zu schaffen, der leicht die ganze Schullandschaft der Hansestadt erfassen kann. Vor dem Hintergrund drastisch zurückgehender Schülerzahlen werden die „Verteilungskämpfe“ zwischen den miteinander konkurrierenden Schulformen – hier das herkömmliche gegliederte Schulsystem, dort die Gesamtschule – zunehmend schärfer. Dabei kommen aus strukturellen Gründen die Gesamtschulen in desto größere Bedrängnis, je geringer das Schüleraufkommen insgesamt ist. Wenn sich dann noch das „Anmeldeverhalten“ der Eltern zu ihren Ungunsten verändert, geraten Gesamtschulstandorte in akute Gefahr.

Genau das ist die Situation, vor der Grolle und seine Planungsexperten heute stehen. Die Anmeldezahlen für das nächste Schuljahr zeigen, daß die Gymnasien sich bei den Eltern nicht nur eines konstanten, sondern sogar eines prozentual eher steigenden Zuspruchs erfreuen – und das aus Gründen, die über Hamburg hinaus von bundesweiter Bedeutung sind, weil sie die nicht wegzudiskutierende Krise der Gesamtschulbewegung insgesamt widerspiegeln.

Joist Grolle und die Bildungspolitik der Hamburger SPD sind in diesem Punkt ohne Illusionen. Das zeigt sich schon vor einigen Monaten, als Experten, unter ihnen Grolle, auf einer Veranstaltung der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) in der Hansestadt die Zukunft dieser Schulform erörterten. Das Fazit war, daß die Gesamtschule keine Ausweitung zu Lasten der Gymnasien erzielen konnte und überdies auch ihre pädagogische Attraktivität aus den 70er Jahren weitgehend ein-

gebüßt hat. Selbst Sozialdemokraten, so beklagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Bodo Schumann, selbst Gesamtschullehrer, bevorzugten diese Schulform keinesfalls.

Der Schulsenator mußte seine Gesprächspartner zudem noch mit einem düsteren Tatbestand konfrontieren:



Schulsenator Grolle

Der Rechnungshof der Hansestadt untersucht gegenwärtig, ob denn wohl der bisher standortlos anerkannte Sonderbedarf bei Gesamtschulen in der Lehrstundenzuweisung noch gerechtfertigt sei, nachdem die Gesamtschulen in Hamburg seit einigen Jahren nicht mehr Veranschlagungen erhalten, sondern den Status der Regelschule besitzen. Wenn dieser Rechnungshofbericht vorliegt, so warnte Grolle, und die Konsequenzen daraus umgesetzt werden müßten, so werde das Gesamtschulsystem in existenzielle Gefahr bringen. Angesichts des mehr als kritischen Zustands, in den Hamburgs

Staatsfinanzen geraten sind, konnte der Schulsenator unabhängig von dem Ergebnis des Rechnungshofberichts auch keine nennenswerte finanzielle Hilfestellung zugunsten der Gesamtschulen zusagen. So blieb es denn – neben verstärkter Elternarbeit, um das „Image“ der Gesamtschulen aufzupeichern – im wesentlichen bei dem Plan, durch eine Änderung des Schulgesetzes juristische Standorticherung zu betreiben.

Die entsprechende Novelle hat Grolle jetzt vorgestellt. Das deutlich erkennbare Ziel ist zum einen eine „Umverteilung“ der Schülerströme zugunsten der Gesamtschulen, zum anderen die Beseitigung von „juristischen Schwachstellen“ in der Schulpolitik des Senats. Die politische Brisanz der Gesetzesänderung liegt unter anderem darin, daß Grundschulen künftig als organisatorisch nicht selbständige Einheiten aus Gesamtschulen zugeordnet werden können. Auf diese Weise soll auf dem Wege des „nahtlosen Übergangs“ der Prozentsatz derjenigen Schüler erhöht werden, die ab Klassenstufe fünf die Gesamtschule besuchen. Das Aufbaugymnasium, das Realschulabsolventen zum Abitur führen soll, wird zum „Technischen Gymnasium“ umfirmiert und dem Ziel dienstbar gemacht, in ihrem Bestand bedrohte Gesamtschul-Oberstufen abzustützen. Die gesetzliche Festlegung einer Mindestzahl von Parallelklassen (Zügigkeit) schließlich soll Schulschließungen erleichtern – natürlich zugunsten von Gesamtschulstandorten.

SPD-Fraktionschef Henning Voscherau witterte schulpolitischen Brandgeruch. Nur Stunden nach Grolles öffentlichem Auftritt in dieser Sache verwies er darauf, daß es sich um einen Alleingang des Schulsenators handele; er selbst, so fügte Voscherau verärgert hinzu, sei „über-rascht“.

„Die Dritte Welt rüstet immer stärker auf“

Anhörung in Bonn: Es ist leicht, an Waffen zu kommen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat in einer Anhörung von rund zwanzig Fachleuten Erkenntnisse zu der Frage zu gewinnen versucht, in welcher Weise der Rüstungsexport der Industrieländer in solche der Dritten Welt, deren politisch, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen. Besondere Aufmerksamkeit widmeten dabei die Bundestagsabgeordneten der Rolle der Bundesrepublik Deutschland.

Bereits der Vertreter des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri, Brzozka, verdeutlichte, daß selbst für den theoretischen Fall, daß die Bundesrepublik ihren Rüstungsexport in die Entwicklungsländer vollständig stoppen würde, dies auf den Waffenimport dieser Länder „relativ wenig“ Einfluß hätte. Das Angebot auf dem Weltmarkt sei sehr vielfältig und die Konkurrenz der Anbieter stark, so daß am Rüstungskauf interessierte Länder sich bei anderen als deutschen Anbietern versorgen könnten. Neben dem schwedischen Sipri traten in der Anhörung auch das entsprechende norwegische Institut auf, dazu aus der Bundesrepublik die regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) aus Bonn, die Deutsche Gewerkschaftsbund, „Amnesty International“, sowie die Professoren von Handisinn, Senghaas und Hanf. Bei der von der SPD-Fraktion initiierten Anhörung waren weder Vertreter der westlichen Industrie, noch solche aus dem wissenschaftlichen Bereich geladen.

Generell hieß es, trotz zum Teil niedrigen sozialen Niveaus werde in den Ländern der Dritten Welt immer stärker militärisch aufgerüstet. Die Rüstungsausgaben aller Entwicklungsländer hätten sich von 1968 bis 1980 von 33,3 auf 146,8 Milliarden US-Dollar erhöht. Nach wie

vor stamme der ganze überwiegende Teil der Waffenlieferungen in die Dritte Welt aus westlichen und östlichen Industrieländern, vor allem aus den USA und der Sowjetunion. Aber auch die Eigenproduktion der Entwicklungsländer steige ständig. 30 Länder verfügten über eine teilweise von den Industrieländern bereits unabhängige Rüstungsproduktion.

Nach der Analyse von SWP sind die Motive, die Entwicklungsländer veranlassen, Waffen zu kaufen oder selbst zu fertigen, von denen westeuropäischer Staaten nur teilweise abweichend. Genannt wird die Suche nach besserer Unabhängigkeit von externer Belieferung, das Streben nach regionaler Vormachtrolle und die Hoffnung, auf diese Weise Anschluß zu finden an als wichtig erachtete Technologien.

Wie SWP weiter analysierte, macht der Rüstungsexport der Bundesrepublik in Entwicklungsländer weniger als 0,1 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Diese Zahl läßt auf amerikanischen Angaben, da in Bonn keine amtlichen Zahlen veröffentlicht werden. Für den Rüstungsexport arbeiten laut SWP in der Bundesrepublik zwischen 30 000 und 40 000 Menschen. Westdeutsche Waffen seien in der Dritten Welt derzeit recht weit verbreitet, vor allem leichte Infanteriewaffen und Kriegsschiffe. Die Bundesrepublik exportiere nur teilweise direkt Waffen in die Dritte Welt. Ihr sogenannter indirekter Export (Verkauf von Lizenzen, Lieferungen von Fabrikationsanlagen zur Rüstungsproduktion, Exporte auf dem Umweg über Rüstungsköoperation mit dem westeuropäischen Ausland) sei bei der Bundesrepublik höher als bei jedem anderen westlichen Industrieland. Innerhalb der NATO ist im übrigen die Bundesrepublik nach amerikanischen Angaben noch vor Frankreich und Großbritannien der zweitgrößte Rüstungslieferant geworden.

Wehner, ein „treuer Freund Israels“

Co. Bonn

Dem langjährigen SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner ist gestern als „herausragendem Staatsmann und treuem Freund des jüdischen Volkes und des Staates Israel“ die Ehrendoktorwürde der Hebräischen Universität Jerusalem verliehen worden. Die Feierstunde in der Residenz des israelischen Botschafters in Bonn, Ben-Ari, wurde zu einem in der Bundeshauptstadt seltenen internationalen und überparteilichen Ereignis.

Sichtlich bewegt nahm der siebenundsechzigjährige, von schwerer Krankheit mitgenommene politische Veteran die Ehrung und den von allen Seiten gezeigten Respekt entgegen. Der Kanzler der Jerusalem Universität, Harnan, bezeichnete Wehner als einen „großen Bürger und einen der Architekten des erneuerten Deutschland“. Der Fraktionsvorsitzende des Arbeiterblocks im israelischen Parlament, Shachal, rühmte Wehners Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seinen „zentralen Beitrag zum Aufbau und zur Stärkung eines deutschen Parlamentarismus“.

Alle Anwesenden applaudierten lebhaft, darunter Bundestagspräsident Barzel (CDU), Ex-Bundeskanzler Schmidt (SPD), die Fraktionsvorsitzenden Vogel (SPD) und Mischnick (FDP), die Staatsminister Vogel und Mertes (beide CDU) und der CSU-Landesgruppen-Vorsitzende Waigel. Ben-Ari verlas unter anderem Glückwünsche des israelischen Ministerpräsidenten Shamir und des Verlegers Axel Springer.

Medienpolitik der SPD jetzt ohne Börner?

PETER PHILIPPS, Bonn

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner will nicht länger Vorsitzender der Medienkommission beim Parteivorstand der SPD sein. Unmittelbar nachdem aus Teilen der Partei, unter anderem, aus dem SPD-Bezirk Hessen-Süd, scharfe Kritik an „medienpolitischen Saiten der SPD“ (Jusos) laut geworden ist, wurde Börners Entscheidung gestern in Bonn bekannt.

Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hatte am vergangenen Donnerstag das medienpolitische Aktionsprogramm vorgestellt, das von der Parteikommission erarbeitet worden war. Zu dessen entscheidenden Aussagen gehört das bedingte Ja der SPD zu privaten Rundfunkveranstaltern. Glotz verwies ausdrücklich darauf, daß das Kommissionspapier auch von den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Börner, Rau, Koschnick und Dohnanyi mitgetragen werde. Die Gegenbewegung ließ nicht lange auf sich warten: Der südhessische SPD-Bezirksvorsitzende Willi Görlach verkündete zu der privatrechtlichen Öffnung, die auf dem Bundesparteitag im Mai von den Delegierten abgelehnt werden soll, ein klares Nein. Die SPD müsse alles tun, um die von der „Rechtsregierung mit Unterstützung der Medienkonzerne betriebene Einführung des Kommerzfernsehens“ zu verhindern. Die Jusos sprachen gestern von einer „glatten Fehleinschätzung“ der Medienkommission. In der Bonner Parteizentrale wird allerdings ausdrücklich betont, daß Börners Verzicht damit nichts zu tun habe.

Giftiges Grundwasser in Stuttgart bereitet Rommel Kopfzerbrechen

Trinkwasser-Versorgung nicht gefährdet / Minister Weiser (CDU) spricht von „Zeitbombe“

XING-HU KUO, Stuttgart

Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) steht unter Beschuß, weil das Grundwasser in der Landeshauptstadt hochverschmutzt ist und der Stadtverwaltung diese Tatsache, die ihr seit Juli 1983 bekannt ist, verschwiegen hat. Die schmutzige Angelegenheit hatte nicht die Stadt Stuttgart ans Tageslicht gebracht, sondern der SPD-Politiker Uli Maurer, „Umweltminister im Schattenkabinett der haden-württembergischen SPD“. Am 6. Februar gab OB Rommel dann erstmals Einzelheiten bekannt, die inzwischen durch immer gravierendere Details überholt worden sind.

Zunächst hieß es, bei routinemäßigen Messungen durch das Chemische Untersuchungsamt in Stuttgart seien bereits im Sommer 1983 bei „einzelnen Proben“ des Grundwassers chlorierter Kohlenwasserstoff (CKW) in Mengen bis zum 20fachen des zulässigen Höchstwertes von 26 Mikrogramm pro Liter gefunden worden. Dieser Schadstoff kommt häufig von Reinigungsmitteln verschiedenster Art und ist nach Erkenntnissen des Leiters des Stuttgarter Gesundheitsamtes, Professor Gerhard Neumann, „krebsverursachend“.

In dieser ersten Phase des Umweltskandals wurde von Rommel versichert, die Gesundheit der Stuttgarter sei keineswegs gefährdet, denn die Stadt beziehe ihr Trinkwasser vom Bodensee. Sorge bereite die Stadtverwaltung und Bevölkerung die Frage, ob die zahlreichen Mineral-

quellen mit dem Grundwasser in Berührung gekommen seien. Bis jetzt wird diese Frage verneint, allerdings hat ein bekanntes Sprudel-Unternehmen sein Mineralwasser jetzt vor der Füllung in die Flaschen erst einmal durch Reinigungsfilter prophylaktisch säubern lassen. Nach Budapest verfügt Stuttgart in Europa über die meisten Mineralquellen.

Da in Baden-Württemberg am 25. März ein neuer Landtag gewählt wird, ist der Grundwasserskandal in Stuttgart sofort propagandistisch ausgeschlachtet worden. Die SPD forderte gar eine „Sondersitzung“ des Landtags. Obwohl von der CDU-Mehrheitsfraktion abgelehnt, hat auch die Regierungskoalition eine Anfrage an die Landesregierung gestartet. Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) räumte ein, daß in der Frage der öffentlichen Wasserversorgung, die er vor Bekanntwerden der Affäre noch positiv dargestellt hatte, „viele Zeitbomben“ ticken. Nicht zuletzt der starke öffentliche Druck hat Rommel nun veranlaßt, einen umfangreichen Maßnahmenkatalog der Öffentlichkeit zu präsentieren. Gleichzeitig teilte er Anfang dieser Woche eine neue Hiobsbotschaft mit: Im Stadteil Feuerbach wurde ein 13000-Mikrogramm pro Liter, oder das 520fache des zulässigen Höchstwertes gemessen. Der Oberbürgermeister kündigte jetzt an, daß zahlreiche Probearbeiten gemacht werden sollen. Das hochgiftige Wasser in Feuerbach werde schon nächste Wo-

che an die Erdoberfläche gepumpt und mit Aktivkohlefiltern gereinigt. Altdeponien (rund 30 sind bekannt) sollen daraufhin untersucht werden, ob sie möglicherweise Giftstoffe ins Grundwasser gebracht haben. 1500 Firmen wurden bereits als mögliche Verursacher unter die Lupe genommen. Weitere 1000 Betriebe sollen nach Rommels Angaben überprüft werden. Auch mögliche Giftquellen im Umkreis Stuttgarts sollen mit Hilfe des Regierungspräsidiums und der Gemeinden kontrolliert werden.

Aber nicht nur Stuttgart hat Wasserversorgungsprobleme. Die Stadt Bad Schussenried (unweit von Biberach, etwa 100 Kilometer südlich von Stuttgart) hat seit fünf Wochen Mittern von Säuglingen bis zu vier Monaten täglich kostenlos 1,10 DM für den Kauf von etwa zwei Litern Mineralwasser zur Verfügung gestellt. Grund für diesen seltenen Beschluß: Das Trinkwasser der Stadt enthält 65 Milligramm Nitrat pro Liter. Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation: höchstens 45 Milligramm, die EG genehmigt von 1985 an 50 Milligramm, besser wäre jedoch nach europäischer Auffassung eine Höchstgrenze von 25 Milligramm. Nitrat kann gerade bei Kleinkindern zur gefährlichen Blausucht führen. Inzwischen hat Bad Schussenried den Mineralwasser-Zuschuß wieder eingestellt. Begründung: Der Nitratgehalt im Trinkwasser habe sich gebessert. Und: der Ruf der Kurstadt dürfe nicht weiter gefährdet werden.

„Die Jugend muß wissen, wo die Freiheit aufhört“

Französische Schüler sollen die Berliner Mauer sehen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Einige 100 Kilometer weiter westlich habe man die Mauer von Berlin bereits vergessen, deswegen werde er dafür sorgen, daß vor allem die Jugend seiner Gemeinde die Existenz dieser Mauer kennenlernt. Dies hat ein Franzose, der Gaullist und ehemalige Widerstandskämpfer Alain Grioteray, vor einigen Tagen in Berlin-Tempelhof den Berlinern versichert. Grioteray ist Bürgermeister des Pariser Vorortes Charenton, der seit 1977 mit Berlin-Tempelhof ein Partnerschaftsverhältnis unterhält. Zwischen den Städten Paris und West-Berlin kam es ein solches nicht geben, da sich schon 1949 Paris mit Rom verschwesterte und eine Klausel die Ausschließlichkeit dieses Verhältnisses festlegt.

Reise für Schulklassen

Alain Grioteray will seine Ankündigung sehr bald wahr machen. Er hat die Absicht, ganze Schulklassen seiner 27 000-Einwohner-Gemeinde nach Berlin in Marsch zu setzen. Bis zur deutschen Grenze wird die Gemeindegasse die Reisekosten tragen, von da ab soll der Transport von französischen Militärs übernommen werden, die regelmäßig und unkontrolliert zwischen Paris und Berlin verkehren. „Unsere Jugend soll wissen, wo die Freiheit aufhört und die Diktatur beginnt, und das kann sie nirgendwo besser erfahren als an der Berliner Mauer“, sagte der Politiker gegenüber der WELT. Grioteray, nebenher stellvertretender

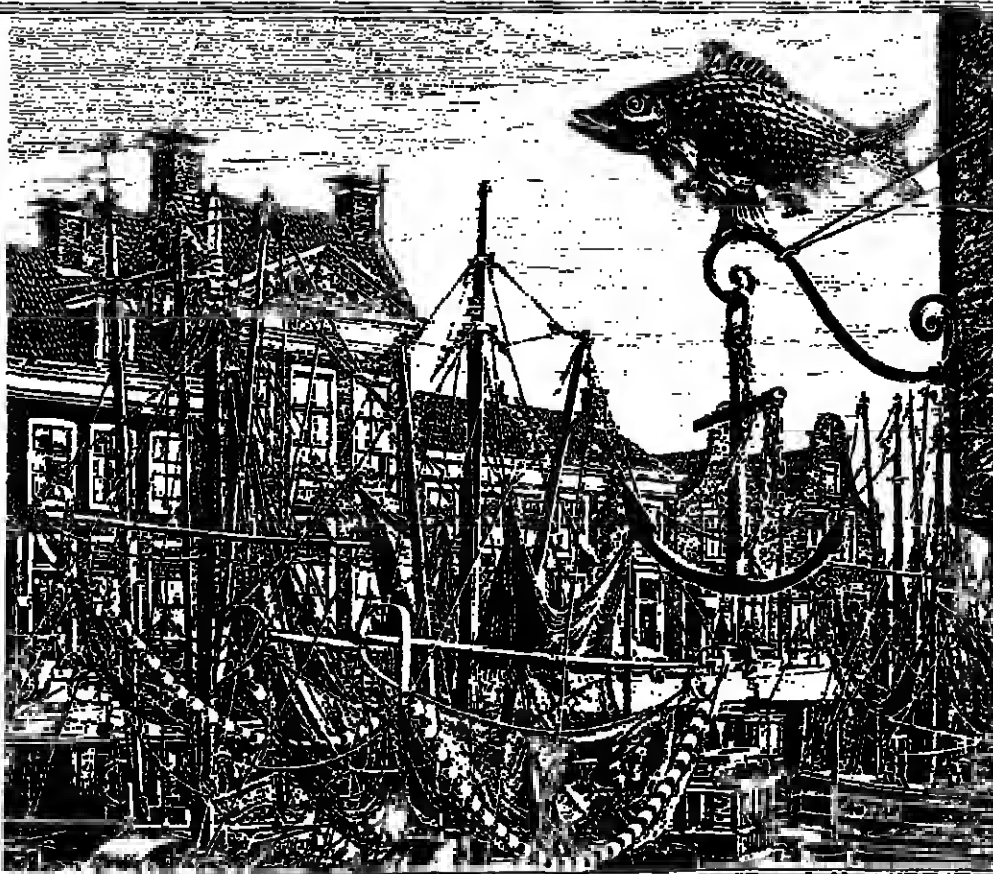
der Chefredakteur des konservativen Pariser Wochenblattes „Figaro-Magazin“, hat in Berlin auch zum Thema europäische Verteidigung Stellung genommen. „Wir Deutsche und Franzosen versichern uns dauernd gegenseitig, daß wir zusammen leben wollen. Aber wollen wir auch zusammen sterben?“, fragte er anlässlich seines letzten Berlin-Besuchs. „Sind wir bereit, das Risiko des gemeinsamen Todes auf uns zu nehmen, um weiter gemeinsam leben zu können, mit anderen Worten, uns an unserer gemeinsamen Grenze hier in Berlin zu verteidigen?“

Angstvolle Fragen

Die Franzosen der 80er Jahre fragen sich angstvoll, ob die Deutschen dazu bereit sind. Nach einem halben Jahrhundert unter fremdem Schutz sind sie Pazifisten und Neutralisten geworden, sehnlich sie nach einer vagen österreichischen Lösung, die sie aus ihrem 40jährigen Minderheitsstatus befreien könnte.

Grioteray gibt auf diese Frage eine verblüffende Antwort: „Die Forderung aus all dem kann nur lauten, daß Europa seine Verteidigung endlich in die eigene Hand nimmt. Alles andere ist Gewäsch. Europa aber ist nicht nur eine deutsch-französische Infanterie, sondern die deutsch-französische Atombombe.“ Grioteray greift damit einen Vorschlag auf, den schon 1980 der Gaullist Sanguinetti kurz vor seinem Tode machte.

Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit



Freiheit und Sicherheit

Der frei im Meer sich tummelnde Fisch und der Anker, der dem Seefahrer Sicherheit verleiht... sind das nicht treffliche Sinnbilder für das, was ein guter Gasthof dem Fernreisenden bieten sollte: die Freiheit von den Pflichten im Alltag, einen Urlaub von zu Hause; sowie die Sicherheit, mit Speis und Trank, mit Zimmer und Bett gut bewirtet zu werden. Darüber hinaus lassen diese zu einem ungewöhnlichen Wirtshausbild vereinten Bestandteile – zumal an einem oerträumten Fischerhafen – berechtigte Hoffnung auf-

kommen, daß hier die leckeren Gaben des Meeres so frisch geboten werden, wie man es sich nur wünschen kann.

Und schließlich wird es in solch einer Umgebung auch nicht an einem guten Tropfen mangeln. Ob jedoch ein guter Wein darunter ist, das mag diefer oder jener bezweifeln; aber der Zabach Alrat aus Rudesheim am Rhein wird sicherlich auf der Karte stehen – gilt er doch, wie das Schild vor dem Gaus, seit aller Zeit als Zeichen guter Gastlichkeit!

Alsbach Alrat

Im Alsbach Alrat ist der Geist des Weines!

Die Seligsprechung – auch politisch aktuell

ALFONS DALMA, Rom
Das Räderwerk der römischen Kirche hat mit dem Mühlen Gottes die Langsamkeit gemeinsam. Der polnische Papst Johannes Paul II. hat 98 französische Märtyrer fast 200 Jahre nach deren Opfergang zur Zeit der „großen Revolution“ seligsprochen. Als ein streng kirchliches Ereignis hat der Vorgang seine sakrale Bedeutung, für die französischen Katholiken auch einen tiefen Gefühlswert.

Geistesgeschichtlich, in bezug auf die Beurteilung der Französischen Revolution, war der feierliche Abschluß dieses kirchenrechtlichen Prozesses keine besondere Geste. Die erste Seligsprechung von religiösen Opfern des revolutionären Terrors zur Zeit des großen Umsturzes in Frankreich hatte schon Pius X. knapp hundert Jahre nach jenen Vorgängen proklamiert. Seitdem hat es sieben weitere, wie es in der kirchlichen Sprache heißt, „Erhebungen zur Ehre der Ältäre“ für das heroische und mit dem gewaltsamen Tode besiegelte Glaubensbekenntnis von Franzosen in den Jahren zwischen 1789 und 1974 gegeben.

Die neueste war außerdem zwischen anderen großen Kundgebungen des Papstes – am Tag zuvor machte der Abschluß des neuen Konkordats mit Italien in der ganzen Welt Schlagzeilen – eingebettet und damit der Einmaligkeit beraubt. Und dennoch war die päpstliche Handlung sowohl politisch als auch geistesgeschichtlich von größter Aktualität.

Der Papst selbst und die Verfasser der kanonischen Begründungsakten haben darauf hingewiesen. So Johannes Paul II.: „Diese Märtyrer fordern uns auf, an die Mengen von Gläubigen zu denken, die noch heute in der ganzen Welt unter der Verfolgung leiden, oft im Verborgenen, aber deshalb nicht weniger grausam und weniger schwer, weil immer dabei die Verweigerung der religiösen Freiheit, die Diskriminierung der Christen, die Unmöglichkeit der Verteidigung, die Internierung und der bürgerliche Tod zur Anwendung kommen.“ Die Prüfung zahlreicher Zeitgenossen ist ihnen mit den heute Seligsprochenen gemeinsam.

Glaubenspflicht erfüllt

Weiter sagte der Papst: „Ohne Zweifel, in den Zusammenhängen von großen ideologischen, politischen und militärischen Spannungen konnte gegen sie der Verdacht der Untreue zum Vaterland gelegt werden. Das geschieht im Zuge aller Verfolgungen, gestern und heute... Was aber diese Menschen wirklich erlebt haben, was heute noch in den Protokollen der Gerichte festgeschrieben steht, läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie lediglich entschlossen waren, ihrem Glauben unter Lebensgefahr treu zu bleiben und ihre Glaubenspflicht zu erfüllen, während sich ihre Richter vom Haß gegen diesen Glauben, den sie als unheilbare Bigotterie und Fanatismus verachteten, leiten lassen.“

Kardinal Gabriel Marie Garrone hat auch die diesmal auserwählten 98 Opfer der Französischen Revolution in die große Reihe der Märtyrer eingeschlossen, die liquidiert worden sind, weil sie für ihre Überzeugung

ohne Rücksicht auf Gefahren Zeugnis ablegen wollten: ... von Thomas Morus ... bis Maximilian Kolbe.“ Daß die Serie auch nach 1945 und bis heute fortgesetzt wird, steht außer Diskussion. Karol Wojtyla erinnert bei jeder Gelegenheit an das Schicksal der hiesigen Katholiken. Der byzantinische Gottesdienst am ersten Februartag in der Peterskirche war ein Andenken an die Tragödie der unierten slawischen Katholiken. Zehn Tage später kommemorierte das katholische Rom in der historischen Kroatienkirche San Gerolamo den Todestag des von den Tito-Kommunisten verfolgten Kardinal Stepinac. In der Januar-Ausgabe der italienischen katholischen Zeitschrift „Il Regno“, die im Ruf des progressistischen Geistes steht und für die dem Datum nach jüngste Revolution, die sandinistische in Nicaragua, einiges übrighat, wurde ein Artikel unter dem Titel „Nicaragua als Tierfarm“ veröffentlicht. Darin wird eine Katholikenverfolgung – Fressen und Terror – analysiert, deren Todesopfer noch zu zählen sind.

Zornige Scholastiker

Als Antwort darauf ließ ein Angriff des linkskommunistischen „Manifesto“ nicht auf sich warten. Diese Polemik läßt die geistesgeschichtliche Aktualität der jetzigen Seligsprechung sichtlich werden. Was die leninistisch-marxistischen Scholastiker ganz besonders zornig werden läßt, ist die Feststellung, daß sich „die Institutionalisierung von Revolutionen historisch als ebenso absolutistisch und noch unduldsamer erwiesen hat, als das von ihr gestirzte System“. Selbst die Neomarxisten sehen darin eine unzulässige A-priori-Beurteilung, ein ideologisches und antirevolutionäres Vorurteil. Sowohl die französische als auch die russische Revolution sind aber inzwischen Gegenstand von so vielen Studien, dokumentierten Analysen und sogar Selbstbekenntnissen der Revolutionäre gewesen, daß der Terror nicht als eine sekundäre Begleiterscheinung des revolutionären Vorganges abgetan werden kann, sondern als eine unabwendbare und gesetzmäßige Entartung der Revolution bezeichnet werden muß.

Die französische Geschichtsschreibung – gleich wie sie sonst mehr prinzipiell zur „großen Revolution“ stehen mag – geht nicht mehr über die Tatsache hinweg, daß der jakobinische Terror die Bevölkerung des 28-Millionen-Landes um zwei Millionen reduziert hatte. Selbst kommunistische Rührland-Historiker können seit Chruschtschow nur noch die Zahl der Lenin- und Stalin-Opfer lediglich um einige Millionen niedriger zu halten versuchen als die objektive Geschichte.

Die 98 theologisch untersuchten und zur Seligsprechung gelangten Fälle stellen einen repräsentativen Querschnitt der ausgetöteten Bevölkerung dar: zwölf Priester, drei Nonnen, sechs adeliche Frauen, vier Bauern oder Handwerker und der Rest Frauen aus dem Bürger- und Bauernstand, darunter eine Hebamme und sechs Minderjährige. Es ist nicht schwer, den Querschnitt aus den Konzentrations- und Gulag-Lagern oder aus den Liquidierungszügen unseres Jahrhunderts wiederzuerkennen.

Die Sikhs tragen ihren Kampf um mehr Rechte jetzt auf der Straße aus

Verhandlungen mit Neu-Delhi brachten keine Lösung / Zusammenstöße mit Hindus nehmen zu

P. DIENEMANN, Neu-Delhi
Der goldene Tempel in Amritsar, religiöses Zentrum der Sikhs, gleicht einer belagerten Festung. Ein Ring schwerbewaffneter Soldaten paramilitärischer Einheiten trennt die Front zwischen Hindus und Sikhs, die militante Angehörige beider Religionsgruppen in den nordindischen Bundesstaaten Punjab und Haryana seit Tagen prügeln, mordend und brandschatzend überschreiten. Hindus, aufgegriffen von religiösen Führern, wollen die mehr als zweijährige Agitation der Sikhs nicht mehr hinnehmen. Sikhs kämpfen für mehr Rechte, größere Unabhängigkeit von der Zentralregierung und den Besitz der im Hindu-Staat Haryana gelegenen Stadt Chandigarh, die nach ihrer Meinung eigentlich zum Punjab gehört. Die Lage hat sich gestern erneut verschärft, nachdem zehn Hindus zu Straßenschlächtern kam es in den letzten Tagen auch in Haryana; mindestens zehn Tote und mehr als 100 Verletzte sind die Bilanz. In den meisten Städten der beiden Bundesstaaten herrscht nächtliche Ausgangssperre, das Straßenbild ist von Soldaten bestimmt, die ohne Warnung auf Teilnehmer von inzwischen verbotenen Demonstrationen schießen.

Politischer Hintergrund

Der seit mehr als zwei Jahren andauernde Streit zwischen den Sikhs und der indischen Zentralregierung, der seit einem Jahr nicht mehr am Verhandlungstisch, sondern auf der Straße ausgetragen wird, hat Dimensionen angenommen, die an einen Religionskrieg erinnern. Hindus, die in der Vergangenheit stets Opfer von Sikh-Terroranschlägen waren, haben sich in Haryana, wo sie mehrheitlich

leben, zum Widerstand entschlossen. Organisiert in den konservativen Hindu-Sammelbecken „Hindu Su-raksha Samiti“ und „Hindu Shiv Sena“ zogen sie zu Tausenden prügeln, plündern und brandschatzen durch Städte wie Panipath, 80 Kilometer nördlich von Neu-Delhi, stoppten Busse und Züge, um Rache an Sikhs zu nehmen.

Der Führer der Sikh-Partei Akali Dal, Harchand Singh Longowale, gibt Ministerpräsidentin Indira Gandhi die Schuld an dieser Entwicklung. Sie habe eine Lösung für den Punjab bewußt hinausgezögert, in einigen religiösen Forderungen zwar Zustimmungsbereitschaft gezeigt, die Hauptforderung der Sikhs, Rückführung der in Haryana gelegenen Stadt Chandigarh in den Punjab, aber nicht erfüllt. Aus rein wahltechnischen Gründen, meinen Gandhi-Kritiker, da dies der Regierungspartei bei den bevorstehenden Wahlen Stimmen aus der Hindu-Bevölkerung Haryanas kosten könne. Andererseits will die Ministerpräsidentin durch weitgehende Zugeständnisse an die Sikhs keinen Präzedenzfall für andere religiöse Minderheiten oder Bundesstaaten schaffen.

Der Hintergrund der Punjab-Krise ist allerdings weniger religiös als vielmehr politischer Natur. Der Akali Dal geht es um die Wiedererlangung politischer Macht im Staat Punjab, die sie mit dem Wahlsieg Indira Gandhis 1980 verloren hatte. „Ein paar Ministerposten für die Akali Dal“, so Beobachter der Punjab-Szene, „würden schon reichen, um den Frieden wiederherzustellen.“

Doch dieser scheint zur Zeit weiter entfernt als je zuvor. Die Akali Dal wurde, nicht zuletzt durch geschickte Schachzüge Indira Gandhis, Opfer

ihres eigenen Agitations. Als „trajisches Pferd“ in der Partei gilt der militante Sikh-Führer Jarnail Singh Bhindranwale mit seinen meist jugendlichen 200 Anhängern. Stets verhängend Terrorakte, die auf Bhindranwales Konto gehen, eine greifbar nahe Lösung für den Punjab-Konflikt. Die beiden Verhandlungsparteien, die Akali-Dal-Führung auf der einen Seite, die Regierung Gandhi auf der anderen, lehnten vereinbarte Gespräche ab. Erst am 14. Februar platze eine lang erwartete Gesprächsrunde zwischen Akali Dal, Vertretern der Regierungspartei und der Opposition. Diesmal waren es Gewalttätigkeiten der Hindus, welche die Sikh-Delegation als Anlaß nahm, die Gespräche abzubrechen.

Kritik an Parteiführer

Der Verlierer in Punjab scheint schon festzustehen: der moderate Akali-Präsident Harchand Singh Longowale mitsamt seinem Präsidentenamt. Nicht nur Bhindranwale zeigt dem Parteiführer die kalte Schulter. Weitere Akali-Dal-Splittergruppen wie die Sikh-Studentenorganisation „All India Sikh Students Federation“, die kleine, aber militante Gruppe „Babbar Khalsa“ üben jetzt offene Kritik an Singh Longowale. Er habe von Anfang an den Standpunkt der Sikhs gegenüber Indira Gandhi zu schwach vertreten.

Die Regierung Gandhi zeigt sich über die Entwicklung überaus besorgt. Anders als Assam, wo im Frühsommer 1983 kommunale Unruhen zur buchstäblichen „Abschlachtung“ von Hunderten von Menschen führten, liegen die Staaten Punjab und Haryana unmittelbar vor der Haustür Neu-Delhis. Punjab ist zudem sensibler Grenzstaat zu Pakistan.

Berlinguer will Koalition aufbrechen

KPI sieht sich durch Eingriff Craxis in die gleitende Lohnskala ins Abseits gedrängt

F. MEICHNER, Rom
Italiens Kommunisten haben der Regierung Craxi den bedingungslosen Kampf angesagt. Vor dem Zentralkomitee seiner Partei forderte Generalsekretär Enrico Berlinguer die Auflösung des ersten sozialistischen Kabinetts in der Geschichte des Landes durch eine „Programmregierung“, der er die kommunistische Unterstützung in Aussicht stellte.

Die ersten Auswirkungen der kommunistischen „Kriegserklärung“ bekommt die Bevölkerung seit Tagen mit einer nicht abbrechenden Kette „spontaner“ Streiks zu fühlen, die vor allem das Transportwesen weitgehend lahmlegen. Sie richten sich gegen die von der Regierung dekretierte Abbremsung der gleitenden Lohnskala.

Die Aufstände blockieren nacheinander die wichtigsten Verkehrsknotenpunkte des Landes. Sie sprangen von Florenz nach Mailand und dann nach Rom über, wo der kommunistische Flügel des allgemeinen Gewerkschaftsbundes CGIL, für gestern auch zur Arbeitsniederlegung in der Industrie, im städtischen Transportwesen, auf den Flugplätzen, in den Krankenhäusern, Zeitungsdruckereien und Schulen aufrufen hatte. Im Senat stand am gleichen Tag der kommunistische Antrag zur Debatte und Abstimmung, das Lohndekret, mit dem der Inflationsausgleich in diesem Jahr von zwölf auf neun Punkte reduziert wird, für verfassungswidrig zu erklären.

Mit den kombinierten Attacken an der Sozial- und Parlamentsfront zieht Berlinguer darauf ab, die demokratische Fünfkolalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen aufzubrechen. Unter Führung des sozialistischen Parteisekretärs Craxi hat diese Koalition jetzt zum ersten Mal, gegen den Widerstand der Kommunisten, einen Eingriff auf dem Gebiet der Inflationsstrebenden Lohn-dynamik gewagt. Sie realisierte das, was frühere Regierungen mehrfach vergeblich versucht hatten.

Entscheidend schlug dabei die Tatsache zu Buche, daß es Craxi als Ministerpräsidenten gelang, die eigene Partei zu disziplinieren, in der bisher jede staatliche Reglementierung in der Lohnpolitik auf entschiedene Opposition gestoßen war. Er sicherte sich darüber hinaus sogar die Zustimmung des sozialistischen CGIL-Flügels sowie der beiden anderen großen Gewerkschaften CISL (christdemokratisch) und UIL (sozialistisch-sozialdemokratisch-republikanisch).

Die Kommunisten sahen sich dadurch ins Abseits manövriert. Sie befürchten offensichtlich, daß die erfolgreiche Weiterführung der von Craxi eingeleiteten Antinflationspolitik dem Ministerpräsidenten und seiner Partei zunehmend Sympathie auch bei der bisher kommunistischen Mehrheit der Arbeitnehmer eintragen könnte. Der Alptraum ist eine „französische Entwicklung“, das heißt, die Ablösung der KPI als dominierende Partei der Arbeiterklasse durch die Sozialisten. Deshalb entschloß sich Berlinguer zur Generaloffensive.

Er setzt dabei sowohl sein strategisches Projekt einer Linksalternative als auch die Gewerkschaftseinheit aufs Spiel. Die Linksalternative als Fernziel ist ohne sozialistische Beteiligung nicht realisierbar. Durch Berlinguers Frontangriff auf Craxi wird die ernsthaft in Frage gestellt, denn das Verhältnis zwischen KPI und Sozialisten hat sich dadurch wesentlich verschlechtert. Und die Gewerkschaftsbewegung ist praktisch schon auseinandergebrochen. CISL und UIL haben sich von der kommunistisch beherrschten CGIL abgespalten, und der CGIL droht die Spaltung.

Voller Zorn bekämpfen Franzosen die Schulreform

A. GRAF KAGENECK, Paris
Zur gleichen Zeit, in der 3000 Lastwagenfahrer Frankreichs Autobahnen und Fernstraßen in einem Drittel des Landes durch Straßensperren lahmlegten, zogen 400 000 Menschen singend und betend, angeführt von ihrem Bischof und dem Dechant Guibert, dem Generalsekretär des katholischen Erziehungswesens, durch die bretonische Hauptstadt Rennes.

An den drei vorausgegangenen Wochen hatte es ähnliche Umzüge in Bordeaux, Toulouse und Lyon gegeben. Noch nie aber waren so viele Menschen zusammengekommen wie hier in der erzkatholischen Bretagne, die bisher jeden Versuch des Zentralstaates, sie auf den republikanischen Bügel zu spannen, mit Zähnen und Klauen abzuwehren wußte. Allen diesen Menschen aber geht es ganz gleich in welcher Ecke Frankreichs sie angesiedelt sind, um die gleiche Sache: die Verteidigung des Rechtes eines Vaters und einer Mutter, die Erziehung des Kindes selbstgewählten Lehrern anzuvertrauen. Dieses Recht wird von einem Schulreformgesetz des sozialistischen Erziehungsministers Alain Savary erheblich eingeschränkt und auf lange Sicht mit Aufhebung bedroht.

Der fanatische Widerstand der katholischen Elternschaft hat die Regierung offensichtlich überrascht. Savary



Erziehungsminister Alain Savary zögert Vorhaben zurück. FOTO: CAMERA PRESS

ry, vom Temperament her auf Ausgleich bedacht und erfahren in der Behandlung gesellschaftlicher Konflikte, hat in einigen Punkten Terrain aufgegeben. Die seit Monaten in Gang befindlichen Verhandlungen zwischen ihm und der katholischen Eltern- und Lehrerschaft werden von ihm künstlich hinausgezögert und scheitern von der höheren Weisung diktiert zu sein, die Dinge nicht bis zum Bruch zu treiben.

Im Prinzip soll, entsprechend dem sozialistischen Wahlprogramm von 1981, das Bildungswesen in Frankreich vereinheitlicht und die seit anderthalb Jahrhunderten bestehende Teilung des Bildungsstranges in eine laizistische-öffentliche und eine religiös-private Schiene beendet werden.

Dies ist an sich schon eine Ungeheuerlichkeit in einem Staat, der trotz dreier laizistischer Republiken,

trotz gesetzlicher Trennung von Kirche und Staat und trotz des Aufkommens einer modernen pluralistischen Gesellschaft nach dem zweiten Weltkrieg nie den in der großen Revolution geborenen Antagonismus zwischen der spirituellen und der zeitlichen Gewalt überwunden hat. Im sozialistischen Frankreich von heute treten diese Gegensätze ungleich schärfer zutage. Es genügt zu wissen, daß ein gutes Drittel der Sozialistischen Partei aus Lehrern besteht und daß die „Institute“ in der 287 Köpfe zählenden Kammerfraktion der Partei sogar die absolute Mehrheit haben, um die Eile zu verstehen, mit der die Regierung die Privatschulen, letzte Bastion des Katholizismus, abschaffen wollen. Heute wie 1930 könnte der große Soziologe André Siegfried schreiben: „Kein Militanter der Linken ließ sich bisher überzeugen zu glauben, daß die Kirche ernsthaft für die Republik arbeiten könnte.“

Es kommt aber etwas anderes hinzu. Heute kämpfen nicht nur katholische Eltern und praktizierende Gläubige für den Erhalt der Privatschulen, sondern Menschen, die nicht mehr in die Kirche gehen und sogar dem Linksregime nahesteht. Umfragen weisen einwandfrei nach, daß die Befürworter eines privaten Bildungswesens in Frankreich in der Überzahl sind (bis zu 70 Prozent), und dies nicht nur, weil sie als gute Republikaner den Pluralismus gerade im Schulwesen verteidigen, sondern weil die Resultate der rund 10 000 Privatschulen im Vergleich zur öffentlichen Schule seit Menschengedenken einwandfrei besser ausfallen.

Deshalb schicken auch Franzosen mit geringem Einkommen, soweit sie sich das vom Staat durch Subventionen niedriggehaltene Schulgeld leisten können, ihre Kinder lieber zu den Brüdern oder Schwestern. Unter den 80 000, die in Bordeaux, unter den 150 000, die in Lyon, den 400 000, die in Rennes hinter der Fahne der Jungfrau von Orleans und ihren Sprüchbändern durch die Straßen zogen, auf denen die Freiheit der Wahl der Schule verlangt wurde, waren auch Wähler, die 1981 für Mitterrand gestimmt hatten.

Die Dinge werden sich weiter zuspitzen. Das Gesetz kommt im April vor das Parlament, ungeachtet der Aussicht, daß man sich bis dahin geeinigt hat oder nicht. Savary wird sich allein im Palais Bourbon einem erbitterten Widerstand der Opposition gegenübersehen, die ermutigt von ihren Verzögerungserfolgen, bei der wochenlangen Diskussion des Gesetzes, schon jetzt 10 000 Änderungsanträge (sowie wie es Privatschulen gibt) gestellt hat. Ungleich härter wird der Widerstand auf der Straße sein. Für den 5. März haben Elternschaft und Kirche eine Massenkundgebung in Versailles bei Paris angesagt, die zur Apokalypse aller bisherigen Manifestationen werden soll. Es ist nicht ersichtlich, warum Mitterrand, selber ein Zögling katholischer Paulaner-Patres, an seinem Vorhaben festhält. Will er den Krieg? Die Opposition vermutet eine „Flucht nach vorne“ des Staatsoberhauptes, der angesichts der langsam sich auflösenden Regierungskoalition zwischen Kommunisten und Sozialisten kein anderes Mittel zum Zusammenhalt seiner Truppen sieht.

DM 696.000 geringer Kapitaldienst bei einer Investition von DM 2 Mio im Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein. Und das bei niedrigerem Eigenkapitaleinsatz!

So macht Schleswig-Holstein Investitionen möglich.

Warum in Schleswig-Holstein?

- 1.) weniger Eigenmittel
- 2.) Reingewinn
- 3.) Eigenkapital rentabil
- 4.) Liquidität

Schleswig-Holstein macht Unternehmen ein Angebot:

Mit der Standortwahl kann der wirtschaftliche Erfolg eines mittelständischen Unternehmens entscheidend beeinflusst werden. Denn Standort hängt es ab, welche steuerlichen Vergünstigungen und öffentlichen Finanzierungshilfen bei Investitionen genutzt werden können. Anhand einer vergleichenden Modellrechnung haben wir den unternehmerischen Erfolg mit und ohne Förderung ermittelt. Wir kommen dabei zu einem erstaunlichen Ergebnis:

Bei einer Investition von beispielsweise 2 Mio DM können Unternehmen in Schleswig-Holstein bei optimaler Ausnutzung der standortbedingten Finanzierungsvorteile 38% mehr Reingewinn erzielen. Dieses ist um so überraschender, als der geforderte Unternehmer statt 600.000,- DM nur 200.000,- DM Eigenkapital aufzubringen hat.

Den Beweis liefern wir Ihnen mit einer Modellrechnung – auf Heller und Pfennig über

10 Jahre gerechnet. Wir schicken Sie Ihnen kostenlos und für Sie unverbindlich.

Bitte besuchen Sie uns im „Schleswig-Holstein-Pavillon“ am Nordplatz auf der Hannover-Messe.

WIRTSCHAFTS FÖRDERUNGSGESELLSCHAFT SCHLESWIG-HOLSTEIN MBH

Coupon:

Bitte schicken Sie mir/uns kostenlos und unverbindlich:

☐ Informationszettel: Wie Sie bei einer Investition von DM 2 Millionen einen Steuer- und Zinsvorteil von DM 417.550,- in Schleswig-Holstein erzielen können. Nachfragen wir Ihnen hier vor.

☐ Informationszettel: DM 696.000,- geringerer Kapitaldienst bei einer Investition von DM 2 Millionen im Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein. Und das bei geringem Eigenkapitaleinsatz!

☐ Informationszettel: „STOP“ Bevor Sie Ihre Bilanz abgeben: Nutzen Sie die ertragsteigernden Steuern als Eigenkapital für Investitionen. Hier sagen wir Ihnen wie.

☐ Finanzierungsmodell: DM 5 Millionen für das verarbeitende Gewerbe.

☐ Finanzierungsmodell: DM 2 Millionen für den Import- und Exporthandel.

☐ Finanzierungsmodell: So finanzieren Sie mit monatlich DM 5.53 pro qm eine 1.000 qm-Halle in Schleswig-Holstein. Und in 10 Jahren gehört alles Ihnen.

☐ Finanzierungsmodell: Für das Handwerk und den mittelständischen Handel.

Ansprechpartner: _____

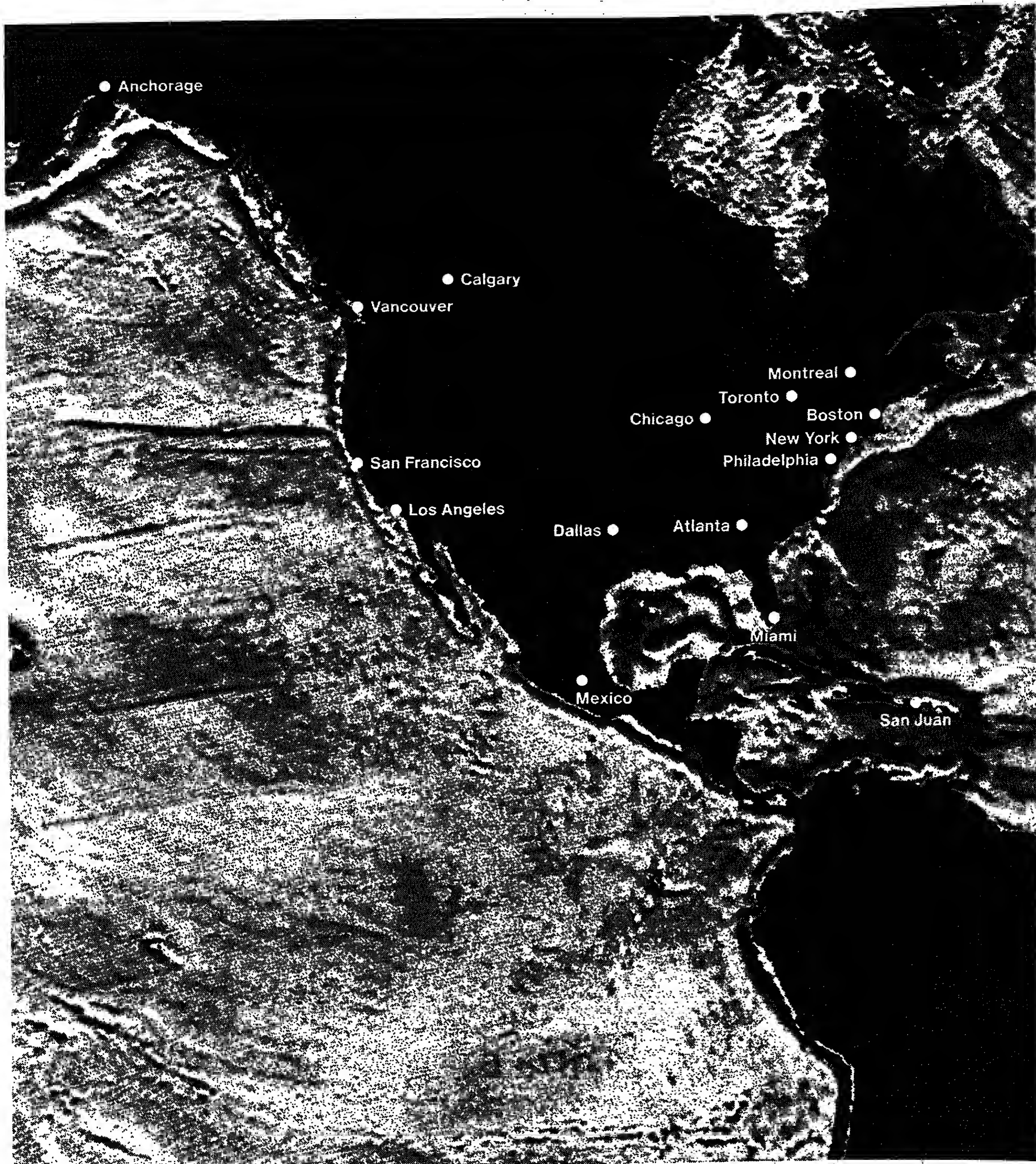
Frirma: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____ Telefon: _____

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH • Sophienblatt 60 • 2300 Kiel 1 • Tel. (0431) 80 39 91

Wenn Sie gewohnt sind, Ihre Ziele ganz direkt anzusteuern.



Satellitenfoto: Seasat Altimeter Data. Copyright W. F. Haxby, Lamont-Doherty Geological Observatory.

Der direkte Weg ist immer noch der kürzeste. Lufthansa bringt Sie direkt zu 16 Zielen in Nord- und Mittelamerika. Ohne Umweg, ohne Umsteigen und meistens ohne Zwischenlandung. Und das nicht nur ab Frankfurt. Wenn Sie also mit Amerika schnell ins Geschäft kommen wollen: Lufthansa.



Sie finden
uns: Halle 9,
Stand 9.18.

Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Parteibuch im Waffenrock

Sehr geehrte Damen und Herren, der am 14. Februar von Ihnen unter der Überschrift „Ohne Parteibuch“ veröffentlichte Leserbrief des Herrn Pickert zielt m. E. darauf ab, mir als Berufssoldat der Bundeswehr Grundrechte zu verweigern. Zweifellos ist das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“, das dem Soldaten die staatsbürgerlichen Rechte nur insoweit einschränkt, als es der Auftrag der Streitkräfte zwingend gebietet, ein frag-, diskussions- und verbesserungswürdiges Prinzip. Es hat sich aber auch in Jahrzehnten bewährt.

Das Bild des unpolitischen Soldaten entstammt der Monarchie, hat sich demokratisch nicht bewährt und hat folgerichtig auch nicht überdauert. Vielmehr hat es wesentlichen Anteil daran, daß die Reichswehr unter Vernachlässigung preussischer Traditionen und Erbgründe zum Steigbügelhalter der Hitler-Diktatur verformt wurde. Sie nicht letztlich ihren auf Volk und Vaterland geleisteten Eid in der bedingungslosen Auslieferung an den „Führer und Reichskanzler“?

Wer uns dieses System heute als „segenreich“ offerieren will, muß sich nach seinem persönlichen Anteil an Verbrechen und Elend unseres Volkes fragen lassen, vermag er doch offensichtlich damals wie heute nicht zu unterscheiden, was er seinem Führer und was er seinem Volk schuldig gewesen wäre.

Es gehört für mich zu den äußersten glücklichen Traditionen der Bundeswehr, sowohl durch Öffentlichkeit und Parlament als auch durch unsichtige politische und militärische Führer in den fast drei Jahrzehnten ihres Bestehens vor solchen gestrigen, besser noch: vorgestirnten, aber keineswegs frag- und diskussionswürdigen „Segnungen“ bewahrt geblieben zu sein.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Schütte,
Major
Klein-Winternheim

„Leserbrief: Ohne Parteibuch“, WELT vom 14. Februar

Dem Hinweis auf den „Segensreich“ der von Noke und Ebert bejahlten Regelung der Weimarer Republik, daß in der Reichswehr das aktive und passive Wahlrecht der Berufssoldaten ruhte, kann nur zugestimmt

werden, auch wenn dieser Hinweis in der durch das 1956 erlassene Soldatengesetz getroffenen Festlegung für die Bundeswehr nur zum Störfaktor: „Wie schön wäre es, wenn...“ verurteilt ist. Mit der Bestimmung „gleichen Rechts für den Soldaten wie für jeden anderen Staatsbürger“ wurde grundgesetzgemäß und edel gemeint ein innerer Zwiespalt in der Bundeswehr verankert.

Möglich, daß die Fehlstücke am Fall Kießling im Untersuchungsausschuß des Bundestages zutage tritt und in ihrer Grundständigkeit erkannt wird bis zu der Frage, wieviel ein ziviler Staatssekretär den Minister der Verteidigung als Oberbefehlshaber im Frieden vertritt.

Schließlich ist die Bundesrepublik der einzige NATO-Partner, in dem die Gewerkschaften in der Truppe aktiv tätig werden können. Auch wenn die ÖTV für Polizei, Feuerwehr und Bundeswehr in ihrer Satzung einen Streik ausschloß, andere Gewerkschaften folgten nicht. Wir erinnern uns an 1963, als ein Erlaß des Bundesverfassungsgerichts auf Klage der ÖTV einen Einspruch gegen Aktivitäten in der Truppe aufhob und daß Generalinspektor Tretner und General Pape, Wehrbereichsbefehlshaber III, daraufhin zurücktraten, während spontan die Generale Graf Baudissin und Schmücke den Bundeswehrverband verließen und ostentativ der ÖTV beitraten.

Die ängstliche Sorge, die Bundeswehr könne der Wehrmacht gleichen, führte zur grundsätzlichen Fehlkonstruktion: der Einsicht der Bundeswehrführung wurde ein Riegel vorgeschoben. Wenn zu Nutzen, bleibt die Frage: Wieviel bringt der Fall Kießling noch mehr dazu zutage.

Die Bundeswehr wird sich weiterhin als einzige Truppe mit grundgesetzgemäßen Querelen innerpolitischer Befähigung der Gewerkschaften abfinden müssen. Auf Sicht ist eine qualifizierte Mehrheit für eine Änderung der Festlegung des Soldatengesetzes nicht in Sicht.

H. Schultz,
Grafenrath

Hiermit beenden wir die Diskussion Die Redaktion.

Ehrenhüter?

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 3. Februar brachten Sie in der Rubrik „Die Meinung der anderen“ eine ganze Sammlung scharfster Angriffe, darunter einen börsigen Artikel des Hamburger Abendblattes zu o. a. Fall, in dem unter anderem zu lesen stand: „Aber kann man einem Mann, den man in aller Öffentlichkeit nackt ausgezogen hat, den man gedemütigt und durch die Gasse gezogen hat, durch ein Wort alles wiedergeben, was man ihm genommen hat?“

Die Frage muß erlaubt sein, wer ist hier „man“? Der Minister doch wohl nicht, sondern die öffentlichen Medien aller Art mit ihrer listigen Sensationsmacherei. Es hätte der WELT gut angestanden, sich deutlich von solcher Form der Berichterstattung zu distanzieren.

Es ist erfreulich, daß nun endlich General Kießling rehabilitiert worden ist – wenn er auch bedauerlicherweise ein Trauma mit sich tragen wird. Es ist aber auch beruhigend, daß es nicht gelungen ist, mit dem angestrebten Sturz des Ministers den Hebel für eine Regierungskrise anzusetzen. Feinlich entblühend bleibt jedoch die Erkenntnis, daß es den meisten der auf hohem Roß dahertreibenden Ehrenhüter sehr schnell weniger um den General als um einen willkommenen, handfesten politischen Skandal ging. General Kießling dürfte diesen „Helfern“ wohl kaum Dank wissen!

Mit freundlichen Grüßen
E. Gröpler,
Brigadegeneral a. D.
Geinhausen

Wort des Tages

„Ich glaube, daß der Mensch besser zu sein versucht, als er ist, als er zu sein glaubt. Ich glaube, daß hierin seine Unsterblichkeit liegt: er versucht, besser, tapferer, ehrenhafter zu sein, als er seiner eigenen Neigung nach jemals sein wird.“

William Faulkner, am. Autor (1897-1962)

Klagen über Behinderungen in Ost-Berlin

Die Ständige Vertretung Bonn in Ost-Berlin und die anderen westlichen Missionen im Ostteil der Stadt sehen nach Angaben westlicher diplomatischer Kreise ihre Arbeit durch eine zunehmende Überwachung und Kontrolle durch „DDR“-Sicherheitskräfte behindert. In der Ständigen Vertretung werde der Zustand, der die Beziehungen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland belasten könne, als unerträglich beschrieben, hieß es gestern. Die verstärkten Sicherheitsmaßnahmen der „DDR“ gehen offenbar auf die spektakuläre Ausreise von insgesamt 18 „DDR“-Bürgern Ende Januar zurück, die Zufahrt in der US-Botschaft und der Ständigen Vertretung gesucht hatten. Besorgnis erregten den Angaben zufolge auch Berichte, daß verschiedentlich für „DDR“-Bürger Kontaktverbote ausgesprochen würden. Außerdem soll es Androhungen geben, daß der Besuch in den Vertretungen strafbar sei.

Kein Anspruch auf Entschädigung

Wer wegen eines Irrtums eines ausländischen Staates in der Bundesrepublik Deutschland zu Unrecht in Auslieferungshaft sitzt, kann keine Entschädigung aus der deutschen Staatskasse verlangen. Seine notwendigen Ausgaben für die gerichtliche Prüfung der Zulässigkeit der Auslieferung müsse ihm dagegen auch in Fällen ersetzt werden, in denen die Bundesrepublik die unberechtigte Verhaftung nicht zu vertreten hat. Diese am Mittwoch veröffentlichte Entscheidung hat der Bundesgerichtshof im Falle eines Türken getroffen, der rund sechs Monate in Auslieferungshaft gesessen hat, weil die türkische Regierung seine Auslieferung wegen Mordes begehrt hatte.

China dementiert Waffenlieferungen

Die chinesische Regierung hat einem Bericht der britischen Tageszeitung „Daily Mail“ vom Dienstag widersprochen, wonach die Volksrepublik China Waffen nach Iran liefern werde. Auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz bezeichnete der Sprecher des Außenministeriums in Peking, Wang Zhenyu, den Pressebericht als „Jeder Grundlage entbehrend“. Es sei wohl bekannt, daß China im Golfkrieg zwischen Iran und Irak auf strikte Neutralität achtete und an keine der kriegführenden Parteien Waffen liefere.

Die Zeitung hatte am Dienstag gemeldet, China werde Waffen und Munition im Wert von einer Milliarde Pfund (etwa vier Milliarden Mark) an Iran liefern. Das Waffengeschäft sei durch Vermittlung Syriens zustande gekommen.

Erstes ökumenisches Institut in Polen

Das erste ökumenische Institut in Polen hat an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Lublin seine Tätigkeit aufgenommen. Das teilte der Leiter der Ökumenekommission der Polnischen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Alfons Nossol, gestern in Lublin mit. Seine Hauptaufgabe wird die Förderung des ökumenischen Aufbaus auf wissenschaftlicher, didaktischer und praktischer Ebene, die Ausbildung der künftigen Theologiestudenten und von ökumenisch engagierten Priestern und Laien sein.

Die WELT (Jahre 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 50 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Glomp auf Distanz zur „Solidarität“

Kardinal verurteilt Hungerstreik in Ursus

DW, Brasilien/Warschau Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Józef Glemp, hat sich während seiner Brasilien-Reise öffentlich von der im Untergrund wirkenden Gewerkschaft „Solidarität“ in seiner Heimat abgegrenzt. Nach einem Empfang beim brasilianischen Staatspräsidenten General Figueiredo bekräftigte Glemp das Prinzip der Nichtmischung der Kirche in die Politik. Die Unterstützung der katholischen Kirche für die unabhängige Gewerkschaft, so präziserte der Kardinal, habe nur gegolten, solange die Tätigkeit der „Solidarität“ mit der Sozialdoktrin der Kirche übereinstimmte. Jetzt, da die „Solidarität“ offiziell nicht mehr bestünde, sei die Kirche gegen deren Wirken aus dem Untergrund. Allerdings kämpfe sie weiter für die Freilassung inhaftierter Mitglieder der „Solidarität“.

Der Primas wandte sich auch scharf gegen die Versuche von Gläubigen in der Pfarrei Ursus bei Warschau, über Proteste und Hungerstreiks die Rückkehr des versetzten Priesters Mirosław Nowak zu erreichen. „Dieser Hungerstreik und die ganze Agitation in der Kirche von Ursus ist das Werk einiger Dutzend Personen, die für sich politische Reklame machen wollen“, sagte Glemp. Er steuerte eine neue Version zu der Auseinandersetzung um den Priester bei, der engagiert für die Ziele der „Solidarität“ eintritt. Pater Nowak, so der Primas, habe seine Verurteilung selbst beantragt, da eine „destruktive Gruppe“ Unordnung provoziert habe. Dieser Darstellung widersprach der Kaplan energisch. Er habe nicht um Versetzung nachgesucht.

Die Äußerungen Glemps über die „Solidarität“ liegen auf der Linie des Kardinals, neue Kontroversen mit der Staatsmacht zu vermeiden. Der Primas war bereits im Herbst 1983 zum „Untergrund“ der Gewerkschaft auf Distanz gegangen. Für die Kirche war das Thema „Solidarität“ offensichtlich spätestens mit dem Verbot durch Warschau erledigt. Sie konzentrierte sich darauf, Bedrängnis Hilfe zu gewähren und einen gewissen Freiraum für oppositionelle Meinungen unter ihrem Dach zu schaffen. Diesen Freiraum zu erhalten, dienen auch die derzeitigen Verhandlungen zwischen Kirche und Staat in Polen.

Gegen heftigen Widerstand aus den eigenen Reihen rät Primas Glemp den Priestern zur politischen Zurückhaltung. Die Regierung hatte ihm eine Liste mit den Namen von 69 sogenannten „extremistischen Geistlichen“ übermittelt. Zu diesen zählt Warschau auch zwei Bischöfe, Tokarczuk aus Przemyśl und Kraszewski aus Warschau. Einer der so apostrophierten Geistlichen ist auch Pater Nowak, um dessen Versetzung in eine Landgemeinde – nach den Worten Glemps eine „Beförderung“ – es jetzt zu der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Gläubigen und der Hierarchie gekommen ist.

Die meisten Oppositionsparteien in Nicaragua wollen die Wahlen boykottieren, wenn die Regierung nicht vorher den Ausnahmezustand und die Pressezensur aufhebt. Solange die „Konterrevolutionäre“ im Norden und Süden angreifen, haben die Sandinisten allerdings einen Grund, den Ausnahmezustand nicht aufzuheben. Die Sozialistische Partei will an den Wahlen teilnehmen, da sie noch auf eine demokratische Entwicklung hofft.

In Nicaragua wird abgestimmt zwei Tage vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Nach Auffassung von Beobachtern glaubt die Junta, Präsident Reagan könne sich vor den Wahlen keine Intervention in Nicaragua leisten. Ein Sprecher der Sandinisten bestritt jedoch jeden Zusammenhang mit den terminierten US-Wahlen und erklärte, die Sozialistische Internationale habe die Regierung aufgefordert, den Wahltermin vorzuzerlegen. US-Außenminister Shultz bekräftigte, seine Regierung hege „keinen Plan“ für eine militärische Intervention in Nicaragua.

Streit um Todesstrafe

„DDR“ wendet sich gegen UNO-Appl der Bundesrepublik

WERNER KAHL, Bonn/Genf Die „DDR“ versucht, den Vorschlag der Bundesrepublik Deutschland für eine weltweite Ächtung der Todesstrafe zu unterlaufen. Vor der UNO-Menschenrechtskommission in Genf reagierte Ost-Berlin im Namen des sozialistisch-kommunistischen Lagers mit einer gewundenen Erklärung auf den Bonner Vorstoß. Die Frage der Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe werde „ausgewogen für die mögliche Praxis aller Staaten flexibel geregelt“, hieß es in der „DDR“-Stellungnahme.

Diskussionen über ein neues völkerrechtliches Instrumentarium würden nur „eine Vielzahl von Problemen auf“, meinte die „DDR“-Sprecherin Sabine Kramarczyk. Sie begründete

Kontrolle über Geheimdienste ohne Grüne?

MANFRED SCHELL, Bonn

Grüne Bundestagsabgeordnete sollen keinen Einblick in die Wirtschaftspläne der drei Nachrichtendienste erhalten. CDU/CSU und FDP haben offenbar Befürchtungen, die Grünen könnten die Vertraulichkeit nicht wahren und Informationen, die sie in geheimen Beratungen erhalten, mißbrauchen. Im Plenum des Parlaments, das sich heute erstmals mit diesem Vorgang befaßt, wird es darüber zu einem Streit auch mit der SPD kommen.

Die Koalitionsfraktionen haben den Antrag eingebracht, der Bundestag solle mit absoluter Mehrheit fünf Abgeordnete wählen, die dann die Haushaltsmittel des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) kontrollieren. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse wäre somit eine Beteiligung der Grünen ausgeschlossen. Die SPD hat demgegenüber einen eigenen Antrag eingebracht, der vorsieht, daß jede Fraktion einen Bundestagsabgeordneten für diese Aufgabe stellt. Dies würde bedeuten, daß auch die Grünen elementare Einblicke in die Finanzmittel der Nachrichtendienste, deren Ausrüstung und operative Planung erhielten. Sie haben bei der Freitags vorgesehenen Verabschiedung des Koalitionsantrages namentliche Abstimmung beantragt. Nach den Vorstellungen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP sollen aus ihren Reihen folgende Abgeordnete die Geheimdienste im finanziellen Bereich kontrollieren: Manfred Carstens (CDU), Erich Riedl (CSU), Hans-Günter Hoppe (FDP). Bei den Sozialdemokraten, die zwei Parlamentarier stellen, sind die Namen Rudi Waltherr und Klaus-Dieter Kühnbecker im Gespräch.

Würtz kandidiert im Bundeswehrverband

rnc, Bonn

Erstmals in seiner fast 25jährigen Geschichte könnte der Deutsche Bundeswehrverband im nächsten Jahr einen Vorsitzenden bekommen, der gleichzeitig Bundestagsabgeordneter ist. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Würtz, ein Berufsoffizier außer Dienst, hat sich bereit erklärt, als Nachfolger des gegenwärtigen Vorsitzenden, Oberst a. D. Heinz Volland, bei den im Oktober 1985 stattfindenden Vorstandswahlen zu kandidieren. Mit Würtz zusammen interessieren sich damit für den Verbandsvorsitz fünf Bewerber. Die vier anderen Kandidaten gehören dem gegenwärtigen Bundesvorstand des Bundeswehrverbandes an. Drei sind Oberleutnants bei Heer und Luftwaffe, einer Kapitänleutnant und Marineoffizier. Würtz erklärte gestern, er werde sich bei der Bundestagswahl 1987 wieder um ein Mandat für den Bundestag bewerben.

Marschroute für den EG-Gipfel abgesteckt

HEINZ HECK, Bonn

Unter Vorsitz des Bundeskanzlers haben sich nach der gestrigen Kabinettsitzung die Minister Genscher, Kiehl, Graf Lambsdorff und Stoltenberg um die Festlegung einer Marschroute für den nächsten EG-Gipfel am 19. und 20. März in Brüssel bemüht. Dem Thema kommt mit Blick auf das Treffen Kohns mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am Freitag besondere Bedeutung zu.

So wird mit Sorge gesehen, daß nicht nur bei Milch und Getreide, sondern auch bei einer Reihe von Mittelmeerprodukten massive Kostensteigerungen eintreten. Aus deutscher Sicht gilt es, objektivierbare Kriterien für die Ausgabenbegrenzung zu ziehen.

Personalien

GEBURTSTAG

In einem Glückwunschschreiben hat Bundespräsident Karl Carstens dem früheren Intendanten des Senders Freies Berlin und ehemaligen SPD-Vorstandssprecher in Bonn, Franz Barsig, gratuliert, der gestern 60 Jahre alt wurde. Carstens nannte Barsig, der als freier Journalist eine Medienkette von Kiel bis Konstanz bedient und auch für die WELT und für die WELT am SONNTAG tätig

ist, „einen engagierten Journalisten“. Zu den zahlreichen Gratulanten gehörten auch der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau und CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger. Barsig, Sohn eines Bergmannes aus Beuthen, hatte nach dem Krieg zunächst eine „Jugendhilfe“ begeben, wie er sagte, war Mitglied der Kommunistischen Partei geworden. Unter der Obhut der SPD, die ihn später in ihre

Reihen aufnahm, entdeckte er schnell seine großen Talente als Journalist. So war er unter anderem Ressortchef für die Innen- und Wirtschaftspolitik beim „Vorwärts“, Sprecher des SPD-Parteivorstandes und stellvertretender Deutschlandfunk-Intendant. 1968 hatte er für zehn Jahre als „Rekordhalter“ den Intendantenposten in Berlin übernommen.

VERANSTALTUNG

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Schröder (Lüneburg) wird Geschäftsführer der Deutschen Entwicklungsgesellschaft, in der der frühere Bundespräsident Walter Scheel Aufsichtsratsvorsitzender ist. Schröder gehörte dem Parlament, das derzeit verläßt, seit 1972 an. Der Diplomvolkswirt hatte sich ganz besonders als Mitglied im Haushaltsausschuß profiliert. Zu einem Abschiedsempfang, den Dr. Fritz Böhmüller zu Ehren von Horst Schröder in Bonn gab, kamen Politiker und Diplomaten. Unter den Gästen waren Lothar Haase, Präsident der Europäischen Rechnungskammer in Luxemburg, der Direktor des Deutschen Bundestages, Dr. Helmut Schellhahn, und Helmut Burr, Leiter der Planungsabteilung im Kanzleramt.



Abschied: Von links General a. D. Albert Schnez, Horst Schröder, Marlies Stadler und Fritz Böhmüller. FOTO: KBL

Geld muß arbeiten - für gute Erträge!



**Nominalzins 8,00 %
Ausgabekurs 101,20 %
Rendite 7,70 %
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand**

Mit Bundesobligationen. Sie sind eine vorteilhafte Geldanlage. Ausgestattet mit guten festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer Laufzeit von 5 Jahren. Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein ertragreiches, klar überschaubares Wert-

papier. Bei Geldbedarf können Sie Bundesobligationen zum Tageskurs wieder verkaufen. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.

Übrigens können Sie Bundesobligationen auch verschenken. Hierfür gibt es einen besonderen Geschenkbrief. Fragen Sie Ihr Kreditinstitut nach Bundesobligationen. Oder senden Sie den Coupon ein.



Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, Tel. (06 11) 55 07 07, schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

Die Vernunft wird wieder konservativ

Eine Wissenschaft will Orientierung in der Krise geben

Herkunft und Zukunft ist der Titel einer neuen Reihe des Styria-Verlags, von der die ersten drei Bände vorliegen. Verantwortlich als Herausgeber sind die Professoren Tenbruck, Lohkowitz, Lübke, Nipperdey und Schramm. Die Reihe will Fundamente für ein neues Bewusstsein legen und verfolgt damit ein Ziel, das an die Autoren hohe Anforderungen stellt. Die Herausgeber sind von der Notwendigkeit ihrer Aufgabe überzeugt.

Die Reihe soll, wie es in der Ankündigung heißt, die heute weitgehend verdrängte Frage nach den geistigen und sittlichen Grundlagen unserer modernen Welt stellen, und sie will damit sowohl der Orientierung des einzelnen als auch der Befestigung von Staat und Gesellschaft in den Lebensformen der Freiheit dienen. Sie will damit einen Beitrag zur Bewältigung jener geistigen Orientierungskrisen leisten, die durch den Fortschritt der Daseinsrationalisierung ausgelöst wird. Sie sieht in der inneren Entleerung und Veräußerlichung der immer artifizierter werdenden Lebensverhältnisse die tiefere Ursache jener weitverbreiteten Entfremdungs- und Sinnlosigkeitsgefühle, die entweder als neue Ansprüche der Solidargemeinschaft angelistet oder als Gewalt und Terror gegen den Staat geleistet werden.

Eine vorzügliche Einführung in das Programm der Reihe stellt die Untersuchung von Hermann Lübke „Zeitverhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts“ dar, dessen Stand er in der Reflexion auf die Veränderung des Verhältnisses von Vergangenheit und Zukunft in der Gegenwart thematisiert. Herkunft und Zukunft treten immer dramatischer, unvermittelbarer und unberechenbarer zueinander. Unter dem Druck und der Last eines sich ständig steigenden Tempos des wissenschaftlich-technischen Wandels, einer sich immer mehr differenzierenden und immer komplexer werdenden Zivilisation zerfällt die Einheit der Geschichte, innerhalb derer sich das erfahrungsgemäße und lebensweltgebundene einzelne Subjekt noch identifizieren könnte.

Lübke wiederholt in dieser Untersuchung seine These, daß die emanzipatorische Kulturrevolution des letzten Jahrzehnts von einer fundamental falschen Voraussetzung ausging, wenn sie meinte, erstarrte und zementierte Strukturen erst „zum Tanzen“ bringen zu müssen. Ganz im Gegenteil sei es unser Problem, dem rasanten Wandel, seinen Folgen und unvorhersehbaren Nebenwirkungen noch entsprechen zu können. Lübke sieht die Geschichtlichkeit unserer wissenschaftlich-technischen Zivilisation in ihrer beispiellosen Dynamik und der unwiderstehlichen Macht, mit der sie alle Daseinsordnungen und Lebensverhältnisse in den SoG ihres alles verändernden Fortschritts zieht. Seine Sorge ist es nicht, daß wir in sklerotischen Strukturen und Verhältnissen an Erstarrung und Verkalkung zugrunde gehen, sondern daß die von dem Beschleunigungstempo des zivilisatorischen Wandels ausgehenden Zumutungen die Grenzen unserer anthropologischen und kulturellen Belastbarkeit und Wandlungsfähigkeit übersteigen.

Damit ist ein entscheidender Punkt angesprochen, der die progressive Linke von den sogenannten Neokonservativen trennt. Die Gegenwart schrempft immer mehr zu einem flüchtigen Übergang, in welchem die Geschichte ins unwiederholbar Vergangene und damit Vergessene versinkt und jeder

Zukunftsentwurf von der Dynamik des Prozesses demontiert und überholt wird. Die Folgen sind ein Gefühlsverlust der Tradition und schwindende Zukunftsgewißheit. Die Geschichte verfällt dem Museum und die Zukunft der Utopie. Unter diesen Bedingungen muß die Vernunft konservativ werden, das heißt, sie plädiert für schonenden Umgang mit Traditionen.

Die Argumentation von Hermann Lübke ist für den nachvollziehbar, der seine Auffassung teilt, daß wir es in der Gegenwart nicht mit einer Ziel-, sondern mit einer Steuerungskrise zu tun haben. Dann ist Kultur allerdings nicht mehr und nichts anderes als ein Phänomen, das den wissenschaftlich-technischen gesteuerten Prozess kompensiert.

In die Radikalität einer vielleicht nunmehr fälligen und notwendigen Fragestellung führt uns das bedeutende Werk von F. H. Tenbruck „Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder die Abschaffung des Menschen“. Es enthält einen überwältigenden Reichtum an Erkenntnissen, Einsichten, an originellen Perspektiven und produktiven Fragestellungen – es ist ein Buch, an dem sich die Geister scheiden. Thematisch handelt es von den Sozialwissenschaften, genauer von der Soziologie als der leitenden Orientierungs- und Führungswissenschaft der Kultur des 20. Jahrhunderts.

Das Buch von Tenbruck ist die im Ansatz radikalste und in ihren möglichen Konsequenzen weitestreichende Kritik, die an der

Hermann Lübke:
Zeitverhältnisse
Zur Kulturphilosophie des Fortschritts.
151 S., 24 Mark.

Friedrich H. Tenbruck:
Die unbewältigten Sozialwissenschaften
oder die Abschaffung des Menschen.
328 S., 45 Mark.

Heinrich Schipperges:
Die Vernunft des Leibes
Der Wandel der Begriffe Gesundheit und Krankheit seit der Aufklärung. 136 S., 45 Mark. – Alle im Verlag Styria, Graz/Köln.

Soziologie als Macht der kulturellen Prägung und Gestaltung menschlichen Lebens bisher vorgetragen wurde. Sie ist eine De-Struktion des Anspruchs, der mit dieser Wissenschaft verbunden war, die geschichtlich-gesellschaftlichen Bedingungen und Gesetze des kulturellen Daseins des Menschen wissenschaftlich objektiv zu erkennen und das zu leisten, was man eine abschließende Theorie der Gesellschaft genannt hat. Die Sozialwissenschaften wurden für Tenbruck zu einer ebenso ungewöhnlichen wie undurchschaubaren Macht über unser privates wie öffentliches Dasein, weil sie – auf vielfältigen, verschlungenen und versteckten Wegen – zu den Autoritäten geworden sind, die uns die gesellschaftliche und geschichtliche Wirklichkeit, in die wir uns hineingestellt finden, auslegen.

Die Frage Tenbrucks ist also nicht wissenschaftstheoretischer oder wissenschaftsmethodologischer Natur, sondern es interessiert ihn zu erfahren, woher und worin die Stellung der Sozialwissenschaften als einer kulturellen und geistigen Macht, worin ihre Herrschaft über die moderne Kultur begründet ist. Ein wichtiger Teil seiner Antwort besteht in dem Nachweis, daß ihr diese Macht nicht als erfolgreiche Wissenschaft zugewachsen ist. Im Gegenteil: Die Sozialwissenschaften haben von ihren umfassenden theoretischen Programmen, ihren An-



Hermann Lübke

Friedrich H. Tenbruck

Heinrich Schipperges

FOTOS: DIE WELT

sprüchen und Ambitionen in Wirklichkeit wissenschaftlich nichts einlösen können. Ihren epochalen Erfolg verdanken sie ihrer Funktion, einem bestimmten Weltbild als Vehikel zu dienen.

Als Produkt der Aufklärung spielen sie die Rolle eines Funktionsdieners des Glaubens, dem die Aufklärung zum Siege verholfen hat, nämlich die transzendente begründeten Ansprüche der Religion durch Wissenschaft säkular und diesseitig einzulösen. Es ist außerordentlich erhellend, wie Tenbruck die Karriere der Sozialwissenschaften aus der Glaubensgeschichte der Moderne und ihren Weltanschauungskämpfen herleitet. So wie die mathematischen Naturwissenschaften erfolgreich die äußere Natur unter Kontrolle des Menschen gebracht zu haben schienen, so sollten die Sozialwissenschaften für das gesellschaftliche, soziale Dasein des Menschen leisten, was Proudhon eine Defätalisierung des Schicksals nannte.

Die Auslegung des Wissenschaftsverständnisses der Sozialwissenschaften in Analogie zu dem der mathematischen Naturwissenschaften ist nun die Quelle einer ständigen Selbststigmatisierung der Sozialwissenschaftler. Sie analysieren keineswegs voraussetzungslos in der Haltung empirischer Objektivität die gesellschaftliche Wirklichkeit, sondern setzen in einer methodischen, kontrollierbaren Weise ein ihren Weltbildprämissen entsprechendes, reduziertes Modell der Wirklichkeit an die Stelle der Wirklichkeit, ein Modell, das den Menschen als Produkt seiner sozialen Bedingungen unterstellt.

Tenbruck spricht von einer fundamentalen Paradoxie. „Nirgends gestand man sich ein, daß der übermächtige Drang zur geistigen Herrschaft auf das praktische Eingeständnis hinausläuft, daß die gesellschaftlichen und geschichtlichen Vorgänge von den Vorstellungen abhängig seien, die sich die Menschen davon machten. Nirgends machte man sich ein Gewissen daraus, daß der Griff nach der geistigen Herrschaft einen Glauben an die Macht der Ideen belegte, der die Theorie einer durch Ideen beeinflussten Gesellschaft Lügen strafe.“ Damit gewinnt die These Tenbrucks von der Abschaffung des Menschen durch die Sozialwissenschaft Konturen. Die Abschaffung besteht darin, daß man ihn durch Beduktion der Wirklichkeit seiner eigenen Möglichkeiten auf – grob gesprochen – das verkürzt, was für eine möglichst angenehme, schmerzfreie und reibungslose Daseinsführung sorgt.

Ganze Bestände der Wirklichkeit fallen also aus dem Wahrnehmung- und Interessenhorizont der Sozialwissenschaften heraus: Natur, Kultur, Staat, Familie, Religion. Tenbruck fordert daher zu Recht die Re-

habilitierung der spezifisch zur deutschen Tradition gehörenden und in ihr entwickelten Soziologie, eine Bestimmung auf das Erbe Dilthey's, Simmels und vor allem Max Webers, als dessen kongenialer Interpret sich Friedrich H. Tenbruck in seinem Buch erweist. So wird sich niemand wundern, daß er in der Tradition Max Webers die für Sinn und Zweck der Wissenschaft entscheidende Frage herausarbeitet: Was ist wert, gewußt zu werden? Diese Frage ist aber nach den Prinzipien der Weberschen Wissenschaftslehre selbst wissenschaftlich nicht zu entscheiden.

Die Grenzen Tenbrucks, an denen jede kritische Auseinandersetzung mit ihm ansetzen muß, sind also im Grunde Grenzen, die auch die Auseinandersetzung mit Max Weber bisher bestimmt haben. Es ist nur eine Folge dieses mit Weber geteilten Wissenschaftsverständnisses, daß Tenbruck weder Hegel, Marx noch den Ansätzen der Frankfurter Schule von Horkheimer bis Habermas ganz gerecht wird.

Nur kurz können wir auf das schöne Buch von Heinrich Schipperges hinweisen, der dem Wandel der Begriffe Gesundheit und Krankheit seit der Aufklärung nachgeht und eine Art Paradigmenwechsel in der Medizin feststellt. Das naturwissenschaftliche Paradigma wird ersetzt oder besser transzendiert durch neue, bisher übersehene oder vergessene Dimensionen – die psychosomatische, die soziale, die kulturanthropologische, die naturphilosophische, ja die theologische Dimension.

Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist der stetig anwachsende Prozentsatz von Zivilisationskrankheiten wie Fressucht, Trunksucht, Drogensucht und psychosozialer Stress. In der Zunahme dieser Art von Krankheiten spiegelt sich der Erkrankungsprozeß unserer Gesellschaft. Eine den objektivierenden, reduktionistischen Kategorien naturwissenschaftlicher Medizin verhaftete Heilpraxis stößt angesichts dieser Phänomene verständlicherweise an ihre Grenzen. Schipperges plädiert daher ebenso temperamenvoll wie leidenschaftlich für ein neues Bündnis von Medizin und Philosophie. Platon und Nietzsche sind seine großen Zeugen.

Es leuchtet ein, daß die Frage, was eigentlich Gesundheit ist, mit den Kategorien naturwissenschaftlichen Denkens nicht beantwortet werden kann. In der Konsequenz der Perspektiven Schipperges liegt nicht weniger als das Programm einer Kulturrevolution, die mit den alten Kategorien progressiv und konservativ nicht mehr beschrieben werden kann.

GÜNTER ROHRMOSER

Mit Heilserwartungen in den Klassenkampf

Angelika Senges Arbeit über den Atheismus des Marxismus

Die Arbeit von Angelika Senge kann besonderes Interesse wegen ihres letzten, des sechsten Kapitels beanspruchen, das bei der Vorlage im Promotionsverfahren vom Fachbereich Katholische Theologie der Universität Münster zurückgewiesen wurde. Es handelt über „Marxistische Christen und christlicher Atheismus“ und setzt sich kritisch mit der Position der „Christen für den Sozialismus“ auseinander, die vor allem in Lateinamerika erhebliche Virulenz an den Tag legen – im Rahmen der dortigen revolutionstheologischen Tendenzen und der „Basiskirchen“, aber auch bis in linksradikale Führungskreise hinein, z. B. in Nicaragua –, die aber auch in Europa militante theologische Fürsprecher haben, allen voran Dorothee Sölle, Gerhard Boné und Giulio Girardi, die Angelika Senge vornehmlich behandelt.

Die Verfasserin hatte sich mit ihrer fundierten Kritik wohl zu beherrschten in der Höhle des Löwen gewagt, weist doch der Münsteraner Fachbereich ein durchsetzungsfähiges Kontingent „politischer Theologen“ auf, die mit den „Christen für den Sozialismus“ sympathisieren und derartige Kritik offensichtlich nicht gern entgegennehmen. Erfreulichweise haben wir aber, da nicht im

Angelika Senges:
Marxismus als ethische Weltanschauung
Zum Stellenwert des Atheismus im Gefüge marxistischen Denkens. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn. 329 S., 58 Mark.

„Sozialismus“ lebend, immer noch die freie Öffentlichkeit, der trotz solcher Zurückweisung kritische Stimmen nicht verborgen bleiben.

In den vorangehenden Kapiteln zeigt Angelika Senge in weit ausholender, minutiöser, doch zugleich auf die wesentlichen Lehrstücke bei Karl Marx und Friedrich Engels konzentrierter Darstellung, daß der Marxismus in seinem Kerngehalt und in allen maßgeblichen theoretischen und praktischen Folgerungen materialistische Weltanschauung ist, die ein Gesamtbild von Natur und Geschichte konstruiert, innerhalb dessen der Mensch als das „höchste Wesen für den Menschen“ angesetzt ist und „wirklich“ werden soll. Wie die Autorin – im Gegensatz gegen häufige Versuche, Marx von seinen marxistischen Nachfahren, aber auch schon von Engels scharf abzuheben – überzeugend belegt, verknüpft diese Weltanschauung schon im Anfang den geschichtsanalytischen „historischen Materialismus“ mit dem universalen Anspruch eines die ganze Natur und alles Seiende fixierenden „dialektischen Materialismus“, der dann mehr und mehr dogmatischen und totalitären Systemcharakter annimmt.

In dem geschlossenen System des ortho-

dozen Marxismus ist für religiöse Vorstellungen, ist für Gott, ist namentlich für den christlichen Glauben an einen persönlichen Gott deziert kein Platz. Den erklärten Atheismus erweist Frau Senge als zentralen Bestandteil der Marxschen und marxistischen Weltanschauung. Er kann nicht als persönliche, zeitbedingte, eher beiläufige Option von Karl Marx verarmlost werden. Folglich vermögen echte Marxisten religiös motivierte Kämpfer aus lediglich taktischem Interesse als nützliche Helfershelfer zu instrumentalisieren, nicht aber als gleichwertige originäre Partner anzuerkennen.

Ein machtwortreicher, wirklich offener Dialog ist unmöglich. Er hat sich auf längere Sicht immer wieder als aussichtslos und vergeblich herausgestellt. Die Reformkommunisten der sechziger Jahre, die ihn eifrig aufnahmen, haben ihre Positionen innerhalb der etablierten kommunistischen Parteien nicht halten können. Sie hatten Marx und den Marxismus schon im Ansatz zu partiell angeeignet und zu subjektiv interpretiert, nicht genug verankert zu sein. Insofern beruhte der „Dialog“ auf der Selbsttäuschung der meisten daran Beteiligten.

Wenn die „Christen für den Sozialismus“ heute nicht mehr nur einen Dialog mit Marxisten führen, sondern den Marxismus „übernehmen“ wollen (jedoch nur als wissenschaftliche und politische Methode, nicht dagegen als Weltanschauung), so versehen sie sich an der notwendigen inneren und äußeren Einheit der marxistischen Lehrstücke und Strategieverstärker. Kapitalismusanalyse und Revolutionsstrategie sind in ihrer Radikalität, Einseitigkeit und Apodiktik nur verständlich auf dem Grunde des weltanschaulichen Wahrheitsabsolutismus. Dies arbeitet Senges Publikation stringent heraus.

Infolgedessen müssen die Theologen, die sich in den Dienst der „Christen für den Sozialismus“ stellen, schwerwiegende Uminterpretationen und Reduktionen zentraler christlicher Glaubensgehalte vornehmen, um diese – scheinbar – marxistisch adaptierbar zu machen. Die christliche Heilserwartung wird von ihnen zum Postulat rein immanenter revolutionärer Befreiung aus ökonomischen und politischen Entfremdungsverhältnissen durch Klassenkampf – bis in die Kirche hinein – heruntergestuft.

Was noch übrigbleibt – der Klassenkampf bis aufs Messer –, wird von konsequenten Kommunisten allemal effizienter geleistet als von jenen Christen, die sich ihnen andienen und doch mit ihren mentalen Reservationen nur als halbherzige Schwächlinge erscheinen. Zwischen theistischem Christentum und atheistischem Marxismus gibt es in den weltanschaulichen Grundüberzeugungen und in den weltpolitischen Zielsetzungen keine Korrespondenz.

ALEXANDER SCHWAN

Wo verlaufen die Grenzen?

Zur deutschen Frage und ihrer Rolle in der Ostpolitik

Da sich das staats- und völkerrechtliche Schrifttum zur „deutschen Frage“ kaum noch überschauen läßt, ist es gut, wenn gelegentlich knappe Darstellungen über wichtige Teilaspekte dieser vielschichtigen Problematik informieren. In seiner mit einem breiten dokumentarischen Anhang und bibliographischen Verweisen versehenen Analyse befaßt sich Dieter Blumenwitz zunächst mit dem Fortbestand Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, wobei er mit Recht von der Staatenpraxis der Siegermächte ausgeht. Die Kontinuität des deutschen Staates über das Jahr 1945 hinaus gehört seit 1949 zum staatsrechtlichen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland.

Nach anfänglichem Zögern setzte sich in der Praxis der Bundesrepublik die Identitätstheorie durch, nach der die durch das Grundgesetz statuierte staatliche Ordnung mit der größeren Ordnung des deutschen Gesamtstaates „identisch“ sei; die Identität

sich völkerrechtlich nicht so klar dokumentieren wie die der Bundesrepublik. Während die drei Westmächte in dem am 5. Mai 1955 in Kraft getretenen Deutschland-Vertrag ihre wie vor geltenden Vorbehaltsrechte klar spezifiziert haben, hat sich die Sowjetunion in allen wichtigen bilateralen Verträgen mit der „DDR“ immer gehütet, ihre Vorbehaltsrechte sachlich einzulegen.

In seinen Darlegungen über „Die Konsequenzen der neuen deutschen Ostpolitik für den Fortbestand Deutschlands in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937“ analysiert Blumenwitz den „grundlegenden Wandel der deutsch-deutschen Konzeptionen“, den die SPD/FDP-Bundesregierung im Herbst 1969 eingeleitet hat. Dabei bezieht er nicht nur die Verträge von Moskau und Warschau aus dem Jahre 1970, das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971, die vertraglichen Abmachun-



Dieter Blumenwitz

Dieter Blumenwitz:
Was ist Deutschland?
Staats- und völkerrechtliche Grundzüge zur deutschen Frage und ihre Konsequenzen für die deutsche Ostpolitik. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn. 175 S., 18,80 Mark.

der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich ist eine rechtliche, nicht aber eine geographische. So führte die Bundesrepublik Deutschland die vom Deutschen Reich abgeschlossenen zwei- und mehrseitigen Verträge fort und bekannte sich auch zu dessen Schulden.

Blumenwitz legt dar, daß eine Reihe von Bestimmungen des Grundgesetzes diese wichtige Grundeinstellung der Verfassung reflektiere. So gehen die Artikel 16 und 116 des Grundgesetzes von der „deutschen Staatsangehörigkeit“ aus (und nicht von einer Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland) und unterstreichen damit die Fortexistenz des gesamtdeutschen Staatsvolkes. Er verweist außerdem auf die Artikel 23 und 146. Das in der Präambel enthaltene Einheitsvertrags- und Wiedervereinigungsgebot stehe im Einklang mit allen anderen Verfassungszielen, so daß die Wiedervereinigungspolitik nicht als friedensstrebend bezeichnet werden könne.

Auch wenn Blumenwitz den Wandel im staatsrechtlichen Selbstverständnis der „DDR“ behandelt, hätte er klarer herausarbeiten müssen, daß die letzte und entscheidende Wandlung in der Argumentation Ost-Berlins 1956 eintrat, als man verkündete, beide deutschen Staaten seien Nachfolger des untergegangenen Deutschen Reiches mit allen daraus resultierenden Rechten und Pflichten. Widersprochen werden muß Blumenwitz' Feststellung, die entsprechenden Souveränitäts-Einflüsse der „DDR“ ließen

gen mit der „DDR“ von 1972 und den Prager Vertrag vom 11. Dezember 1973, sondern auch die KSZE-Schlusssätze vom 1. August 1975 in seine Darstellung ein. Gut herausgearbeitet hat Blumenwitz die Elemente des „Offenhaltens der deutschen Frage“. So hat die Bundesrepublik Deutschland durch die Ostverträge nicht über deutsche Gebiete verfügt. Auch hat sie darin keine förmliche völkerrechtliche Anerkennung des bestehenden beiderseitigen Besitzstandes ausgesprochen.

Wichtig ist Blumenwitz' Hinweis, zum Offenhalten der deutschen Frage“ zählen auch politische und rechtliche Elemente, die den „friedlichen Wandel“ (peaceful change) in Europa gewährleisten: „Die Ostverträge und die KSZE-Schlusssätze enthalten keine Garantie der Grenzen in Mitteleuropa. Insbesondere gibt es für die beiden deutschen Staaten kein „Anschlußverbot“, wie dies aufgrund des österreichischen Staatsvertrages für das wiederhergestellte Österreich gilt.“

JENS HACKER

Ein GULag im Fernen Osten

Xing-hu Kuo berichtet über Entwicklungen in Nordkorea

In seinem Buch über Nordkorea hat Kuo, ein deutscher Autor chinesischer Abstammung, eine Fülle von Material über die kommunistische Wirklichkeit in diesem Staat zusammengetragen. Dabei zieht der Verfasser eine treffende Parallele zwischen der Gruppe um den heutigen Diktator Kim Il-Sung in Pjöngjang und der Gruppe Uri-brecht in Ost-Berlin, die beide durch den Krenn eingesetzt wurden. Zugleich arbeitet er den Vorteil Kims heraus, der sich als „Befreier“ von der ausländischen Kolonialmacht Japan hinstellen konnte.

Den Wert der umfassenden Faktensammlung beeinträchtigt die Wiedergabe zahlreicher Gerüchte und Spekulationen über Kim Il-Sung und dessen Sohn und „Thronerben“ Kim Chong-il. Eindrucksvoll belegt Kuo



Xing-hu Kuo

FOTO: DIE WELT

seien viel mehr Familien getrennt worden als in Deutschland, und daher äußere sich der Wunsch der Koreaner nach Wiedervereinigung besonders stark. In Nordkorea, dies wird mit präzisen Angaben belegt, gibt es heute mindestens acht Konzentrationslager mit rund 105 000 politischen Gefangenen.

Mit Recht macht der Verfasser auf die in der Abwehr der japanischen Expansion begründete Schicksalsgemeinschaft zwischen Koreanern und Chinesen aufmerksam, die heute noch in den Beziehungen sowohl zwischen Seoul und Peking als auch zwischen Seoul und Taipeh nachwirkt. Dabei geht er auch auf die vom Buddhismus und Konfuzianismus geprägten vielfältigen kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Völkern ein.

In dem Band wird zwar die Dschutsche-Ideologie Kim Il-Sungs einige Male erwähnt, wobei aber der Begriff nicht erläutert, sondern verschleiert wird, daß Dschutsche (wörtlich: self-reliance bzw. Autarkie) dem Regime auch als Grundlage für das vom Autor behandelte Lavieren Nordkoreas zwischen den beiden kommunistischen Großmächten Sowjetunion und Rotchina dient.

Der 1938 als Sohn eines in ganz Südostasien bekannten Zeitungsverlegers in Indonesien geborene Autor lebt und arbeitet seit 1957 in Deutschland. 1978 erschien im selben Verlag sein Buch „Das geteilte Korea“, 1982 folgte das vielbeachtete Werk „Freies China“.

HEINER KLINGE

Meinungen mit Schlagseite

Eine neue politische Zeitschrift stellt sich vor

In diesen Tagen ist die zweite Ausgabe der neuen „Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden“ (so der Untertitel) auf den Markt gekommen. Etablieren will sie sich unter dem prägnanten Kürzel „S + F“. Ob ihr das gelingt, bleibt abzuwarten, jedenfalls ist es ein wagemütiges Experiment. Abzuwarten bleibt auch, ob eine Schrift, die ihren Rang zur Veränderung, zur Innovation, zur Kritik des Bestehenden trotz aller gegenteiligen Beteuerung geradezu plakatiert, in etablierter Wissenschaft und Politik ausreichend Echo finden wird.

Erstmals erschien das neue Periodikum, das sich mit der Erhaltung und Sicherung des Friedens beschäftigt, im vergangenen Herbst, als die Republik wiederholte vom öffentlichen Streit um den Sinn des NATO-Doppelbeschlusses. Damals lag es natürlich nahe, als Themenschwerpunkt den „heißen Herbst“ zu präsentieren, mit einer Reihe

S + F
Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden
Nomos Verlag, Baden-Baden. Jahresabonnement 38 Mark.

von Aufsätzen zur Einordnung der „Friedensbewegung“, den rechtlichen Problemen des Widerstandes gegen die Stationierung neuer Nuklearwaffen und schließlich zu ethischen Fragen der Verteidigungspolitik.

Einheitlich – gewiß – waren die dargestellten Meinungen nicht. Doch schon bei der ersten Ausgabe hatte man einen Eindruck, der sich nach der Lektüre der zweiten noch verstärkt: dem Anspruch, ein Diskussionsforum gegenteiliger Ansichten zu sein, wird die Zeitschrift bis jetzt nicht gerecht. Das „Editorial“ der Herausgeber, das Start und Zukunft von „S + F“ mit einer Reihe von redaktionellen Prinzipien bestimmen sollte, verlangt mehr, als sie selbst in den ersten beiden Nummern zuzulassen bereit waren. Folgender Satz, bliebe er (kräftig) nicht nur deklaratorisch, könnte die neue Zeitschrift in einen allseits akzeptierten Rang heben. „Wer aus der Zusammenschau der unterschiedlichsten Analysen, Positionen und

Perspektiven Realität darstellen, begreifen und gegebenenfalls auch verändern will, muß abweichend Meinungen tolerieren und unbequeme Kritik ertragen können.“

Wer sind die Herausgeber? Neben Dieter S. Lutz, dem stellvertretenden Direktor des Baudiss-Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Hamburger Universität, der sich dort wie in seinen Schriften als wissenschaftlicher Vertreter einer stark zu verändernden Sicherheitspolitik in Europa ausgewiesen hat, sind es ähnlich denkende beamtete Wissenschaftler und Offiziere der Fachrichtungen Soziologie, Politik und Psychologie aus dem „schmalen Wissenschaftsbetrieb“ der Bundeswehr zwischen Führungsakademie, Hochschulen und Sozialwissenschaftlichem Institut. Diese Gruppe mag es subjektiv als befriedend empfinden, entfernt von den hierarchischen Strukturen der Lehr- und Ausbildungsorganisation der Streitkräfte ganz eigene Analysen und Thesen zur Friedensproblematik im Atomzeitalter entwickeln und vortragen zu können. Nur reicht das nicht für die beabsichtigte Zusammenschau.

Eine solche existiert bislang nur im Buchstaben nach. Denn die Breite links-theoretischer Friedensansätze – die analytisch mit dem Heruntergewichten von Bedrohungen durch die Sowjetideologie beginnen und sich programmatisch in die Lutz-Thesen von einer Neuen Europäischen Friedensordnung (NEFO) steigern – wirkt durch Autoren wie die CDU-Politiker Mertes und Wörner oder auch durch den vormaligen NATO-Oberbefehlshaber Franz-Joseph Schulze nur mühsam konterkariert. Um es unumwunden zu sagen: Die Letztgenannten werden zum Feigenblatt einer Wissenschaftsposition gemacht, die kaum sachlich mit dem Andersdenkenden diskutieren will, sondern auf politische Wirkung aus ist, auf politische Veränderung.

Dies kritisch anzumerken heißt nicht eine grundsätzliche Verdammung des Experiments. Es heißt, bei den Herausgebern die Verwirklichung der selbstgesetzten Prinzipien anzumahnen. FREDERIG MONIAC

هنا من أجل

Enttarnte Spione verließen die Bundesrepublik

dpa, Bonn

Zwei schon vor einiger Zeit von den deutschen Behörden entlarvte Sowjetspione haben unauffällig die Bundesrepublik verlassen. Wie gestern von zuständiger Seite mitgeteilt wurde, sind die beiden Mitglieder der sowjetischen Botschaft in Bonn aus ihrem Urlaub nicht mehr in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Den Diplomaten sollen Operationen nachgewiesen worden sein, womit die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik „erheblich“ verletzt wurden. Einer der Diplomaten sollte offensichtlich einen Agentenring aufziehen.

Die Bundesregierung hatte nach der Enttarnung der sowjetischen Spione von einer offiziellen Ausweisung Abstand genommen, um außenpolitische Komplikationen zu vermeiden. Nach vorsichtigen Schätzungen befinden sich unter den über 1600 Diplomaten der Missionen kommunistischer Staaten in Bonn gegenwärtig fast 500 Geheimdienstleute.

C-Waffen: Gibt der Kreml nach?

Fortsetzung von Seite 1

Dazu gehören, wie der Minister unterstrich, vor allem die Überprüfung aller chemischen Fabriken, in denen C-Waffen hergestellt werden könnten, sowie die obligatorische Kontrolle vor Ort für den Fall des Verdachts auf eine Umgehung des Verbots.

Wie der Minister ankündigte, würden die USA „demnächst“ den Entwurf eines Vertrages über das weltweite Verbot chemischer Waffen im Genfer Ausschuss der Vierzig vorlegen. Er ziele auf die generelle Regelung der weltweiten Vernichtung und der weltweiten Kontrolle eines Produktionsverbots für chemische Kampfstoffe. Bereits in früheren öffentlichen Erklärungen hatte die Bundesregierung darauf hingewiesen, daß sie in Zusammenarbeit mit deutschen Wissenschaftlern und der chemischen Industrie ein Verfahren entwickelt habe, das eine lückenlose Überwachung chemischer Produktionsanlagen durch Inspektoren möglich mache, ohne daß dabei Fabrikationsgeheimnisse bei der Herstellung nichtmilitärischer Produkte berührt würden.

„Bayernkurier“: Angriff auf Auswärtiges Amt und FDP

Differenzen um Syrien-Reise von Strauß der Anlaß

MANFRED SCHELL, Bonn

Die CSU hat einen Frontalangriff gegen das von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) geführte Auswärtiges Amt gestartet. Anlaß dafür ist die im Zusammenhang mit dem Besuch des CSU-Vorsitzenden in Syrien geäußerte Kritik, Franz Josef Strauß habe sich nicht rechtzeitig mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt.

Das CSU-Organ „Bayernkurier“ schreibt in seiner jüngsten Ausgabe, das Auswärtige Amt habe in der Vergangenheit bewiesen, was es sich unter „rechtzeitiger Information“ bei Strauß-Reisen vorstelle. In dem von Chefredakteur Schramm gezeichneten Bericht – „Kampfruppe gegen Strauß?“ – heißt es: „Dadurch soll der Apparat des Auswärtigen Amtes Zeit und Möglichkeiten bekommen, beabsichtigte Reisen des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten ins Ausland schon im Ansatz zu stören und in ihrem Erfolg zu zerstören.“ So habe man in der Vergangenheit vergeblich versucht, einen Besuch von Strauß und Bundesminister Warnke in Togo zu „torpedieren“. Berichte des deutschen Botschafters in Togo an die Bonner Zentrale hätten sich unter diesem Aspekt zu einem „Offenbarungseid besonderer Art“ gestählt.

„Unter der Amtsführung des FDP-Vorsitzenden betrachten es deutsche Botschafter offensichtlich als ihre erste Pflicht, im Falle einer Strauß-Reise alles zu tun, diese zu einem Mißerfolg werden zu lassen“, heißt es in dem Beitrag. Namentlich dem FDP-Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, wird vorgeworfen, er nutze jede Gelegenheit, gegen Strauß als den Vorsitzenden der zweitstärksten Bonner Koalitionspartei „Stimmung zu machen“.

CSU verschärft Tonlage

Mit diesem Beitrag im „Bayernkurier“, dessen Herausgeber Strauß ist, hat die CSU ihre ohnehin latente kritische Tonlage gegenüber der FDP und vor allem deren Vorsitzenden Genscher verschärft. Er ist auch ein Indiz dafür, daß dieser Konflikt zwischen den beiden Koalitionsparteien andauern wird. Allerdings nimmt der Unmut darüber auch in den Unionsparteien zu, wobei vor allem von

Strauß erwartet wird, daß er zu einer Entspannung des Koalitionsklimas beiträgt.

Strauß selbst hat in einem eigenen Beitrag seinen Besuch in Syrien und auch sein Verhalten gegenüber dem Auswärtigen Amt gerechtfertigt. Der CSU-Vorsitzende schreibt: „Verantwortungsbewusstes politisches Handeln ist ohne gründliche und umfassende Information nicht möglich. Dabei bin ich der Meinung, daß man Informationen nicht nach Freund und Feind und nicht nach den verschiedenen Lagern sammeln darf, sondern daß man sich gerade an allen Wetterecken und Brennpunkten umsehen und sachkundig machen muß.“ Er habe vor Antritt der Reise das Auswärtige Amt unterrichtet. „Mehr zu tun bestand keinerlei Veranlassung. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende braucht sich seine Reisen von keiner Bonner Stelle genehmigen zu lassen“, betonte Strauß, der Genscher nicht namentlich erwähnte.

„Klare Haltung für Israel“

Der CSU-Vorsitzende äußerte sich in dem Beitrag auch zu seinem Verhältnis zu Israel. Seine syrischen Gesprächspartner „wußten und wissen“ über „meine klare Haltung für den Staat Israel, wobei letzteres – die Übereinstimmung mit Bundeskanzler Kohl ist nahtlos – nicht die Übernahme jeder Position der israelischen Politik bedeutet“. Gerade weil er seine Position für Israel „für ein gesichertes Dasein in Frieden und Freiheit nicht in Sonntagsreden bekundet, sondern – und dies ist längst Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte und Teil der Geschichte der deutsch-jüdischen Aussöhnung – durch politisches Handeln bewiesen habe, können meine Reisen nach Syrien ebenso wie Besuche in anderen arabischen Ländern keinerlei Mißverständnissen ausgesetzt sein“, schreibt Strauß.

Das Auswärtige Amt erklärte zu den Vorwürfen des „Bayernkurier“, sie entbehren jeder Grundlage. Erneut wurde es als wünschenswert bezeichnet, daß das Amt frühzeitig über Reisen von Ministerpräsidenten der Bundesländer unterrichtet würde, damit es die Botschaften rechtzeitig darüber informieren könnte.

Riesenhuber gegen Gründung von Elite-Schulen

rt, Bonn

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber hat die Forderung des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher nach der Gründung von Elite-Universitäten kritisiert. „Wir können Eliteschulen in der Bundesrepublik nicht künstlich nachbauen“, sagte er in einem gestern veröffentlichten Interview der Illustrierten „Quick“. Die bestehenden Hochschulen verursachen jährlich Kosten in Höhe von fast 20 Milliarden DM. Wenn aber Eliteschulen, unsere Landschaft verändern sollen, müßten mindestens drei Prozent der Studenten dort studieren. Das würde zusätzlich rund 500 Millionen DM im Jahr kosten. Der Staat könne das nicht bezahlen, erklärte Riesenhuber.

Nach seinen Informationen sei auch das Interesse der Wirtschaft an derartigen Universitäten nicht so groß, daß von dort das notwendige Geld zusammenkommen würde. Präxistie der Wissenschaft könne seiner Ansicht nach auch dadurch erreicht werden, daß der Austausch zwischen Hochschulen und Wirtschaft erleichtert werde.

USA begrüßen innerdeutsche Kontakte

Nach Gesprächen in der „DDR“ fordert Burt die Sowjets auf, in Genf weiterzuverhandeln

dpa/rt/AP, Berlin
Bei seinem Besuch in Ost-Berlin hat der Leiter der Europa-Abteilung im US-Außenministerium, Richard Burt, die Bereitschaft der USA zur Fortsetzung der Genfer Verhandlungen über eine Begrenzung der Mittelstreckenwaffen und der strategischen Waffen unterstrichen. Nach Gesprächen mit dem für internationale Fragen zuständigen SED-Politbiromitglied Hermann Axen und „DDR“-Außenminister Oskar Fischer erklärte Burt im Hinblick auf die von Axen vertretene sowjetische Position, Moskau müsse „nach Genf zurückkehren“, falls es den Abzug der neuen US-Raketen aus Europa wünsche.

Burt bekräftigte die Bereitschaft von US-Präsident Reagan zu einem Gipfeltreffen mit dem neuen sowjetischen Parteichef Konstantin Tschernenko. Die USA, so Burt, unterstützen auch die deutsch-deutschen Kontakte, da sie zu einer Minderung der

Unter den Grünen kam „so etwas wie Haß“ auf

Fischer will nicht mehr für den Sprecherrat kandidieren

STEFAN HEYDECK, Bonn

Auf einer Sitzung der Grünen im Bundestag ist es erneut zu heftigen Kontroversen gekommen. Insbesondere von den Nachrückern wurden die drei Fraktionssprecher Otto Schily, Petra Kelly und Marieluise Beck-Oberdorf sowie der parlamentarische Geschäftsführer Joschka Fischer teilweise massiv angegriffen. Innen wurde vorgeworfen, sie wollten sich auf Kosten der anderen Fraktionsmitglieder und der Nachrücker in der Öffentlichkeit profilieren. Sie hätten auch nichts unternommen, um den unter Protest aus der Fraktion ausgeschiedenen ehemaligen General Gert Bastian von seinem Schritt abzuhalten. In der hitzigen Debatte kam nach den Worten eines Teilnehmers „so etwas wie Haß“ auf.

Bei dem innerparteilichen Machtkampf ging es wieder um die Rotation und die Struktur der Fraktion. Der eine Flügel hält am Austausch der Abgeordneten nach zwei Jahren und an den Bürgerversammlungen mit der Begründung fest, daß dadurch die notwendige breitere Repräsen-

tanz der Grünen öffentlich sichtbar gemacht werden könne. Die Gegenseite beharrt darauf, dies führe zu einem Mangel an Effektivität und könne zum „Nagel am Sarg“ der Grünen werden.

Bis zum Wochenende soll der Rechenschaftsbericht der Fraktion für den Parteitag der Grünen Anfang März in Karlsruhe fertiggestellt werden. Das Papier, dem in erster Linie ein Entwurf von Schily zugrunde liegt, soll dann zur Diskussion an die Basis geschickt werden.

Offen blieb, wie sich künftig der Sprecherrat zusammensetzen wird. Er soll am 28. März neu gewählt werden. Fischer will nicht wieder kandidieren. Auch die Abgeordneten Waltraut Schoppe und Antje Vollmer, die bereits als Bewerber im Gespräch waren, sollen abgewinkt haben. Als Anwärter für die Fraktionsführung sind jetzt Dieter Burgmann, Gert Janssen, Willi Hoes und Eckard Stratzmann im Gespräch. Auch die Nachrücker haben Ansprüche auf einen der drei Posten angemeldet.

Warnung vor Erhöhung der Mehrwertsteuer

rt, Bonn

Die CDU-Sozialausschüsse und die Mittelstandsvereinigungen der CDU haben Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg mit Nachdruck davor gewarnt, zur Finanzierung der geplanten Steuerreform, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die Geschäftsführer beider Organisationen, Heribert Scharrenbroich und Peter Spary, erklärten gestern, diese Steuererhöhung würde die beabsichtigte steuerliche Entlastung breiter Schichten teilweise wieder aufheben und vor allem Familien sowie untere und mittlere Einkommen treffen.

Auch für die Wirtschaft bedeute eine Mehrwertsteuererhöhung eine zusätzliche Belastung. Sie können den Prozeß des wirtschaftlichen Aufschwungs gefährden und einen Anstieg der Inflationsrate bewirken, betonte Spary. Beide Organisationen kündigten an, daß sie eine solche Steuererhöhung ablehnen würden.

Gemayel steht vor Dilemma

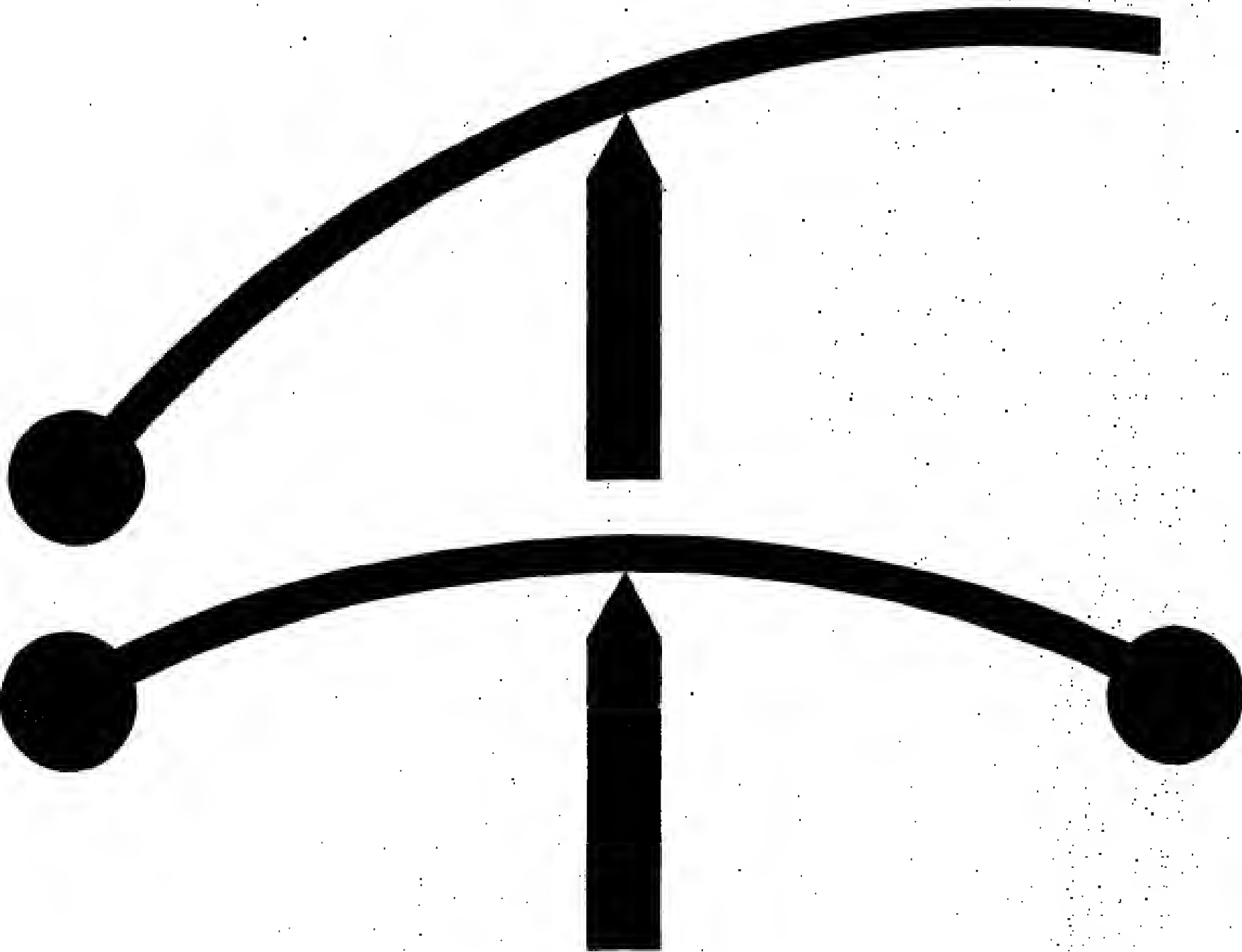
Fortsetzung von Seite 1

lich auf die Falangisten eingestellt, sondern nimmt in zunehmendem Maße auf die Drusen Rücksicht und ist jetzt bemüht, auch mit den militärisch erfolgreichen schiitischen Milizen eine Verständigung herzustellen.

Dazu kommt, daß auch die Drusen in Israel sich die Sache ihrer Stammesgenossen in Libanon zu eigen gemacht haben und ihr politisches Gewicht einsetzen. Die Falangisten in Libanon dagegen haben sich als militärisch untauglich und politisch unzuverlässig erwiesen. Diese neue Haltung Israels bedeutet eine Abkehr von der Politik des ehemaligen Verteidigungsministers Sharon, der zusammen mit dem damaligen Generalstabschef Eitan allein auf die christlich-falangistische Karte gesetzt hatte.

Das alles heißt nicht, daß Israel die Falangisten im Stich läßt. Sie sind weiterhin gern in Israel gesehen, haben eine offizielle Vertretung in Jerusalem und bemühen sich, die israelische Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen.

Schon mal was von Äquilibrium gehört?



Äquilibrium ist die Fähigkeit von Artisten, unter sehr schwierigen Umständen das Gleichgewicht zu halten. Eine Kunst, deren Beherrschung im übertragenen Sinne auch jedem Unternehmen – angesichts der Notwendigkeit einer ausgewogenen Finanzstruktur – abverlangt wird.

Dies ist vor allem dann eine äquilibriumistische Leistung, wenn Zinsendenzen schwer einschätzbar sind, Währungskurse starken Schwankungen unterliegen, Zahlungsausfälle häufig auftreten und die Gewinnspannen anheben unter Druck stehen.

Unter solchen Bedingungen jederzeit ein finanzielles Gleichgewicht für das Unternehmen zu bewahren, kommt tatsächlich der Äquilibriumistik gleich.

Ihnen dabei mit qualifizierter Beratung zu helfen, erfordert Know-how, über das unsere Niederlassungen schon deshalb verfügen, weil sie fast ausschließlich mittlere und große Unternehmen betreuen.

Wenn Sie mehr wissen möchten: Sie finden die Berliner Bank in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, London, Luxemburg und natürlich in Berlin.

Berliner Bank. Die Bank, mit der man reden sollte.

BERLINER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT



Teure Kohle

(London) - Die britische Kohlepolitik treibt merkwürdige Blüten. Erst war es dem staatseigenen Stromerzeuger des Landes, dem Central Electricity Generating Board, gestattet, selbst den Anteil importierter billigerer Kohle an seinem gesamten Kohlebedarf zu bestimmen. Damit ist es jetzt vorbei. Die Regierung, um die Zukunft der britischen Kohle besorgt, hat die Stromgesellschaft aufgefordert, mindestens 60 Prozent der britischen Kohleproduktion in Höhe von annähernd 77 Millionen Jahres-Tonnen abzunehmen. Diese rund 46 Millionen Tonnen britischer Kohle kommen den Strombenutzern teuer zu stehen.

Denn importierte Kohle aus Polen oder Südafrika kostet gegenwärtig knapp 121 Mark je Tonne, während für die britische Kohle rund 207 Mark je Tonne bezahlt werden müssen. Die Aufforderung Londons an die staatliche Stromgesellschaft, die Kohleimporte auf 750 000 Jahres-Tonnen zu begrenzen, hat inzwischen zu einer skurrilen Situation geführt.

So lagern bereits mehr als sechs Millionen Tonnen ausländischer Kohle für den Central Electricity Generating Board bestimmter Kohle in den Häfen von Rotterdam, Antwerpen und Amsterdam, die von dort in den nächsten Jahren in kleinen 750 000-Tonnen-Portionen

nach England verschifft werden sollen. Derweil verschärfen die britischen Bergleute ihre seit 16 Wochen dauernde Protestaktion gegen geplante Zebeschließungen und scheinen mit ihrem Überstunden-Bann genau das Gegenteil ihrer Absicht zu bewirken: Etliche Zecken befinden sich bereits in einem derart verwahrlosten Zustand, daß deren Betrieb kaum noch zu verantworten ist.

Gute Argumente

Fy. - Ab sofort haben es Deutschlands Autofahrer in der Hand, den Autoversicherern zu beweisen, daß sie sich vernünftigen Argumenten nicht verschließen. Mit dem Anlegen des Sicherheitsgurtes während der Fahrt könnten sie nämlich eine drohende Prämiensteigerung in der Kfz-Haftpflichtversicherung entgegen. Zynisch könnte man anmerken, daß, wenn sie schon nichts für ihre körperliche Unversehrtheit tun, sie doch wenigstens auf ihren Geldbeutel schauen sollten. Sollen wie je zuvor ist klar, daß die Prämiensteigerung 1985 fast ausschließlich auf eine auf 50 Prozent gesunkene Gurtanlagequote zurückgeht. Von den 12 000 Verkehrstoten des Jahres 1983 war ungefähr die Hälfte nicht angeschnallte Autosinsassen. Da auch Gurtumfall wissen, daß selbst bei unverschuldeten Unfällen ihre Versicherungsansprüche gekürzt werden, erscheinen neuerliche Appelle an die Vernunft fast müßig.

Sparpolitik bis 1988

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wie lange muß die sozialistische Regierung ihre Austeritätspolitik fortsetzen, um Frankreich wirtschaftlich wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen? Auf diese auch die Bundesrepublik als größten französischen Handelspartner berührende Frage hat jetzt das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) eine kategorische Antwort gegeben. Sie heißt: bis zum Ende von Präsident Mitterrands Regierungszeit, also bis zum Frühjahr 1988.

Mindestens solange müssen die Franzosen den Gürtel enger schnallen als etwa die Deutschen, die schon frühzeitig damit begonnen hatten, die Folgen des tiefgreifenden Wandels der Weltwirtschaft zu überwinden. Während sie jetzt die Früchte ihrer Anstrengungen ernten können, hat Frankreich nicht nur seine Versäumnisse nachzuholen, sondern darüber hinaus auch noch die Hypothek der anfänglichen sozialistischen Volksbeglückungspolitik zu tilgen.

Obwohl inzwischen das Steuerherumgeworfen wurde, liegt das Ziel aber noch in weiter Ferne. Es muß vor allem darin bestehen, die gewaltige Auslandsschuld des Landes von rund 400 Milliarden Franc zu stabilisieren und dann auf ein erträgliches Maß zurückzubringen. Tatsächlich hatte sich die Regierung im März letzten Jahres vor allem deshalb zu ihrem Austerität-Plan entschlossen, weil sie sonst für die Verteidigung der Währung vom Ausland keine Kredite mehr erhalten hätte.

Seitdem konnte zwar dank der Franc-Abwertung und der Dollar-Hausse sowie der internationalen Konjunkturbelebung und nicht zuletzt dank der Begrenzung des privaten Verbrauchs ergriffenen Maßnahmen (Steuererhöhungen usw.) das Defizit der Handelsbilanz um mehr als die Hälfte und das der Leistungsbilanz um fast zwei Drittel auf 42 bzw. 29 Milliarden Franc (1983) abgebaut werden. Aber immer noch braucht Frankreich Auslandskredite. Deshalb steigt auch der Schuldendienst und zwar in zunehmendem Maße. Um für die Einzahlungen auf die Auslandsschulden keine neuen Schulden zu machen, müßten bedeutende Exportüberschüsse erzielt werden.

Das aber ist mit der derzeitigen Politik nicht ohne weiteres zu erreichen.

Denn einerseits stößt der verhältnismäßig bedeutende französische Export in die Entwicklungsländer (wegen deren Verschuldungskrise) auf zunehmende Schwierigkeiten und andererseits droht wegen der Veränderung der französischen Nachfragestruktur (mehr Ausstattungsgegenstände für Investitionen) der Import wieder zu zunehmen.

Wie fragil die bisherige Verbesserung der Handelsbilanz ist, zeigt schon das schlechte Januar-Ergebnis von minus 5,4 Milliarden Franc. Auch hat sich die französische Preisinflation wieder verstärkt. Nach 0,8 Prozent im Januar dürfte das für 1984 gesetzte Inflationsziel von fünf Prozent kaum erreicht werden können. Unter diesen Umständen müßte die Regierung neue, verbrauchsbeschränkende Maßnahmen ergreifen. Dies auch deshalb, weil es zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs eines bedeutenden Einkommenstransfers zugunsten der (durchweg stark verschuldeten) Unternehmen bedarf. Nur so ließe sich schließlich auch das Arbeitslosenproblem in den Griff bekommen.

Die bisher für 1983 vorliegenden Wirtschaftsergebnisse sind zwar durchweg besser als erwartet, aber doch schlechter als notwendig ausgefallen. So erhöhte sich der Konsum der privaten Haushalte immer noch um real 0,8 Prozent nach 3,3 Prozent 1982. Allerdings ging der Verbrauchsanstieg zu Lasten der Spartätigkeit, deren Quote an den Einkommen auf 14,9 (15,5) Prozent zusammen schrumpfte. Demgegenüber erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 0,5 (1,9) Prozent.

Für dieses Jahr ist selbst nach Regierungsschätzung kein Wachstum zu erwarten. Dies wäre allerdings auch der Preis dafür, daß die französische Regierung in den Jahren der Weltrezession mit einer „Flucht nach vorn“ überdurchschnittliche Produktionsergebnisse herbeigeführt hatte. So gesehen kann das Land wohl bis auf weiteres nur in sehr begrenztem Umfang an dem weltweiten Wirtschaftsaufschwung teilnehmen. Fragt sich nun, wie lange diese ökonomische Logik von den Franzosen akzeptiert wird. Gegebenes Brot zu bezahlen ist dann besonders schwierig, wenn es dem Nachbarn besser geht.

AIRBUS / Kabinett beschließt Förderung des Kurz- und Mittelstreckenflugzeugs

Bonn gibt zur Entwicklung des A320 Zuschuß von 1,5 Milliarden Mark

Mit Zuschüssen von bis zu 1,5 Milliarden Mark will die Bundesregierung bis 1990 die Entwicklung des deutschen Anteils am neuen Airbus A320, einem Kurz- und Mittelstreckenflugzeug mit 150 bis 164 Sitzen, fördern. Dies hat gestern das Bundeskabinett beschlossen. Das Flugzeug soll 1988 auf den Markt kommen und die Großraumflugzeuge A300 und A310 ergänzen. Gleichzeitig hat die Bundesregierung darüber hinaus ihre Bereitschaft erklärt, bei der Finanzierung der Serienproduktion Hilfestellung zu leisten.

Mit der Förderung des A320 unterstreicht die Bundesregierung, wie es in der Presseerklärung heißt, „ihre Einschätzung der Bedeutung des Airbus-Programms für die Zukunft der deutschen Luft- und Raumfahrt-Industrie und für die industrielle Zusammenarbeit in Europa“. Bereits in den sechziger Jahren hatten die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien ein gemeinsames ziviles Flugzeugprogramm beschlossen. Die Industrie kann, sobald die noch ausstehende Entscheidung der britischen Regierung vorliegt, das Projekt A320 starten.

Den Beschluß begründete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner, auch damit, daß der Absatz von Großraumflugzeugen in letzter Zeit weltweit wegen geringer Erträge vieler Fluggesellschaften stagniere. Davon sei auch Airbus Industrie betroffen. Für sie sei es daher notwendig, ein breiteres Modellangebot zu entwickeln, um auf die Veränderungen des Marktes reagieren zu können. Nach einer Marktanalyse werde von 1988 an der Bedarf an Kurz- und Mit-

telstreckenflugzeugen mit schmalen Rumpf auf weltweit 3400 Stück veranschlagt, wovon Airbus Industrie mindestens 600 absetzen wolle.

Erst bei einer solchen Stückzahl sei mit der Rückzahlung der Zuschüsse zu rechnen. Bisher wurden 51 Flugzeuge bestellt, für weitere 45 bestehen Optionen, mehr als die Hälfte allein von der Air France. Die Luftfracht hat sich nach Angaben Grüners zwar im Vergleich zum A300 erhöht. Die Entscheidung über mögliche Bestellungen würden jedoch erst 1985 zusammen mit der über die Flottenpolitik fallen. Das zurückgehende Engagement von McDonnell Douglas im Zivildienst verstärkt die Chancen des A320, zumal da die Fluggesellschaften ein Interesse hatten, daß der Wettbewerb erhalten bleibe. Mit dem A320 trete Airbus Industrie allerdings zum ersten Mal in direkter Konkurrenz zu Boeing.

Grüner wies auch auf die besonderen Risiken dieses industriellen Fertigungsprogramms hin, das über das Jahr 2000 hinausreiche. Sie lägen zum einen in der Entwicklung des Dollar-Kurses. Eine Veränderung des

FRANKFURTER FRÜHJAHRSMESSE

Besseres Konsumklima gibt den Ausstellern Zuversicht

HEINZ STÜWE, Frankfurt
Das internationale verbesserte Konsumklima gibt den Ausstellern auf der 73. Internationalen Frankfurter Messe Grund zu Optimismus. Ihre Zuversicht stützt sich nicht nur auf wissenschaftliche Prognosen, die für 1984 im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Belebung auch für den privaten Verbrauch Auftrieb signalisieren. Vor Beginn der Frühjahrsmesse, die am Samstag eröffnet wird und bis zum 29. Februar dauert, wertete Messe-Geschäftsführer Horstmar Stäuber die „erfreuliche Dispositionsbereitschaft“ des Handels und bessere Exportabschlüsse der deutschen Industrie auf der diesjährigen „Heimtextil“ und der Musikmesse als Indiz für eine Belebung der Konsumgüterkonjunktur. Die Auslandsvertretungen der Messegesellschaft berichteten zudem übereinstimmend von einem verbesserten Konsumklima in den zehn wichtigsten Ausstellerländern. Nur für Japan und Frankreich sei man zurückhaltender, erklärte Stäuber.

Von den insgesamt 4082 Ausstellern - 158 mehr als im Vorjahr - kommen 38 Prozent aus dem Ausland. Unter 57 Ländern stellen Italien (277), Großbritannien (169) und Frankreich (164) die größten Kontingente.

Ein überwiegend freundliches Bild zeichnet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, in einem Bericht zur Geschäftslage der auf der Frühjahrsmesse vertretenen Sparten. Umsatzeinbußen aufgrund des unbe-

riedigenden Exportgeschäfts mußte 1983 danach die Geschirrporzellanindustrie hinnehmen. Inzwischen habe sich die Auftragslage in erster Linie durch das Inlandsgeschäft spürbar verbessert und den Vorjahresstand übertraffen. Die Ifo-Testfirmen erwarteten für die nächsten Monate eine weitere Geschäftsbelebung, die Produktion werde gleichwohl nur langsam zunehmen.

Bei den Herstellern von Haushaltswirtschaftsgut und Bleikristall mit maschineller Fertigung registriert Ifo, daß die Negativmeldungen zurückgehen. Eine Auftragsreichweite von 1,4 Monaten und zu 88 Prozent ausgelastete Kapazitäten spiegeln den günstigen Geschäftverlauf der letzten Monate wider.

Befriedigend, teilweise sogar gut nennt Ifo die Geschäftslage bei Schneidwaren. Nach einem Produktionsplus von fünf Prozent 1983 gingen die Hersteller mit einer auf 75 (72) Prozent verbesserten Auslastung in das neue Jahr. Viele Firmen stellten Preissteigerungen in Aussicht. Von einer erhöhten Nachfrage profitierten auch die Hersteller von Ebbecksteinen sowie Haushalts- und Küchengeräten.

Zunehmend positiv sieht die Leuchtenindustrie ihre Lage. Nach langer Schwächeperiode habe die Nachfrage im letzten Quartal 1983 wieder zugenommen, schreibt Ifo. Von einem Auftragsplus seit dem Herbst berichten die Hersteller von Schreibwaren und Bürobedarf.

AUF EIN WORT



„In der Bundesrepublik kann man durchaus moderne Technologien entwickeln und auf diesem Gebiet recht erfolgreich arbeiten.“

Eberhard Knoblauch, Vorsitzender der Geschäftsführung der Hewlett-Packard GmbH, Böblingen

FOTO: DIE WELT

Volksbanken optimistisch

AP, Bonn

Die jüngste wirtschaftliche Entwicklung zeigt nach Auffassung der Volks- und Raiffeisenbanken, daß die optimistischen offiziellen Prognosen für 1984 noch übertraffen werden könnten. Ihr Bundesverband betonte in Bonn, in einigen Branchen seien bereits die Kapazitätsgrenzen erreicht, was zusammen mit den insgesamt verbesserten Rahmenbedingungen zu einer weiter verstärkten Investitionstätigkeit führen werde. Die insgesamt sehr guten Aussichten würden sich auch positiv auf die Beschäftigung auswirken, doch dürften die sich abzeichnenden Wachstumsfolge nicht durch den Kampf um die 35-Stunden-Woche gefährdet werden.

HWWA

Der Arbeitsmarkt wird sich in diesem Jahr entspannen

JAN BRECH, Hamburg

Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird in diesem Jahr weiter zunehmen und der Arbeitsmarkt entspannen. Hierfür spricht nach Meinung des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung ein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 3,5 bis 4 Prozent, der etwas über der Verbesserung der Produktivität liege. Zudem dürfte sich die durchschnittliche effektive Arbeitszeit nicht nennenswert verändern, selbst dann nicht, wenn in einzelnen Wirtschaftszweigen Arbeitszeitverkürzungen vereinbart werden sollten.

Sehr viel schwieriger, so schreibt das HWWA, sei dagegen die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots zu bestimmen. Das Erwerbspersonenpotential von Deutschen nehme langsam zu, als bisher und die Nettoabwanderung von Ausländern dürfte sich verstärkt fortsetzen. Insgesamt rechnet das HWWA damit, daß der Rückgang der Arbeitslosen nochmals stärker ausfallen wird als der Anstieg der Beschäftigten. Die Zahl der Arbeitslosen, die zu Beginn dieses Jahres saisonbereinigt bei rund 2,2 Millionen lag, wird nach Meinung des Instituts zum Jahresende kaum die Schwelle von zwei Millionen unterschreiten. Für den Jahresdurchschnitt bedeutet dies eine Arbeitslosenquote von etwa 2,1 (im Vorjahr 2,26) Millionen.

Steigende Beschäftigung registriert das HWWA im Bauhauptgewerbe und im Ausbaugewerbe. Auch im Handel und Dienstleistungssektor nehme sie zu, heißt es. In der Industrie habe die Personalabnahme im Herbst 1983 aufgehört, so daß auch hier mit einer leichten Zunahme zu rechnen sei.

STRUKTURPOLITIK

Neugründungen verbessern die Lage der Randregionen

PETER WEERTZ, Berlin

Die Bedeutung der regionalen Industriestandorte für die Strukturpolitik unterstreicht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer Studie. Zwar hätten die ursprünglichen Hoffnungen, durch die Förderung von industriellen Ansiedlungen die Wirtschaftskraft der schwach entwickelten Regionen zu stärken zu können, insgesamt enttäuscht. Denn im vergangenen Jahrzehnt habe die Industriestandort bei weitem nicht den Umfang erreicht, den man aufgrund der Erfahrungen in den 60er Jahren erwartet hatte.

Trotz des Schrumpfungsprozesses in den 70er Jahren sei die Industrieansiedlung unter quantitativen wie qualitativen Gesichtspunkten auch heute noch ein Mittel, um die Struktur und die Arbeitsmarktsituation wirtschaftlich schwach entwickelter Regionen zu verbessern. Vor allem gelte dies, so das Berliner Institut für die Neugründungen von Betrieben. Hier liegt der Zuwachs seit 1974 konstant bei 100 im Jahr.

Infolge der konjunkturellen Situation sind hingegen Verlagerungen und Zweigründungen auf weniger als 20 Betriebe im Bundesgebiet zurückgegangen. Bis 1970/71 lag die Zahl der industriellen Ansiedlungen nach den Erhebungen der Bundesanstalt für Arbeit insgesamt über alle Jahre hinweg auf einem relativ hohen Niveau mit etwa jährlich rund 700 Betrieben. Erst danach hat diese Zahl bei nur kleineren Schwankungen auf im Durchschnitt rund 200 Betriebe abgenommen. Allerdings ist die Mobilität der Unternehmen unterschiedlich je nach dem Industriezweig.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Anländer steigerten Anteil am Pkw-Markt

Flensburg (rtt) - Ausländische Hersteller konnten im Januar ihren Marktanteil für Personenkraftwagen in der Bundesrepublik Deutschland steigern. Von 183 796 neu zugelassenen Personenkraftwagen stammten nach der Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes 49 931 oder 27,2 Prozent aus ausländischer Produktion. Japanische Hersteller verkauften 19 540 neue Pkw im Vergleich zu 16 046 vor einem Jahr und vergrößerten ihren Marktanteil auf 10,6 (10,1) Prozent. Auch die Franzosen mit 7,3 (6,3) und die Italiener mit 5,1 (4,4) Prozent erreichten höhere Marktanteile. Unter den deutschen Produzenten lag Volkswagen mit 39 715 (30 834) Wagen und einem Marktanteil von 21,6 (19,4) Prozent vorn.

Neue Berechnungsbasis

Wiesbaden (dpa/VWD) - Die statistischen Zahlen über die Entwicklung des deutschen Außenhandels sind auf eine neue Basis gestellt worden. Im Rahmen der Umstellung aller Indizes auf das neue Basisjahr 1980 seien auch das Außenhandelsvolumen und die Außenhandelsindizes für den Zeitraum 1976 bis 1983 neu berechnet worden, teilte das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, mit.

Widerspruch

Düsseldorf (Py) - Die Verbraucherzentrale Düsseldorf hat Widerspruch gegen die von der KKB Bank KGaA erwirkte einstweilige Verfügung eingelegt, mit der der Verbraucherzentrale untersagt worden war, die Behauptung zu wiederholen, ein Drittel von 1345 Kreditverträgen aus den Jahren 1974 bis 1983 sei wegen überhöhter Zinsen sittenwidrig.

Bauherrenmodelle gefragt

Bonn (AP) - Mit 35 000 verkauften Wohnungen haben die Anbieter von Bauherrenmodellen im letzten Jahr einen neuen Rekord erzielt. Dies er-

gibt sich aus einer Studie des Münchener Instituts für Regional- und Wirtschaftsforschung, die der „Arbeitskreis Bauherrenmodelle“ (AKB) am Mittwoch in Bonn veröffentlichte. Ursache dieser Entwicklung sei unter anderem das Auslaufen der Mehrwertsteuer-Option 1983, was zu „Vorzieh-Effekten“ geführt habe. Insgesamt wurden über Bauherrenmodelle 10,5 Milliarden Mark angelegt. Für das laufende Jahr wird jedoch mit einem Rückgang auf rund 25 000 Wohnungen gerechnet.

Skeptische Prognose

New York (VWD) - Die hochexpansive US-Fiskalpolitik und die massiven Haushaltsdefizite bereiten nach Ansicht des Conference Board den Boden für mögliche weitreichende wirtschaftliche Schwierigkeiten bereits im kommenden Jahr. Nach Ansicht des privaten Wirtschaftsforschungsinstituts werde das Wahljahr 1984 dagegen voraussichtlich relativ problemlos verlaufen und von einem soliden Wirtschaftswachstum, einer sinkenden Arbeitslosigkeit und einer mäßigen Inflation gekennzeichnet sein. Doch weist der Conference Board in seinem Bericht darauf hin, daß ein anhaltendes Wirtschaftswachstum bei weiterbestehenden Defiziten unwahrscheinlich sei.

Höherer Überschuß

Frankfurt (VWD) - Der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik wird 1984 voraussichtlich nur „wenige Milliarden“ über dem Niveau der beiden Vorjahre liegen, als er 8,4 Milliarden Mark (1983) und 8,6 Milliarden Mark (1982) betragen hatte. Diese Prognose stellen die Volkswirte der Dresdner Bank.

Abkommen gebilligt

Bonn (VWD) - Das Bundeskabinett hat am Mittwoch dem Verhandlungsergebnis des Allgemeinen Rates der EG vom 20. Februar zugestimmt und die Verträge mit Grönland - insbesondere das Fischereiabkommen - als positiv bewertet.

KABINETT

Gesetzentwurf zur Lichtung des Verwaltungsdschungels

HEINZ HECK, Bonn

Das Bundeskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung einen Gesetzentwurf zur Bereinigung wirtschaftsrechtlicher Vorschriften beschlossen. Die von der Bundesregierung bereits vor Wochen angekündigten Maßnahmen zur Entbürokratisierung sollen mit diesem Gesetzentwurf und weiteren Verordnungen Gestalt annehmen. Das erklärte Ziel ist, so rasch wie möglich eine Vielzahl entbehrlicher gesetzlicher Auflagen abzuschaffen.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff wurde darüber hinaus vom Kabinett mit der Überprüfung des Rabattgesetzes (das heute die Möglichkeiten der Verbraucher beschränkt, günstigere Preise auszuhandeln), mit der Aufhebung der Vorschriften über Sommer- und Winterschlussverkäufe und Räumungsver-

käufe beauftragt. Auf einer Pressekonferenz erklärte der Minister, er habe die Beseitigung dieser Vorschriften selbst vorgeschlagen. Verstärkt sollen künftig auch öffentliche Dienstleistungen auf freiwillige Tätigkeit verlagert werden. Soweit die öffentliche Hand weiterhin Dienstleistungen erbringen wolle, habe sie die Beweislast dafür, daß dies gesamtwirtschaftlich von Vorteil sei. Diese Privatisierungsmaßnahmen dürften allerdings nicht auf den Bund begrenzt werden.

Auch im Baurecht soll mit der Beseitigung überzogener Vorschriften Ernst gemacht werden. Die Baufreiheit in der Bundesrepublik drohe an einem Übermaß baurechtlicher Vorschriften zu erstickten, die das Bauen zudem verteuerten, erklärte Wohnungsminister Schneider auf derselben Pressekonferenz.

AUTOVERSICHERUNG / Verluste für 1984 programmiert

Gurtmuffel treiben die Prämien hoch

HARALD POSNY, Düsseldorf

Aller Voraussicht nach gehen 1984 die Zeiten stabiler Prämien in der Auto-Haftpflichtversicherung zu Ende. Mit einigem Wenn und Aber versehen sollen die Prämien ab 1. Januar 1985 um etwa fünf Prozent steigen. Wie der Vorsitzende des Verbandes Autoversicherer (HUK-Verband), Heinz Sievers, auf dem Pressecolloquium der deutschen Versicherungswirtschaft mitteilte, könnte die Erhöhung auf etwa ein Prozent sinken, wenn sich „ab sofort alle Autofahrer anschnallen würden“. Sievers bezifferte die derzeitige „Gurtanlagequote“ auf nur noch 50 Prozent. Im Gefolge der Bußgeldfreiheit für das Nichtanschnallen sei die Zahl der Verkehrstoten spektakulär gestiegen.

Während das Jahr 1982 den Autoversicherern mit 3,8 Prozent Gewinn vom Prämienaufkommen (12 Milliarden Mark) ein Traumergebnis wie seit 1950 nicht mehr gebracht hatte, dürf-

te 1983 „vielleicht ein gerade ausgeglichenes Ergebnis“ gebracht haben. Für 1984 freilich sei „bei ganz optimistischer Betrachtungsweise“ mit einem Verlust von drei bis vier Prozent zu rechnen. Dabei hat sich zwar die Schadenhäufigkeit 1983 gegenüber 1982 trotz höherer Autouzulassungen bei 115 pro 1000 versicherte Fahrzeuge gehalten, aber die Schadenarten - mehr schwere Personenschäden - von Insassen haben den durchschnittlichen Aufwand je Schaden seit 1981 um 12,5 Prozent auf 3750 DM (1984 voraussichtlich 3900 DM) ansteigen lassen.

Sievers wies darauf hin, daß seit der letzten Prämiensteigerung im Juli 1981 die Preise für Autos um 11,6 Prozent, für Ersatzteile um 5,9 Prozent, für Reparaturen um 10,6 und die Arzt- und Krankenhauskosten um 23,1 Prozent gestiegen sind.

Sollte sich die Einstellung der Autofahrer zum Gurt als Lebensretter

nicht zum Positiven wandeln, können sich nur die seit 16 und mehr Jahren weiterhin schadenfreien Autofahrer vielleicht stabiler Kfz-Haftpflichtprämien erfreuen. Für diese 14 Prozent deutscher Autofahrer wird in Kürze mit dem Bundesaufsichtsamt diskutiert, ob der bisherige Schadenschonabsatz, der bei 13 unfallfreien Jahren endete, von 60 auf 65 Prozent der Grundprämie erhöht werden kann. Gleichzeitig ist im Sinne der Prämiengerechtigkeit geplant, die Malusklassen zu verteuern: Der Anfängertarif soll von derzeit 175 auf 200 Prozent der Basisprämie steigen. Weiter wird angestrebt, die „Mehrfach-(Malus)-Täter“ stärker zur Kasse zu bitten und die Rückstufung im Schadensfall „schadenbedingender“ zu gestalten. Bei einigen Änderungen der Regionalstruktur ist vom Bundeswirtschaftsminister „kein grünes Licht zu erwarten“.



Nutzen Sie für Ihre Pläne unsere tatkräftige Unterstützung: Analysen und Konzepte für die Standortwahl gehören ebenso zum Service unserer Experten wie die Beschaffung wichtiger Basisinformationen, die Vermittlung entscheidender Behördenkontakte und Rat bei der Nutzung von Finanzierungshilfen. Das alles selbstverständlich vertraulich und unentgeltlich. Fragen Sie uns. Wir sind für Sie da.

Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen mbH

KAVALLERIESTRASSE 5-10, 4000 DÜSSELDORF 1, TELEFON 02 11/13 00 00

POSTFACH 200 309, TELEX 5 587 830

FERNWÄRME / Drittes Zif-Programm gefordert

Auf Hilfen angewiesen

HANS BAUMANN, Düsseldorf
„Ohne Subventionen ist die Rechnung für Fernwärme eindeutig negativ.“ Dies war die Aussage von Gerhard Deuster, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Fernwärme, Frankfurt, und Vorsitzender der Energieversorgung Oberhausen AG, der in dieser Funktion neben der Fernwärme die Interessen von Gas und Strom zu vertreten hat.

Nach Deuster muß sich Fernwärme nach der Subvention rechnen, sonst habe sie keinen betriebswirtschaftlichen Sinn. Deuster ist froh, daß die Politik die Fernwärme nicht mehr für das A und O des Wärmemarktes hält, auch wenn er betont, Auswege

Wirkt schnell und zuverlässig:

bei Alkohol-Kater
Bullrich-Salz

Bullrich-Salz bewirkt bei Sonnenbrand, Magerdruck, Vögelstich und Kater. Neutralisiert überschüssige Magensäure. Bei anhaltenden Beschwerden den Arzt befragen. In Apotheken und Drogerien. - 50 Tabletten DM 2,50 (unverbindliche Preisempfehlung) Delta-Chemie - 6076 Neu-Senfurt.

daß Fernwärme in bestimmten Bereichen sehr sinnvoll sein kann, da mit der Fernwärme auch Teile der 40 Prozent Einzelheizung am Niedrigtemperaturmarkt verschwinden.

Ein Fachausschuß der Arbeitsgemeinschaft hat ermittelt, daß für bestimmte Städte ermittelt die Fernwärme konkurrenzfähig ist (Tarife und Investitionen in Arbeitspreis und Leistungspreis eingerechnet). Fernwärme und Gas seien danach etwa gleichpreisig. Öl- und Elektroheizung seien teurer. Bei dieser Kalkulation sind jedoch die Zuschüsse aus Zif I (Zukunftsinvestitionen) und Zif II (unberücksichtigt geblieben). Und da Zif II schon zur Hälfte aufgebraucht sei, müßte 1988/87 Zif III folgen.

wenn der Ausbau der Fernwärme fortgeschritten soll.

Für Düsseldorf konnte die Arbeitsgemeinschaft die Struktur des Niedrigtemperaturmarktes aufzeigen: 46 Prozent bedient das Gas, 7 Prozent die Fernwärme, 4 Prozent Nachspeicherstrom, und 49 Prozent werden von nicht leistungsgebundenen Energien versorgt (davon der größte Teil Einzelheizung, der Markt von morgen für Erdgas und Fernwärme). Für das Bundesgebiet wird der Fernwärmeanteil im Niedrigenergiebereich mit rund 8 Prozent angegeben.

Ungehalten ist die Arbeitsgemeinschaft Fernwärme über das jüngste Gutachten des Ifo-Instituts zum Thema Fernwärme. Die Behauptung, daß die öffentlichen Hände seit 1975 3 Mrd. DM in diese Energieerarbeitung gepumpt hätten, sei „nicht sachgerecht“. Richtig sei vielmehr, daß die Versorger von 1975 bis 1982 insgesamt 5,92 Mrd. DM in die Fernwärme investiert hätten und darauf Zuschüsse von 1,4 Mrd. DM erhalten hätten. Mittlere Förderungsquote demnach etwa 25 Prozent. Darin seien aber schon Mittel aus dem Zif-II-Programm enthalten, das nur mit 17 Prozent gefördert werde, gegenüber den 35 Prozent des Zif I.

Das Ifo-Institut hat auch ein Drittel des künftigen Anschlußwertzuwachs als „förderungsinduziert“ bezeichnet, zwei Drittel würden als „Ohnehin-Zuwachs“ angesehen. Diese Abschätzung ist nach der Arbeitsgemeinschaft „grundsätzlich falsch“. Richtig sei, daß die Versorger wegen der Zuschüsse erhebliche Investitionen vorgenommen hätten und sich bemüht, die entstandenen Kapazitäten in entsprechende Anschlußwerte umzusetzen, die den Bedingungen eines freien Wärmemarktes entsprächen.

HANDEL

Erholung hat begonnen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Im „Windschatten“ einer leichten allgemeinen Konjunkturerholung, die sich auch in einer verbesserten Verbraucherstimmung niederschlagen hat, ist der Umsatz des deutschen Einzelhandels 1983 um 3,4 (1982: plus 0,4) Prozent auf 448,6 Milliarden gestiegen. Nach Ansicht der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) kam die höhere Konsumbereitschaft darin zum Ausdruck, daß die Ausgaben der privaten Haushalte stärker wuchsen als die verfügbaren Einkommen.

Diese Entwicklung wurde darüber hinaus dadurch begünstigt, daß zu Jahresanfang und Jahresmitte mehr als 22 Milliarden Mark aus mittelfristig angelegten Geldmitteln (vermögensbildende Lebensversicherungen und Sparverträge nach dem 624-DM-Gesetz) in erheblichem Umfang in den Konsum flossen, dies vor allem in den Kfz- und Möbelhandel. Darüber hinaus wurden auch normalverzinsten Sparbücher zugunsten bislang aufgeschobener Anschaffungen „geplündert“. Als besonders erfreulich wird vom Handel notiert, daß bei einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 2,4 (Vorjahr 5,2) Prozent der preisbereinigte Zuwachs seit zwei Jahren wieder mit 1 Prozent höher als im Vorjahr lag (minus 3,7 Prozent).

Unter den großen Warenbereichen erzielten Nahrungsmittel und Genussmittel 1983 ein Plus von 2,2 (preisbereinigt 0,3) Prozent auf 136,3 Milliarden Mark. Absoluter Spitzenreiter war der Kfz-Einzelhandel mit der beachtlichen Zunahme des Umsatzes um 14 real (10,5) Prozent auf 51,6 Milliarden Mark.

ISRAEL / Billionen-Haushaltsentwurf vorgelegt

Flexibilität im Vollzug

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem
Einen Viereinhalb-Billionen-Haushalt (4380 Milliarden Shekel) unterbreitete der israelische Finanzminister Yigal Cohen-Orad am Mittwoch der Knesset. Dies sind fast neunzig Milliarden Mark; doch bis Beginn des neuen Finanzjahres am 1. April wird der Gegenwert wahrscheinlich schon auf etwa 76 Milliarden Mark gesunken sein.

Nach den Worten von Cohen-Orad soll der Haushalt die „Fortdauer der Sanierung sichern und zum Neubeginn des wirtschaftlichen Wachstums“ führen. Bemerkenswert an dem Etat ist, daß hier ein finanzpolitisches Novum geschaffen wird: Der Haushalt ist elastisch gestaltet. Zwar liegen die Daten und die detaillierten Pläne in dem 3200 Seiten umfassenden Vorschlag für das ganze Jahr (1. April '84 bis 31. März '85), doch können sie, laut Gesetzesvorlage, alle drei Monate revidiert werden, „gemäß den Änderungen im Lebenskostenindex, im Einkommensniveau der Bevölkerung, im Wechselkurs für Devisen und im Ausmaß der Wirtschaftstätigkeit“.

Dies kann auf zweierlei Art gesehen werden: Cohen-Orad bezeichnet es als eine Möglichkeit, „die starre Bindung an einen vorgeschriebenen Plan zu brechen und sich kurzfristigen Änderungen anzupassen“. Der wirtschaftliche Wortschatz der Opposition, Gad Jacoby, hingegen meinte, der Haushalt solle ein „Mittel zur Durchsetzung einer Finanzpolitik sein, nicht ihr Ergebnis“. Die Regierung verzichtet somit auf eine wirtschaftliche Planung und läßt sich von den Ereignissen treiben.

Die Inflation soll anhand der vorgelegten Pläne im neuen Finanzjahr zurückgehen, wird aber weiterhin hoch bleiben: Der Haushalt hat ein Defizit

von fast 26 Prozent. Es wird aus „Anleihen von der Staatsbank“ gedeckt. Im Klartext: durch das Drucken von Banknoten.

Die Rückzahlung von Anleihen im Inland und im Ausland wird jedoch dieses Jahr erhöht, und der Schuldendienst (Tilgung plus Zinsen) wird fast zwei Fünftel des gesamten Haushalts verschlingen.

Der Verteidigungshaushalt wurde im Vergleich zum Vorjahr um ungefähr ein Fünftel gekürzt. Zu diesem Beschluß hat sich die Regierung nach monatelangen Debatten durchgerungen. Doch auch jetzt wird der Verteidigungshaushalt noch immer 37 Prozent der verfügbaren Gelder (das heißt ohne den Schuldendienst) verschlingen. Das bedeutet fast 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – ein hoher Prozentsatz.

Die anderen großen Kürzungen entfallen auf Dienstleistungen wie Unterricht, Sozialleistungen und Lebensmittelsubventionen. Cohen-Orad erklärte dazu, eine Verringerung des Lebensstandards der Bevölkerung um sieben Prozent sei eingeplant. Investitionen würden um 13 Prozent zurückgehen, aber die Exporte würden um acht bis neun Prozent ansteigen.

Der Rückgang des Lebensstandards soll nicht durch nominelle Kürzungen von Löhnen erfolgen. Das wäre in Israel nicht durchsetzbar. Statt dessen will der Finanzminister das altbewährte „Rezept“ anwenden: eine Erosion der Löhne durch die fortschreitende Inflation. Die noch immer gültige Indexierung soll nur einen Teil der Geldentwertung wieder gutmachen. Dem allgemeinen Gewerkschaftsverband „Histadrut“ ist diese Absicht allerdings nicht entgangen. (SAD)

NUKLEARSTROM / Preisvorteil noch mal bestätigt

Rund ein Drittel billiger

AP, Bonn

Der vom Frankfurter Battelle-Institut festgestellte steigende Kostenvorteil des Nuklearstroms gegenüber Elektrizität aus deutscher Steinkohle wird von zwei renommierten Universitätsinstituten bestätigt. Darauf hat die Programmgruppe Systemforschung der Kernforschungsanlage Jülich in einer Analyse der Battelle-Studie hingewiesen, deren Ergebnisse vom nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen unter Berufung auf ein Experten-Hearing stark angezweifelt worden waren. Die Battelle-Wissenschaftler hatten errechnet, daß der Preisvorteil des Nuklearstroms in allen Lastbereichen besteht, zur Zeit maximal 3,5 Pfennig pro Kilowattstunde beträgt und sich bis 1991 auf 7,1 Pfennig erhöhen wird.

Die Jülicher Analyse kommt zu dem Ergebnis, daß es sich bei den von Battelle angewandten Berechnungsmethoden um „einen prinzipiell gleichen Ansatz“ handelt, wie er auch Untersuchungen des Energie-

wirtschaftlichen Instituts der Universität Köln (EWI) sowie von Professor Ulf Hansen von der Universität Essen zugrunde liegt. Lediglich das der Umweltschutzbewegung verbundene Freiburger Öko-Institut lehnte diese Berechnungsmethoden ab und kam auf der Basis abweichender Daten zu einem gegenteiligen Ergebnis.

Die Jülicher Experten verweisen darauf, daß die Ergebnisse von Hansen mit den Battelle-Werten fast übereinstimmen – beide kommen zu dem Schluß, daß Nuklearstrom um rund ein Drittel billiger ist als Kohlestrom. Die EWI-Studie setzt den Kostenvorteil der Kernenergie sogar bei 50 Prozent an. Das Öko-Institut, das der Analyse zufolge bei Kernkraftwerken von wesentlich höheren Herstellungskosten ausging als die anderen Untersuchungen, kommt bei gleichzeitiger Anwendung anderer Berechnungsmethoden zu der entgegengesetzten Aussage, daß Strom aus deutscher Steinkohle rund ein Drittel billiger ist als Nuklearstrom.

EG / Unmut über amerikanischen Protektionismus

Nur maßvolle Resolution

WILHELM HADLER, Brüssel

In der EG wächst der Unmut über den amerikanischen Protektionismus. Nur mit Mühe konnten die Bundesrepublik, Großbritannien und Holland deshalb den Ministerrat von einer aggressiven Erklärung abhalten, die zu einer Eskalation im ohnehin angespannten Verhältnis zu Washington geführt hätte.

Die Resolution, die die Außenminister schließlich verabschiedeten, ist eher als Rückstärkung für die Reagan-Administration denn als Drohung an die USA gedacht. Frankreich und einige andere Länder waren allerdings – wie in der Vergangenheit – für einen erheblich schärferen Text eingetreten.

Die Erklärung erkennt an, daß die US-Regierung in einer Reihe von Fällen „entschieden Position gegen den protektionistischen Druck“ im eige-

nen Lande bezogen habe. Dies gelte zum Beispiel für die „Domestic Content Legislation“ (die bei bestimmten Erzeugnissen einen festen Anteil in Amerika hergestellten Bestandteilen vorschreiben will), die Forderung nach einer Begrenzung der Stahlimporte auf einen Marktanteil von 15 Prozent und die in Aussicht genommenen Importbeschränkungen für europäischen Wein.

Trotzdem äußert sich die Gemeinschaft „beunruhigt“ über die Entwicklung in den USA. Dies umso mehr, als die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten relativ günstiger sei als in Europa. Die beschlossenen oder geforderten Maßnahmen – als jüngstes Beispiel etwa die von der US-Lobby verlangte Importbeschränkung für Werkzeugmaschinen – repräsentierten einen Exportwert der EG von rund 4,7 Milliarden Dollar.

BDI-Kritik an Zimmermann

AP, Bonn

Mit negativen Folgen für das Investitionsklima hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wegen dessen Initiative gedroht, die Umweltschutzgesetzgebung zu verschärfen. In einer am Mittwoch in Köln veröffentlichten Erklärung heißt es, Zimmermann habe sich in Widerspruch zu Absichtserklärungen der Bundesregierung gesetzt und „die unerlässliche Abwägung ökologischer und ökonomischer Erfordernisse“ aufgegeben. Damit sei der Industrie ein Signal gesetzt, das „das Investitionsklima nachhaltig“ belaste.

Zimmermann hatte am Montag eine Novellierung des Bundesimmissionsschutzgesetzes noch in diesem Jahr angekündigt. Entscheidendes Kriterium für die Belastbarkeit von Unternehmen durch neue Umweltschutzaufgaben solle nicht mehr wie bisher das Gewinninteresse der Betriebe sein. Umweltauflagen sollten danach beurteilt werden, ob sie einer „von der Verfassung gebotenen Verhältnismäßigkeit“ entsprechen.

Nach Ansicht des BDI soll die Bundesregierung „anstelle in ihrer Wirkung zweifelhafter Verschärfungen“ eine bessere Verzahnung von Umwelt- und Wirtschaftspolitik herbeiführen.

Höheres Defizit bei Mercedes France

J. Sch. Paris

Die französische Nutzfahrzeugkrise hat auch die Daimler-Benz AG, Stuttgart, als größter Importeur zu spüren bekommen. In der Klasse von mehr als fünf Tonnen konnte Mercedes Benz France seinen Marktanteil zwar noch geringfügig auf 20,4 Prozent steigern. Vor allem bei den schweren Lastkraftwagen mit mehr als 15 Tonnen verschärfte sich aber der Preiskrieg zwischen den verschiedenen Anbietern. Die infolge erzwungener Rabatte entstandenen Verluste konnten von Gewinnen der anderen Geschäftsbereiche einschließlich des Pkw- und des lukrativen Ersatzteill-sektors nicht ausgeglichen werden.

Nach Angaben der Verwaltung dürfte deshalb das 1983 verbuchte Geschäftsdefizit von fünf Millionen Franc im letzten Jahr noch übertrafen worden sein, obwohl der Umsatz um sechs Prozent auf 5,3 Milliarden Franc zunahm. Davon entfielen 60 Prozent auf den Nutzfahrzeug- und 40 auf den Pkw-Sektor.

Für dieses Jahr erwartet die Gesellschaft dank des „190“ eine spürbare Verkaufsbelebung. 1983 wurden 16 650 Mercedes-Wagen (plus 5,5 Prozent) in Frankreich verkauft. Der deutsche Konkurrent BMW AG, München, konnte in den ersten elf Monaten 30 016 Pkw absetzen.

CHILE / Währungsfonds akzeptiert Programm

Banken gewähren Kredite

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat nach Angaben des chilenischen Finanzministers Carlos Caceres dem Wirtschaftsprogramm seiner Regierung für 1984 zugestimmt. Wie der Minister mitteilte, wird Chile von ausländischen Geschäftsbanken einen Kredit über 780 Millionen Dollar erhalten, dessen Konditionen besser sind als im letzten Jahr. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) werde einen Überbrückungskredit für das Land „aufrechterhalten“.

In einer Erklärung zum chilenischen Wirtschaftsprogramm für 1984 teilte der Minister mit, der geschäftsführende IWF-Direktor Jacques de Larosiere habe ihn von der IWF-Entscheidung in Kenntnis gesetzt. Der Fonds sei mit einem Defizit des öffentlichen Sektors in Höhe von 4,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) einverstanden. Im letzten Jahr hatte der IWF eine Obergrenze von 2,3 Prozent des BIP verlangt.

Chile braucht in diesem Jahr dem Minister zufolge einschließlich einer fälligen Rückzahlung von 690 Millionen Dollar netto rund 1,94 Milliarden Dollar aus dem Ausland. Kredite von internationalen Organisationen und andere mittel- und langfristige Kredite sollen 850 Millionen Dollar erbringen. Die kurzfristige Mittelaufnahme werde sich auf 150 Millionen Dollar

belaufen. Hinzu kommt ein Kredit ausländischer Geschäftsbanken von 780 Millionen Dollar. Die Konditionen sind laut Caceres erheblich besser als für den Kredit des letzten Jahres, als Chile 1,3 Milliarden Dollar aufnehmen mußte. Die tilgungsfreie Periode und die Laufzeit seien länger, und der Zinssatz liege nur noch 14 statt wie im letzten Jahr 24 Prozentpunkte über dem Londoner Interbankensatz (Libor) oder 1½ (statt 3½) Punkte über der US-Prime-Rate. Bis Chile den Kredit tatsächlich in Anspruch nehmen kann, wird möglicherweise die BIZ einspringen. Die Bank werde, so der Minister in einer schriftlichen Stellungnahme, einen Überbrückungskredit über 450 Millionen Dollar „aufrechterhalten“, den Chile im letzten Jahr erhalten hatte.

Beobachtern fiel die Formulierung des Ministers auf, die BIZ werde den Kredit „aufrechterhalten“. Offiziell sei bislang immer gesagt worden, der Überbrückungskredit sei zurückgezahlt worden. In seiner Erklärung ließ Caceres nun verbreiten, „um die Zeit zu überbrücken, bis der Kredit der ausländischen Banken ausgezahlt wird, hat sich die BIZ entschlossen, den Überbrückungskredit aufrechtzuerhalten, dem sie 1983 zugestimmt hat“. Beobachter haben bisher jedoch keine Hinweise darauf, ob es sich wieder um die gleiche Summe wie im letzten Jahr handelt, wird.

Iveco Magirus ist: 12.681 Mechaniker für einen Ölwechsel.



554 Iveco Magirus Service-Stationen stehen in Deutschland bereit. 554 Betriebe mit speziell ausgebildeten Fachkräften, die ihr Können in intensiven Schulungsprogrammen ständig erweitern, um für Iveco Magirus-Fahrzeuge Spezialisten zu sein.

3.400 Stationen in Europa sichern die umfassende Service-Bereitschaft der Iveco-Organisation nach den gleichen Prinzipien. Deshalb stehen in Europa 12.681 ausgebildete Fachleute – Iveco-Mechaniker – bereit, und sei es nur für einen Ölwechsel.

IVECO MAGIRUS
Iveco Magirus AG, Ulm

KRAFTWERK UNION / Mutter Siemens erhält wieder 50 Millionen Mark

Auftragsbestand mit Fragezeichen

HANS BAUMANN, Mülheim
Da nicht alles Gold ist, was glänzt, müssen auch die 30,2 Mrd. DM Auftragsbestand der Siemens-Tochter Kraftwerk Union AG (KWU), Mülheim, mit größter Vorsicht betrachtet werden. Es gibt einerseits keinen Zweifel, daß das Unternehmen nach 15-jähriger Tätigkeit aus dem Größten heraus ist oder wie Vorstandsvorsitzender Klaus Barthelt es formuliert: "Wir sind keine Unterhaltungs-empfinger mehr, sondern ausreichende Mitverdiener." Sicher ist aber auf der anderen Seite auch, daß KWU schnell von seinen bisher höchsten Auftragsbeständen wieder herunter ist, wenn der Stromverbrauch nicht deutlich ansteigt und neue Kraftwerke geordert werden.

Der Auftragsbestand setzt sich aus 16 Kernkraftwerksblöcken zusammen mit insgesamt rund 19 500 Megawatt (insgesamt 27,1 Mrd. DM) und 70 Blöcken im In- und Ausland, die fossil befeuert werden und eine Kapazität von rund 21 000 MW erreichen werden (3,1 Mrd. DM). Aber: Das Kernkraftwerk Krümmel mit über 13 000 MW steht vor der Inbetriebnahme. Es ist also bald nicht mehr Bestandteil der 30 Mrd. DM. Und ob

die beiden Kernkraftwerke Wyhl und Biblis C je gebaut werden, dafür besteht kaum mehr als eine Hoffnung. Bestellt wurden sie 1975, eine Baugenehmigung gibt es bis heute nicht. Also fehlen am "elirischen" Auftragsbestand zwei weitere Kraftwerke von je gut 1300 MW, was einem Auftragswert von rund 7 Mrd. DM entspricht.

Noch eine Relativierung ist angebracht, wenn man die 30 Mrd. DM der KWU werten will: Nur rund 20 Prozent der Hardware wird in Mülheim und Berlin erstellt. Der weitaus größte Teil geht an Fremdfertiger. In jüngster Zeit häufen sich die Aufträge, die ins Ausland vergeben werden müssen, weil die Hermes-Deckung für diese Exporte gedrosselt worden ist. So kämpft die KWU zum Beispiel um den Auftrag für ein Kernkraftwerk in der Türkei. Von dem erhofften Auftragsvolumen von 3,5 Mrd. DM gehen rund 900 Mrd. DM in andere Länder, die bereit sind, eine staatliche Auftragsbürgschaft zu übernehmen. Daß die Türkei zudem einen großen Teil des Werkes selbst bauen wollen, liegt auf der Hand. So paßt dann das Wort von Barthelt vom Knochen, um den sich "viele Hunde bälgen".

Doch Klaus Barthelt ist ein Optimist. So sieht er im anziehenden Stromverbrauch ein Zeichen des Aufschwungs. Und wenn der dann in den kommenden Jahren Wachstumsraten von jährlich 3,3 Prozent bringt, so ist bis Ende der neunziger Jahre der Neubau von rund 20 000 MW in der Bundesrepublik fällig. Daß er auch auf Auslandsaufträge rechnet, zeigt das US-Engagement. Dort ist die KWU inzwischen dritter Anbieter am Markt und läßt es sich etwas kosten lassen zu sein, wenn Kraftwerke wieder gefragt sein werden.

Bis dahin heißt es erst einmal, zu Hause den Gürtel enger zu schnallen. Da die Werke in Mülheim und Berlin nur zu 51 Prozent ausgelastet sind, soll die Belegschaft von rund 15 000 in den nächsten Jahren um 2 bis 3 Prozent abgebaut werden. Wie bisher sollen auch in den kommenden Jahren rund 100 Mrd. DM jährlich investiert werden. Am 1. Oktober will die KWU einen Pauschalpreis für eine Wiederaufarbeitungsanlage vorlegen. Mutter Siemens erhält wieder 50 Mrd. DM für 1982/83 (30,9), das sind 16 Prozent auf 311 Mrd. DM Kapital bei einem Umsatz von 3,44 (4,84) Mrd. DM.

LANDESBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN

Für alle Risiken vorgesorgt

J. BRECH, Hamburg
Bei einem mäßigen Wachstum hat die Landesbank Schleswig-Holstein, Kiel, das Ergebnis im Berichtsjahr 1983 weiter verbessert. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Gerd Lausen stieg das Betriebsergebnis um 7 Prozent auf rund 100 Mrd. DM, aus dem eine unveränderte Dividende von 5 Prozent gezahlt werden soll. Die gute Ertragslage, so betonte Lausen, habe die Landesbank nochmals verstärkt genutzt, um für alle Risiken vorzusorgen. Insgesamt seien brutto 90 Mrd. DM verwendet worden, davon 30 Mrd. DM für das Ausland und 60 Mrd. DM für das Inland.

Von allen Krediten an Problemländer im Ausland sind nach den Worten von Lausen insgesamt 50 Prozent wertberichtigt. Im Inland hat die Landesbank jeweils 20 Mrd. DM zur Risikoversicherung in den Bereichen Wohnungsbau, Schifffahrt und Schiffbau sowie gewerbliche Kunden verwendet. Damit sei allen Eventualitäten angemessen vorgebeugt, erklärt Lausen.

In diesem Jahr werde eine so umfangreiche Risikoversicherung wie in den vergangenen Jahren nicht mehr erforderlich sein. Die Bank werde dann

der Stärkung der offenen Rücklagen den Vorrang geben. Die Landesbank verfügt zur Zeit bei einem Stammkapital von 220 Mrd. DM über 511 Mrd. DM Eigenmittel. Diese Eigenkapitalausstattung bezeichnet Lausen betriebswirtschaftlich als noch nicht zufriedenstellend.

Das verbesserte Ergebnis führt Lausen einmal auf eine leicht verbesserte Zinsspanne (von 0,76 auf 0,81 Prozent) und auf das gestiegene Geschäftsvolumen zurück. Gleichzeitig sei der Anstieg der Aufwendungen auf 2 Prozent begrenzt worden. Das ruhige Wachstum der Bank schlägt sich in einer Ausweitung des Geschäftsvolumens um 4,1 Prozent auf 28 Mrd. DM und der Bilanzsumme um 5,2 Prozent auf 26,4 Mrd. DM nieder. Schwerpunkte des Geschäfts blieben der Wohnungsbau und der öffentliche Kredit.

Positiv bewertet Lausen die Entwicklung der Luxemburger Tochter, die nach dem Ausscheiden der Bank auf Helsen in Landesbank Schleswig-Holstein International S.A. umfirmiert worden ist. Das Betriebsergebnis erhöhte sich um 3 auf 12,3 Mrd. DM und wird voll zur Vorzüge von bestehenden Risiken verwendet.

Spanien will sich „hart verteidigen“

ROLF GÖRTZ, Madrid

Spaniens Ministerpräsident Felipe González verkündete „eine harte Verteidigung der spanischen Gegenposition“ nach Kenntnisnahme des in Brüssel ausgearbeiteten Dokuments mit den Agrarbedingungen für den EG-Beitritt. Nach dem Brüsseler Fahrplan, den die Spanier als Verhandlungsbasis betrachten, ist für Obst und Gemüse ein Zeitplan vorgesehen, wonach für vier Jahre die Aufrechterhaltung der Zollschranken gegenüber spanischen Importen gelten soll. In den folgenden sechs Jahren soll die allmähliche Anpassung erfolgen.

Diesen Zeitplan betrachtet die spanische Delegation als „in dieser Form nicht akzeptabel“, wie es Außenminister Morán schon in Brüssel ausgedrückt. Madrid rechnet damit, daß bis zum 30. September dieses Jahres, wenn der Fahrplan unterschrieben wird, eine Einigung zustande kommt, die irgendwo dazwischen liegt. Auch bei den „Nordprodukten“ (Milch, Fleisch und Getreide) hofft man, die von der EG gesetzten Anpassungsfristen wesentlich unterschreiten zu können. Besonders hart werden die Spanier um eine möglichst niedrigere Frist bei der vorläufig noch ausgearbeiteten Zollfreiheit für Olivenöl ringen. Vom Olivenöl lebt ein großer Teil des Landes Andalusien, das mit 23 Prozent die größte Arbeitslosigkeit in Spanien aufweist. (SAD)

KONKURSE

Konkurse eröffnet: Aachen: RIKU-Trachten GmbH & Co KG Bekleidungswerk, Sulzbach/Main; Berlin: Reischbro Henke & Busch OHG; Jülich: Kolb, Essen: Konrad Treidler, Inh. d. Oberländischen Brotbäckerei u. Konditorei; Freiburg i.B.: Johann Baptist Koch, Inh. e. Lebensmittelgeschäft; Gießen: Weselco GmbH, Lederzucht; Gießen: Tüdder; Hamburg: HADAKON Hamburger Datenverarbeitungskontroll GmbH; Hamm: Wolff KG, Handelsgepäck; Kamen: Hama; Nachl. d. Ludwig Peter Jansen, Meintal: Heilbrunn: MK Automations GmbH; Karlsruhe: Dieter Gerlich, Konditorei; Marktoberdorf: Kirchhals; Nachl. d. Heinz Seidel, Burgdorf; Neuss: Lony GmbH & Co. KG, Meersch; Lony GmbH, Meerbusch; North: Georg Pohl, Malermeister; Ulm: OT Schöning; Wemmel: Nachl. d. Bernhard Dieter Rautenbach; Bielefeld: Günther B. Rother GmbH; Stuttgart: Bad Camstadt: Egon Michael Siegel, Inh. d. Fa. Kirschinger, Stuttgart-Feuerbach; Wilhelmshaven: Norddeutscher Eisenbau GmbH, Sande.

Vergleiche beantragt: Duisburg: Grünwald Grundstücks-KG; Köln: Berg & Co. Industrieanlagen GmbH; Stuttgart: Reich Kiefer, Lufttechnische Anlagen GmbH, Göttingen.

BREMER LANDESBANK / Wieder fünf Prozent

Lebhaftes Kreditgeschäft

W. WESSENDORF, Bremen
Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale -, im April 1983 aus der Fusion der Bremer Landesbank und der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen hervorgegangen, legte ihren vorläufigen Jahresabschluss 1983 vor. Die Zahlen gelten für das gesamte Kalenderjahr, da die Geschäfte beider Vorgängerinstitute seit dem 1. Januar 1983 für die Rechnung des fusionierten Instituts geführt wurden.

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg hat danach ihr Geschäftsvolumen erheblich gesteigert. Dazu hat auch die Erweiterung des Geschäftsgebietes beigetragen, heißt es in einer Mitteilung der Bank. Außerdem wurde am 1. Dezember 1983 das Geschäft der Hauptniederlassung Bremen der ADCA-Bank übernommen.

Das Geschäftsvolumen der Bank ist im Berichtsjahr um 2 Mrd. DM (plus 9 Prozent) auf knapp 23 Mrd. DM gewachsen; die Bilanzsumme um 1,8 Mrd. DM (ebenfalls plus 9 Prozent) auf 21,3 Mrd. DM. Die Ausweitung des Kreditgeschäftes um 1,3 Mrd. DM

sei auf eine lebhaftere Nachfrage der Unternehmen zurückzuführen. Ein bedeutender Teil des Zuwachses entfiel wieder auf Darlehen an Bund, Länder und Gemeinden.

Die Geschäftsausweitung wurde durch die Emission eigener Schuldverschreibungen finanziert, deren Umlauf bei einem Bruttoabsatz von 3,8 Mrd. DM auf 1,6 Mrd. DM zunahm. Die Einlagen gegenüber Kunden waren am Jahresende um 470 Mrd. DM höher als vor Jahresfrist. Dagegen haben die bei anderen Kreditinstituten aufgenommenen Gelder um 376 Mrd. DM abgenommen.

Das Stammkapital der Bank wurde durch Einlagen der NordLB und der Freien Hansestadt Bremen um 12 Mrd. DM auf 182 Mrd. DM erhöht. Zusammen mit den Rücklagen wird das Eigenkapital nach der vorgesehenen Rücklagenzuführung 462 Mrd. DM betragen. Der Jahresüberschuss wird voraussichtlich eine Dividende in der üblichen Höhe von fünf Prozent sowie eine Zuführung zu den Rücklagen zumindest in Vorjahreshöhe von 13,5 Mrd. DM zulassen.

MH BAUSPARKASSE / Neuling der Branche noch der „Hecht im Karpfenteich“

Expansionstempo bleibt ungebrochen

DANKWARD SEITZ, München
Nach knapp 3 1/2-jähriger Geschäftstätigkeit zählt die MH Bausparkasse AG, München, zwar noch immer zu den Newcomern der Branche - jedoch nicht mehr zu den Kleinsten. Vom Start weg erwies sie sich, nachdem bereits 1980 ein Netto-Geschäft von 227,6 Mrd. DM Bausparsumme erzielt werden konnte, mit Zuwachsraten von 41,9 Prozent (1981) und 30,4 Prozent (1982) als „Hecht im Karpfenteich“. Denn gleichzeitig befand sich die Branche mit Minusraten von 19,8 und 17,4 Prozent auf einer rasanten Talfahrt, die erst 1983 mit einem Plus von etwa 6 Prozent auf 75,4 Mrd. DM Bausparsumme gestoppt werden konnte.

Mit sichtlichem Stolz konnte MH-Vorstandsmittglied Gerhard Hörter jetzt feststellen, daß das Geschäftsjahr 1983 für sein Institut „beinahe noch furioser“ verliefen war als die vergangenen. Neu abgeschlossen wurden über 21 400 Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 743,9 Mrd. DM. Eingelöst wurden davon

fast 19 000 Verträge mit über 629 Mrd. DM, so daß das Vorjahresergebnis nochmals um 49,4 Prozent übertrafen werden konnte. Insgesamt verwaltete die MH Ende 1983 rund 51 150 Verträge (plus 59,1 Prozent) mit 1,73 Mrd. DM Bausparsumme (plus 59,9 Prozent). Zugeworben wurden 1054 (218) Verträge über 51,8 (12,7) Mrd. DM. Die Bauspareinlagen erhöhten sich auf 161,0 (112,6) Mrd. DM.

Auch wenn die Aktionäre der MH nochmals einen Verlust von 0,7 Mrd. DM ausgleichen mußten - insgesamt sind seit 1979 rund 7,7 Mrd. DM aufgelaufen -, war 1983 nach Ansicht von Hörter ein erfolgreiches Jahr. Den Ausgleich hätte man auch aus eigener Kraft schaffen können, jedoch hätten die Aktionäre diesen „soliden Weg“ bevorzugt.

Am MH-Grundkapital von 10 Mrd. DM sind seit Mitte 1983 die Baseler Versicherung mit 9,9 Prozent und die Helvetia Versicherung mit 10,9 Prozent beteiligt. Das restliche Kapital liegt ebenfalls bei Versicherungs-

gruppen, und zwar 50,1 (50,0) Prozent bei der Magdeburger, 10,0 (20,0) Prozent bei der Vereinigten Versicherungsgruppe sowie jeweils 10,0 Prozent bei der Winterthur und der Schweizerische Rentenanstalt.

Vor allem aufgrund der großen Ausbendienstleistungen dieser Versicherungen setzt man bei der MH auch für die Zukunft auf Wachstum, nachdem bis jetzt erst ein Marktanteil von knapp 1 Prozent erreicht werden konnte. Nach dem Verlauf der ersten beiden Monate 1984 liegt nach Angaben von Hörter ein Neugeschäft von 1 Mrd. DM im laufenden Jahr im Bereich des Möglichen.

Vorrang vor Wachstum soll aber weiterhin die Qualität haben, daß heißt, daß der Anteil der Schnellsparrer am Neugeschäft die Quote von 7 Prozent - bisher 5 Prozent - nicht übersteigen soll. Vor allem will man unverändert auf Großkunden im Schnellspargeschäft verzichten. Die Zuteilungsfristen liegen, so Hörter, nach wie vor bei 23 bis 26 Monaten.

SIEMENS

Siemens leitet ein Konsortium der deutschen Fernmelde- und Raumfahrtindustrie

Kourou, Juni '87. Eine Trägerrakete wird den ersten deutschen Fernmeldesatelliten KOPERNIKUS in seine Erdumlaufbahn befördern.

Das neue Satellitensystem wird eine Pilotfunktion für die künftigen Breitbanddienste der Deutschen Bundespost übernehmen. Daten mit extrem hoher Geschwindigkeit übertragen, Videokonferenzen schalten, zusätzliche Fernsehprogramme verteilen, aber auch bis zu 8000 Ferngespräche gleichzeitig abwickeln - diese neuen Dienste können mit Hilfe des Satellitensystems schneller flächendeckend verwirklicht werden als mit terrestrischen Breitbandnetzen.

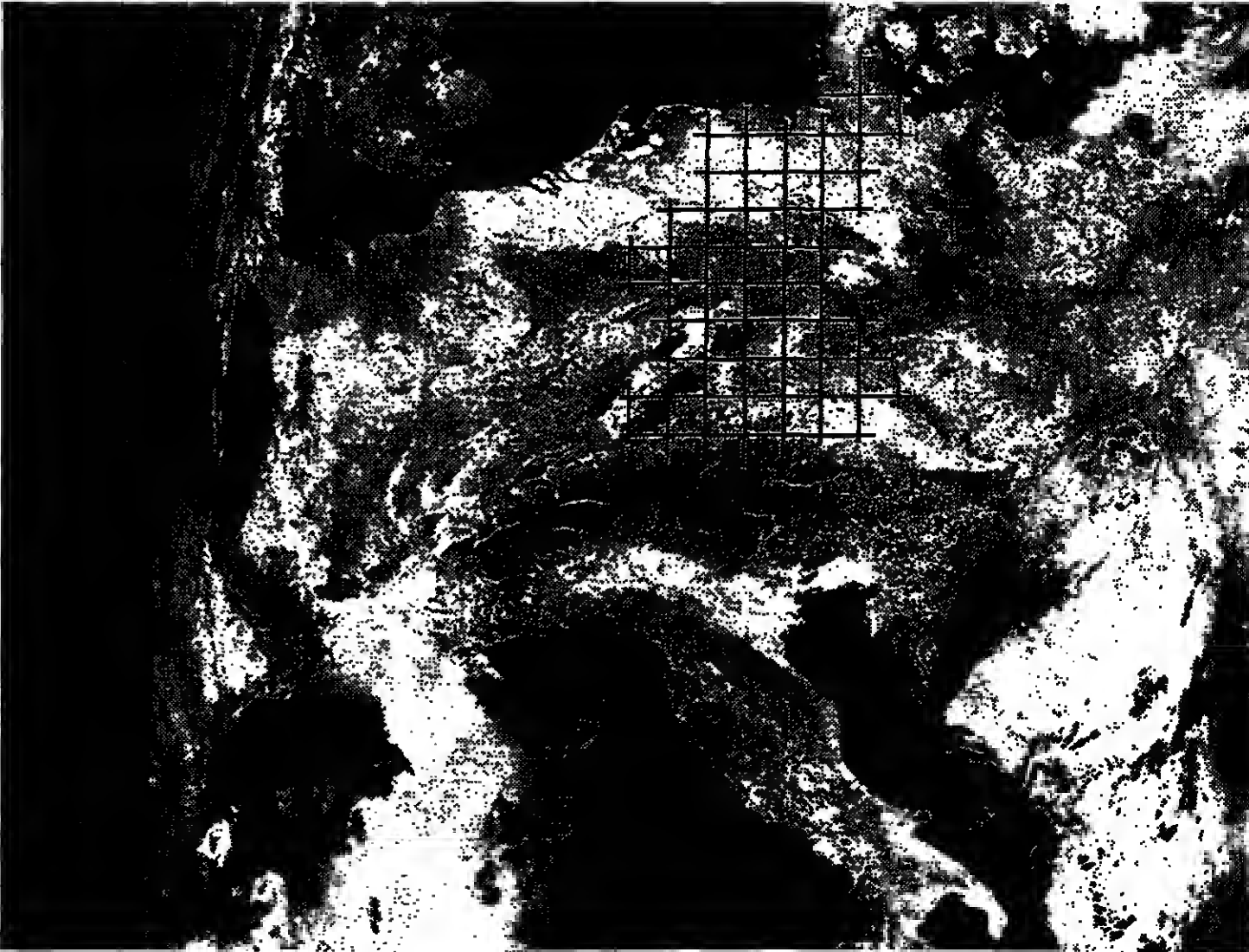
Zwei Satelliten - ein Betriebs- und ein Reservesatellit - werden 1987 von Französisch-Guayana aus in den Weltraum gebracht und in 36 000 km Höhe geostationär über Zentralafrika positioniert. Ihre Antennen werden exakt auf das Gebiet der Bundesrepublik und Westberlins

ausgerichtet sein. Ein engmaschiges Netz von zunächst 32 Erdfunkstellen wird die Satelliten mit den bestehenden Boden-netzen verbinden. Im Fernsprech- und Datenverkehr von und nach Berlin wird ein für den Satellitenverkehr neuer, besonders leistungsstarker Frequenzbereich erprobt werden.

Nachrichtenübertragung per Satellit ist eines der Ergebnisse der umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei Siemens. Über 3 Mrd. DM jährlich wendet das Unternehmen für die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Systeme auf. So macht Siemens über 50 Prozent seines Umsatzes mit Produkten, die erst in den letzten 5 Jahren entwickelt wurden.

Empfangsgebiet des künftigen Satellitensystems.

Konsortium: Siemens, ANT, MBB/ERNO, SEL



Neue Technik bringt uns voran. Siemens.

SÜDDEUTSCHER VERLAG / Neue Gesellschaft

Franzis-Druck übernommen

DANKWARD SETZ, München. Eine der größten Offsetdruckereien im süddeutschen Raum wird durch das jetzt angekündigte Zusammenschließen der beiden Münchner Traditionsdruckereien Karl Wenschow GmbH und Franzis-Druck GmbH entstehen. Beide Gesellschaften gründen zum ersten April nach Angaben der Süddeutschen Verlag GmbH, die zu 100 Prozent an Wenschow beteiligt ist, die Karl Wenschow-Franzis-Druck GmbH mit Sitz in München. An der neuen Gesellschaft, die mit einem Stammkapital von einer Million Mark und einem Rücklagenkapital von vier Millionen Mark ausgestattet sein soll, wird die Karl Wenschow GmbH mit 74 Prozent und die Franzis Druck GmbH mit 26 Prozent beteiligt sein.

Für das erste volle Geschäftsjahr 1985 wird für Wenschow-Franzis ein Umsatz von 45 Millionen Mark erwartet. Ein großes Auftragsvolumen aus den Verlagen der Firmengruppe, so der Süddeutsche Verlag, sichere diese Umsatzsteigerung bereits heute weitgehend ab und halte „den Blick

ADIG INVESTMENT / Europäischer Fonds soll geschlossen werden

Aditec bremste den Mittelfruchfluß

DANKWARD SETZ, München. Wenn auch das zweite Halbjahr 1983 eine unverändert gute Kursentwicklung am deutschen Aktienmarkt und an den meisten internationalen Börsen brachte, eine gewisse Enttäuschung über den Verlauf der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres 1983/84 (20.6.) kann Erik Fintelmann, Geschäftsführer der Adig Allgemeine Deutsche Investmentgesellschaft, München, nicht verhehlen. Kein Grund zum Klagen gibt dabei die Wertentwicklung der zehn Aktien- und Rentenfonds mit 3,4 Prozent beim ersten November auflegten Technologie-Fonds Aditec bis zu 11,0 Prozent beim Aditec sowie das um rund 248 Mill. auf 6,62 Mrd. DM gestiegene Fondsvolumen.

Getrübt wird die Freude dadurch, daß das Mittelfruchfluß bei den Aktienfonds trotz aller positiven Faktoren nicht den Erwartungen entsprach. Auf den ersten Blick verzeichnete die Adig hier zwar einen Zufluss von 174,2 Mill. DM gegenüber dem Abfluss von 51,2 Mill. DM im gleichen Vorjahreszeitraum. Zurückzuführen ist dies jedoch allein auf den neuen Aditec, der ein Mittelfruchfluß

DEUTSCHE SPAR / „Geld-zurück-Garantie“

Konsolidierung erfolgreich

HENNER LAVALL, Hamburg. Das „Jahr des Einzelhändlers“ soll die 5400 Geschäfte der Deutschen Spar gegen die verschärften Wettbewerbsbedingungen besser wappnen. Dafür hat sich die Zentrale der bedeutendsten freiwilligen Handelskette in Deutschland einiges einfallen lassen. Präsident Bernhard A. Schmidt präsenierte in Hamburg die neue Generation der „Sparmarken“, die das Programm der seit zwei Jahren bestehenden Namenlosen (Sparnamen) abrunden sollen. Die mit „Geld-zurück-Garantie“ ausgestatteten Produkte haben beim Verbraucher ein erfreuliches Echo gefunden, stellte Schmidt fest. Man könne nun für das Geschäftsjahr 1984 einen Gesamtumsatz von 10 Mrd. DM als realistisch anvisieren, davon 350 Mill. DM durch die 300 neuen „Sparmarken“.

Das vergangene Jahr stand bei der Spar noch im Zeichen einer „erfolgreichen Konsolidierung“. Mit 89 Geschäften fiel die Abschmelzungsrate (1,6 Prozent) so klein aus wie seit Jahren nicht mehr. Angesichts der Herausforderungen, die der Handel im letzten Jahr bewältigen mußte, konnte man bei Spar zufrieden sein. Der addierte Jahresumsatz aller selbst-

GRUNDKREDITBANK / Zwölf Prozent Dividende

Wieder kräftiges Wachstum

P. WEERTZ, Berlin. Im vergangenen Jahr ist die Grundkreditbank eG, Berlin, wieder kräftig gewachsen. Die Bilanzsumme stieg um 21,5 Prozent auf 1,63 Mrd. DM. Vor allem das Kreditgeschäft hat mit plus 27,6 Prozent auf 1,11 Mrd. DM beträchtlich zugenommen. Vorstandsvorsitzender Ulrich C. C. Jancke sieht im Kreditgeschäft einen „gewissen Durchbruch“ durch die Ausweitung des Kundenkreises über das Baugewerbe hinaus. Es sei deutlich geworden, daß die Grundkreditbank eine Universalbank mit breitem Leistungsspektrum sei und nicht nur ein Institut des Realcredits, betont Jancke. Mit dieser Entwicklung begründet Jancke die Expansion im Kreditgeschäft. Das Institut konnte interessante Kreditnehmer im gewerblichen Bereich – auch außerhalb Berlins – gewinnen.

Gleichzeitig wuchsen die Kundeneinlagen um 16 Prozent auf 1,2 Mrd. DM. Dabei nahmen die täglich fall-

Schachtel-Test

Frankfurt (Wb) – Die Gesellschaft für Automobilwerte mbH, Frankfurt, zu 50 Prozent im Besitz der Dresdner-Bank-Gruppe und zu jeweils 10 Prozent bei vier Versicherungsgesellschaften sowie der Erbsengemeinschaft Quanta, hat sich 1983 mit insgesamt 10 Prozent an der BMW AG, München, beteiligt. Die Dresdner Bank sieht in diesem Engagement ein Pilotprojekt, mit dem die Neuregelung des steuerlichen Schachtelprivilegs seit Jahresbeginn schon für 10 statt bisher 25 Prozent in der Praxis erprobt werden soll. Attraktiv ist dabei nicht nur die höhere Rendite, sondern auch die Möglichkeit, die Schachtel unter 10 (bisher 4) Gesellschaften aufzuteilen.

Aigner zahlt 22,5 Prozent

München (WVD) – Die Etlische Aigner AG, München, wird der Haupt-

versammlung für 1983 die Ausschüttung einer Dividende von 22,5 Prozent auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 8 Mill. DM vorschlagen. 1983 wurde eine Umsatzsteigerung um 7,4 Prozent auf 128,5 Mill. DM erzielt, der Gruppenumsatz erhöhte sich um 12 Prozent auf 166 Mill. DM.

Bremer Werftenfusion

Bremen (dpa/WVD) – Mit einer Kapitalerhöhung bei der Bremer Vulkan-Werft soll die Fusion des Schiffbauunternehmens mit der Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven eingeleitet werden. Der Vorstand wird einer Hauptversammlung der Vulkan-Werft AG am 28. März vorschlagen, das vorhandene Grundkapital um 10 auf 88 Mill. DM zu erhöhen und dazu 200 000 neue Inhaberschaften im Nennwert von 50 DM auszugeben. Die jungen Aktien sollen

zum Kurs von 125 DM ausgeben werden und ab 1. Januar 1984 gewinnberechtigt sein. 15 Mill. DM sollen in die offenen Rücklagen eingestellt werden. Die Hapag-Lloyd AG, der die Reparaturwerft in Bremerhaven bisher zu 100 Prozent gehört, tritt als Mitaktionär in die Vulkan-Werft AG ein.

Gerüchte um Lünebest

Hammer (dos.) – Schwieriger als vorgesehen gestaltet sich offenbar die Zusammenarbeit zwischen der Glücksspiele GmbH, Hamburg, und der Lünebest Molkerei Lünebest Hans Stamer KG. Eine Bestätigung der Gerüchte, wonach Glücksspiele sich von der im Herbst 1981 erworbenen 50-Prozent-Beteiligung an Lünebest wieder trennen will, war gestern nicht zu erhalten. Glücksspiele-Geschäftsführer Kurt Braun wollte aber auch nicht dementieren.

NWK / Keine zusätzlichen Brokdorf-Anteile

Konzepte benötigen Zeit

JAN BRECH, Hamburg. Die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), Hamburg, haben keine Absicht, von ihrem Partner, der Hamburgischen Electricitätswerken AG (HEW), zusätzliche Anteile am gemeinsamen Kernkraftwerk Brokdorf zu übernehmen. Das hat jetzt der Vorstandssprecher der NWK, Hermann Krämer, erklärt. NWK sei bei ihren Planungen von einem Anteil von 50 Prozent an Brokdorf ausgegangen, und es bestehe keine Notwendigkeit, von diesem Programm abzuweichen.

Kernenergie, so erklärte Krämer weiter, habe trotz immer wieder gegenteilig geäußelter Meinungen nach wie vor einen erheblichen Kostenanteil gegenüber anderen Primärenergien. Dies gelte unabhängig davon, daß durch kostspielige behördliche Auflagen ein Stück der Wirtschaftlichkeit verlorengegangen wäre.


Zur allgemeinen Lage in der Elektrizitätswirtschaft erklärte Krämer, daß sich die Stimmung durch die neu aufgekommene Diskussion über eine Entschärfung der bestehenden Kraftwerke wieder verschlechtert habe. Für die Forderung nach einer Entschärfung der Anlagen gebe es zur Zeit kein abgesichertes Verfahren.

Gleichwohl, so fügte Krämer hinzu, gehe die Elektrizitätswirtschaft auch in dieser Frage nicht auf Gegenkurs. Man müsse ihr aber Zeit einräumen, um ein tragfähiges Konzept zur Eindämmung der Emissionen von Stickoxiden zu entwickeln. Krämer nannte eine Spanne von 4 bis 5 Jahren. In der Frage der Entsorgung hält die Industrie nach den Worten von Krämer an der Lösung über eine Wiederaufarbeitung fest. Den Weg der direkten Endlagerung werde man nicht gehen.

New Issue

This announcement appears as a matter of record only.

February 1984



COMMERZBANK OVERSEAS FINANCE N.V.

(Incorporated with limited liability in the Netherlands Antilles)

U.S. \$ 100,000,000

Floating Rate Notes Due 1989 with Warrants to subscribe

U.S. \$ 100,000,000

11 3/4 % Notes Due 1989

Secured on Deposits with the New York Branch of

COMMERZBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Commerzbank Aktiengesellschaft
Credit Suisse First Boston Limited
Orion Royal Bank Limited

Arab Banking Corporation (ABC)
Crédit Lyonnais
Kidder, Peabody International Limited
Lehman Brothers Kuhn Loeb International, Inc.

LTCB International Limited
Merrill Lynch Capital Markets
Samuel Montagu & Co. Limited
Morgan Guaranty Ltd
Morgan Stanley International
S.G. Warburg & Co. Ltd.

FÜR JEDES SPARZIEL BRAUCHEN SIE EINE KAPITALANLAGE MIT EINER ANDEREN LAUFZEIT: DG BANK-OBLIGATIONEN.



Hinter diesen Wertpapieren steht die DG BANK, das Spitzeninstitut der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Zum derzeit verfügbaren Angebot gehören:

- Serie 35, Nominalzins 6 1/2 %, Laufzeit 2 Jahre
- Serie 32, Nominalzins 7 1/2 %, Laufzeit 3 Jahre
- Serie 36, Nominalzins 7 1/2 %, Laufzeit 4 Jahre
- Serie 40, Nominalzins 7 1/2 %, Laufzeit 5 Jahre
- Serie 37, Nominalzins 7 1/2 %, Laufzeit 8 Jahre
- Serie 38, Nominalzins 8 %, Laufzeit 10 Jahre

Informieren Sie sich, wie Sie 1.000, 5.000, 10.000 DM oder mehr sicher und mit guter Rendite in DG BANK-Obligationen anlegen können. Wenn Sie wollen, auch in effizienten Stückchen. Ganz in Ihrer Nähe: bei den Vermögensberatern der rund 4.000 Volksbanken und Raiffeisenbanken.

DG BANK, Postfach 28/28, Wessenhüttenstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (0611) 2680-2387, Telex 412 291.

Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken

DG BANK
Deutsche Girobank

Die Geschäftsbank mit der breiten Basis

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Witten

Redaktion: Axel Springer, Matthias Witten

Verwaltung: Axel Springer, Matthias Witten

Druck: Axel Springer, Matthias Witten

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Birkhoff

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Jürgen Krenz, Klaus Götzel, Peter Wenzel, Düsseldorf: Dr. Wilfried Hoyer, Frankfurt: Dr. Wilfried Hoyer, Hamburg: Dr. Wilfried Hoyer, Köln: Dr. Wilfried Hoyer, München: Dr. Wilfried Hoyer, Stuttgart: Dr. Wilfried Hoyer, Westfalen: Dr. Wilfried Hoyer, Württemberg: Dr. Wilfried Hoyer

Correspondenten (Inland): Joachim Wenzel

Ausland-Korrespondenten: WELTBAD: Berlin: Dr. R. A. Anderson, Peter Wenzel, Bonn: Dr. R. A. Anderson, Peter Wenzel, Frankfurt: Dr. R. A. Anderson, Peter Wenzel, Hamburg: Dr. R. A. Anderson, Peter Wenzel, Köln: Dr. R. A. Anderson, Peter Wenzel, München: Dr. R. A. Anderson, Peter Wenzel, Stuttgart: Dr. R. A. Anderson, Peter Wenzel, Westfalen: Dr. R. A. Anderson, Peter Wenzel, Württemberg: Dr. R. A. Anderson, Peter Wenzel

Correspondenten (Ausland): London: Peter Wenzel, New York: Peter Wenzel, Paris: Peter Wenzel, Rom: Peter Wenzel, Tokio: Peter Wenzel, Washington: Peter Wenzel

Verlagsleiter: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsdirektor: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsredaktion: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsverwaltung: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsdruckerei: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsvertrieb: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsabrechnung: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsanzeigen: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagskorrektur: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsredaktion: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsverwaltung: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsdruckerei: Axel Springer, Matthias Witten


Verlagsvertrieb: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsabrechnung: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagsanzeigen: Axel Springer, Matthias Witten

Verlagskorrektur: Axel Springer, Matthias Witten

Für Ihre präzise Finanzplanung sind DG BANK-Obligationen der Volksbanken und Raiffeisenbanken eine gute Wahl. Hier sind Sicherheit und hohe Rendite miteinander kombiniert und ein fester Rückzahlungstermin für Ihr Geld garantiert.



Ihr Geld können Sie zu verschiedenen angebotenen Jahresfristen anlegen, die sich nach Ihren Bedürfnissen richten: z.B. kurzfristig für Ihren Urlaub, mittelfristig für einen größeren Wagen oder langfristig für die Ausbildung/Aussteuer Ihrer Kinder. Am Fälligkeitstag werden die DG BANK-Obligationen zum vollen Nennwert wieder eingelöst. Hohe Zinsen sind die gesamte Laufzeit über garantiert.

Hinter diesen Wertpapieren steht die DG BANK, das Spitzeninstitut der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Zum derzeit verfügbaren Angebot gehören:

- Serie 35, Nominalzins 6 1/2 %, Laufzeit 2 Jahre
- Serie 32, Nominalzins 7 1/2 %, Laufzeit 3 Jahre
- Serie 36, Nominalzins 7 1/2 %, Laufzeit 4 Jahre
- Serie 40, Nominalzins 7 1/2 %, Laufzeit 5 Jahre
- Serie 37, Nominalzins 7 1/2 %, Laufzeit 8 Jahre
- Serie 38, Nominalzins 8 %, Laufzeit 10 Jahre

Informieren Sie sich, wie Sie 1.000, 5.000, 10.000 DM oder mehr sicher und mit guter Rendite in DG BANK-Obligationen anlegen können. Wenn Sie wollen, auch in effizienten Stückchen. Ganz in Ihrer Nähe: bei den Vermögensberatern der rund 4.000 Volksbanken und Raiffeisenbanken.

DG BANK, Postfach 28/28, Wessenhüttenstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (0611) 2680-2387, Telex 412 291.

Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken

DG BANK
Deutsche Girobank

Die Geschäftsbank mit der breiten Basis

Brand-Schutz

Die erschreckende Zunahme der Brandschäden in den letzten Jahren mit einer Gesamtschadenssumme von inzwischen 3,3 Milliarden Mark im Jahre 1982 (250 Millionen Mark 1960) zeigt, daß nur verstärkte Aufklärung Schlimmeres verhüten kann. In diesem Jahrzehnt muß in der Bundesrepublik Deutschland mit etwa 10 000 Toten und mehr als 12 000 Verletzten bei Bränden gerechnet werden. Das geht aus einer Studie der Versicherungsgruppe Deutscher Lloyd in München hervor. Die Studie: „Jede Stunde wird in der Bundesrepublik ein Kind zum Brandstifter.“ Und der Rat des Chefs der Münchener Feuerwehr, Karl Seeger: „Nehmen Sie Ihr Kind an die Hand, und besuchen Sie Ihre Feuerwehr.“ Es geht also beim Brandschutz in erster Linie um Aufklärung. Aber auch um vorbeugenden Schutz, damit es nicht immer kräftiger weiterbrennt.



„Es kann Ihnen nichts passieren. Die Filmz sind in einem feuerfesten Raum.“ Historische Lichtbildentnahme aus dem Bildband „Lichtspielhausarchitektur in Deutschland“, erschienen im Verlag Frölich und Kaufmann

Wenn Staub zu Sprengstoff wird

Wann immer von Explosionen und ähnlichen Katastrophen die Rede ist, überkommt den Menschen ein Gefühl der Machtlosigkeit. Gleichzeitig wird der Wunsch nach sich umfassend vor diesen Gefahren zu schützen. Besonders deutlich wird dies, wenn die Folgen von Staubexplosionen bekannt werden, also Explosionen von Stoffen wie Mehl, Getreide, Zucker oder Milchkaffee. Laien trauen diesen Stoffen keine Explosionsgefahr zu. In einer bestimmten Staub-/Luftkonzentration aber entstehen Explosionen, deren Kosten in Millionen-Höhe führen können.

Es gibt Möglichkeiten, auch diese Gefahren auszuschließen: Anlagen zur Unterdrückung von Staubexplosionen. Die Zerstörung von Prozessbehältern durch Staubexplosionen läßt sich mit Systemen verhüten, die bei einem definierten Druckanstieg Löschpulver freisetzen. Pyrotechnisch öffnende Ventile und empfindliche Detektoren gewährleisten ein schnelles Ansprechen der Explosions-Unterdrückungsanlage.

Bereits in der Anfangsphase lassen sich Explosionen in Behältern mit staubförmigen oder granuliertem Gut unterdrücken, indem innerhalb von wenigen Millisekunden aus Schnellausblasflaschen ausströmendes Löschmittel eine Flammensperre aufbaut. Die Flammfront der Explosion wird abgelöscht, bevor eine zerstörende Wirkung entsteht.

Für den Explosionschutz in Industriebetrieben hier eine Reihe von Anwendungsbeispielen: Dazu gehört der Schutz von Mahlanlagen für anorganische Farbstoffe, von Wirtelschichttrocknern für Weizenmehl, von Müllzerkleinerungsbetrieben, von Elevatoranlagen und von Feinmahlanlagen für Zellulose-Azetat.

Der Bedarf an Löschmittel und damit die Anzahl der Löschmittelbehälter wird entsprechend dem Volumen des zu schützenden Behälters und der Stoffkonstante des Produktes festgelegt. Bei einem organischen Pigment werden beispielsweise für ein Volumen von einem Kubikmeter zwei Löschmittelbehälter, für zehn

Kubikmeter sechs und für 100 Kubikmeter 30 Löschmittelbehälter benötigt. Die Löschmittelbehälter werden gleichmäßig an der Behälterwand verteilt. Sie lassen sich wahlweise direkt senkrecht oder waagrecht über ein Rohr mit 90-Grad-Winkel einbauen. Teleskopkugelhähnen im Inneren der Anschlußrohre sorgen für ein optimales Verteilen des Löschpulvers.

Als Löschflaschen dienen nahtlos gezogene Stahlzylinder, die jeweils vier Kilogramm Ammoniumphosphat enthalten und durch Stößtrockner unter einem Druck von 60 bar gehalten werden. Das Öffnen der Ventile geschieht pyrotechnisch. Die Fünftel-Liter-Flasche hat einen Ventilauslaß von drei Viertel Zoll. Während die 3-Zoll-Flasche zur eigentlichen Explosionsunterdrückung dient, ist die Drei-Viertel-Zoll-Flasche in erster Linie als Flammensperre bestimmt.

Aus einer großen Anzahl von verfügbaren Meldern werden im Normalfall für die industrielle Explosionsunterdrückung meist Druckdetektoren benutzt. Diese Sensoren haben eine Membran mit Kontaktfeder und geben beim Erreichen oder Überschreiten des vorher eingestellten Ansprechdruckes das Auslösesignal für die Löschmittelbehälter. Um Fehlauslösungen zu vermeiden, sind jeweils zwei Detektoren in Serie geschaltet, deren Druckmembranen um 90 Grad zueinander versetzt sind. Üblicherweise wird ein Ansprechdruck der Detektoren von 0,1 bar gewählt.

Nach dem Ansprechen der Druckdetektoren löst die Zentrale eine Ansteuerung der Löschmittelbehälter, der Berstscheiben und der Schnellschlußklappen aus. Die elektrischen Impulse führen dann zum Zünden der Sprengkapseln und Schneidschnüre. Eine Steuereinheit umfaßt meist mehrere Explosionsunterdrückungslinien. Die Zentrale überwacht sämtliche Eingänge auf Drahtbruch. Sie prüft außerdem den Kapselfreislauf auf Drahtbruch. Ebenfalls gemeldet werden eine Entladung des Kondensators und das Entfernen der Batterien.

(S. L.)

Zur Teezeit machten die Pilger Feuer an Bord

Die Verkehrsflucht registrierte zwischen 1960 und 1980 rund zweihundert Vorfälle mit Feuer oder starker Rauchentwicklung an Bord von Flugzeugen. Vierzig dieser Vorkommnisse mußten als Unfälle eingestuft werden. In einer Reihe von Fällen kamen Passagiere und Besatzungsmitglieder ums Leben, weil sie - durch starken Rauch und giftige Gase beeinträchtigt - nicht mehr in der Lage waren, sich zu retten.

Von KARLHANS MÜLLER

Ein schwerster Brandunglück kam am 19. August 1980 301 Menschen ums Leben. Sieben Minuten nach dem Start einer Lockheed L-1011 TriStar erteilte im Cockpit eine akustische Rauchwarnung. Nach einer Inspektion der Kabine meldete der Fliegenführer: „Nur Rauch!“ Der Kapitän kehrte um und forderte über Funk die vorsorgliche Unterstützung der Feuerwehr an. Auf einmal konnte die Cockpit-Crew den Schub des im Heck installierten Triebwerks des dreistrahligen Großraumflugzeugs nicht mehr regeln. Wie später die Untersuchungskommission feststellte, waren die Kabel durchgeschmort.

Acht Minuten nach der Rauchwarnung wurde Feuer in der Kabine gemeldet. Unter den Passagieren begann sich Panik zu verbreiten. Obwohl der Copilot und der Fliegenführer darauf drängten, über Funk den Notfall zu erklären und bereits eine sofortige Evakuierung nach der Landung anzuordnen, traf der Kapitän keine Entscheidung. Als die TriStar 26 Minuten nach der Rauchwarnung landete, waren keine Anzeichen einer Beschädigung zu erkennen.

An giftigen Gasen und am Rauch erstickt

Die Frage der bereitstehenden Rettungsmannschaften, ob ein Eingreifen erwünscht sei, wurde lediglich mit einem „Warten Sie!“ beantwortet. Bald stieg unter dem Rumpf weißer Rauch auf. Ganze sieben Minuten nach der Landung kam aus dem Cockpit der letzte Funkspruch: „Wir versuchen jetzt zu evakuieren.“ Da für was aber zu spät. Die Türen waren darauf von Passagieren blockiert, daß sie sich nicht von innen öffnen ließen. Nachmals vertriehen sich Minuten, bis die Rettungsmannschaften begannen, die Türen von außen zu öffnen. Zu diesem Zeitpunkt erlitt eine Feuerwalze die gesamte Oberseite des Rumpfes. Passagiere und Besatzungsmitglieder waren längst erstickt und toxischen Gasen ausgesetzt. Der Schmelzbrand, der im Heck der TriStar ausgebrochen war, entwickelte sich wegen des unglaublichen Verhaltens des Fliegenführers zur Katastrophe.

Die Boeing 707 einer südamerikanischen Fluggesellschaft befand sich am 11. Juli 1973 beim Anflug auf Paris in 2400 Meter Höhe rund 40 Kilometer von Orly entfernt, als der Fliegenführer die Flugsicherung über ein „Problem mit Feuer an Bord“ unterrichtete und um Genehmigung für eine Notlandung bat.

Der hintere Teil der Kabine war verrauchert. Innerhalb der nächsten drei bis vier Minuten überschlugen sich die Ereignisse. Schnell drang der Rauch bis ins Cockpit vor. Der Chefsteward meldete, Passagiere seien bereits bewußtlos. „Totales Feuer“ ließ der Pilot die Radarlotsen wissen, als sich das Flugzeug noch in etwa 900 Meter Höhe befand. Dann brach der Funkkontakt ab.

Die Auswertung des aus den Trümmern geborgenen Voice Recorders ergab, daß die Cockpit-Besatzung

Sauerstoffmasken und Rauchbrillen angelegt hatte, aber vor lauter Qualm nicht einmal mehr die Instrumente sehen konnte. Der Fliegenführer rief das Seitenfenster auf und steckte den Kopf heraus, als er den Jet fünf Kilometer vor der Landebahnswelle auf einem Gartengelände aufsetzte.

Augenzeugen sahen eine Rauchfahne, die an der Wurzel des Höhenleitwerks aus dem Rumpfaustrat. Bei der Außenlandung brach das Fahrwerk ab. Das Flugzeug verlor alle vier Triebwerke und den linken linken Flügel, bevor es zum Stehen kam.

Erst sechs bis sieben Minuten nach dem Crash brachen Flammen am Heck durch die Oberseite des Rumpfes. Nur einer von 117 Passagieren und zehn der 17 Besatzungsmitglieder überlebten die Katastrophe. Die 123 Opfer sind nicht verbrannt, sondern an giftigen Gasen und dem Rauch erstickt, der sich bei dem Schmelzbrand entwickelte. Er wurde durch die Sorglosigkeit eines Fluggastes verursacht, der in einer Toilette im Heck eine Zigarette in den Abfallbehälter für Papierhandtücher geworfen hatte.

An Woll kann Feuer sich nur schwer entflammen

Sobald die Unfallursache geklärt war, wurde in der Verkehrsflucht der gesamte westliche Welt ein striktes Rauchverbot in Toiletten eingeführt. Zugleich erging eine Vorschrift, die Abfallbehälter brandstiftend zu konstruieren, so daß ein durch Zigarettenstängel oder ein brennendes Stück Papier hervorgerufenes Feuer sich nicht jenseits des Behälterinhalts fortzupflanzen kann. Alle Verkehrsflugzeuge sind entsprechend umgerüstet worden.

Die Luftkabinen sind noch ein übriges: Sie baute zusätzliche Feuerlöscher ein, die bei knapp 80 Grad Celsius durch eine Schmelzsicherung automatisch hinter der Verkleidung aktiviert werden. Veranlassung dazu gab die Erkenntnis, daß die in den neuen Bauvorschriften geforderte Dichtigkeit der Behälter im ständigen Einsatz nur schwer zu erhalten ist.

Bei dem Unfall nahe Paris hatte sich das Feuer hinter den Verkleidungen und in den Kabinenschächten, in denen sich im Laufe der Zeit Staub ansammelt, unerkannt fortgepflanzt, so daß giftige Brandgase in die Kabine gelangten. Es ist nicht übertrieben, Perfektionismus, wenn bei einer Fluggesellschaft in bestimmten Abständen Kabinenschächte gesäubert werden. Hinter Wand- und Deckenverkleidungen verborgene Brände sind tödlich.

Dagegen ist es kein Problem, in der Kabine sichtbare Feuer, wie sie - das ist kein Witz - beispielsweise Melktpilger zur Teezubereitung während des Fluges entzündet haben, zu löschen. An Bord stehen nicht nur genügend Feuerlöscher zur Verfügung. Jedes Besatzungsmitglied ist dafür ausgebildet und im Umgang mit den Halonlöschern, die für sämtliche Brandklassen geeignet sind, trainiert.

Für Sitzbezüge und Bodenbeläge an Bord von Verkehrsflugzeugen wird Woll verwendet, weil dieses Material von Natur aus schwer entflammbar ist. Das Gewebe ist zusätzlich behandelt, so daß wenig Rauchgas entsteht. Beim Wareneingang werden jeder neuen Lieferung verschiedene Proben zu Untersuchung in der Brennkammer entnommen. Bei zwölf Sekunden Bedammung ist eine Nachbrenndauer von fünfzehn Sekunden erlaubt.

Bei den Materialien, die die Luftkabinen ausstatten, liegt die Nachbrenndauer lediglich zwischen einer und drei Sekunden. Wiederholt gingen schon ganze Fertigungsmengen an den Hersteller zurück, weil sie den hohen Anforderungen nicht entsprachen. Auch bei dem umfangreichen

Borddienstmaterial von Decken bis Kunststofftaschen wird auf Schwerentflammbarkeit und geringe Rauch- sowie Giftgasemission geachtet.

Für die Vorhänge, die an Bord zur Abtrennung der Klassen oder Abschirmung der Küchenbereiche dienen, setzt die Luftkabinen schwer entflammbares Polyester ein, das aus dem Flammbereich herausgeschmolzt, während sich in diesem Fall bei Woll die durch die Kaminwirkung der Fäden die Flamme erhalten kann. Die hohen Standards haben freilich auch ihren Preis. Beispielsweise könnte die Luftkabinen allein bei den Sitz- und Rückenpolstern aus Schaumgummi jedes Jahr rund 800 000 Mark sparen, wenn sie ein anderes, behördlich noch erlaubtes Material verwenden würde.

Große Anstrengungen sind unternommen worden, für die Luftfahrt nicht nur Materialien, die bei einem Brand wenig Qualm und giftige Gase freisetzen, zu entwickeln, sondern auch noch realistischere Testbedingungen und -verfahren festzulegen. Hinsichtlich Rauch und Giftgasen gibt es von den Behörden noch keine quantifizierten Auflagen.

Auf freiwilliger Basis und im Vorgriff auf zu erwartende Vorschriften hat die Airbus-Industrie im Mai 1979 in ihrer Spezifikation ATS 1000, die beim Bau der A 310 und aller neuer Airbusse angewandt wird, Höchstwerte für die Rauchentwicklung und für die Freisetzung von Giftgasen im Brandfall festgelegt. Nach 90 Sekunden darf beispielsweise die Kohlenmonoxid-Konzentration 3000 ppm (parts per million), nach vier Minuten 3500 ppm nicht überschreiten. Bei Schwefeldioxid liegen die Höchstwerte bei 50 ppm nach 90 Sekunden und 100 ppm nach vier Minuten. Die Spezifikation nennt auch Höchstwerte für Chlor-, Fluor- und Zyanwasserstoff (Blausäure) sowie für Nitrosegmente. Ähnliche Limitierungen werden inzwischen auch Boeing und andere Hersteller an.

Nach Messung der einzelnen Parameter ist das Ergebnis als Prozentwert zur zugewiesenen Maximalkonzentration zu erfassen. Die Addition aller Prozentzahlen führt zum kombinierten Feuer-Test-Index. Dieser Summenwert muß unter 100 Prozent liegen. Die Bauvorschrift ATS 1000, die sich der Fluggesellschaft selbst auferlegt hat, führte dazu, daß die Airbus-Industrie auf die Anwendung von PVC und ähnlicher Materialien vollkommen verzichtet.

Höchstens 90 Sekunden zur Evakuierung der Passagiere

Zu den Zeitspannen, nach denen gemessen wird, ist noch eine Anmerkung erforderlich: Zur Zulassung eines Verkehrsflugzeugs muß in einer Demonstration der Nachweis erbracht werden, daß die Evakuierung einer voll besetzten Kabine höchstens 90 Sekunden beansprucht, auch wenn nur die Hälfte der Notausgänge zur Verfügung stehen sollte. Toxische Gase treten somit erst nach der Evakuierung in gefährlicher Konzentration auf.

Eins freilich können weder Flugzeughersteller noch Luftverkehrsunternehmen beeinflussen: die Kleidung der Passagiere und das, was sie im Handgepäck an Bord bringen. Aus gutem Grund sind Sprühdosen nicht erlaubt: sie wirken bei einem Feuer wie kleine Explosivkörper. Nylonstrümpfe schmelzen bei Hitzeentwicklung und verkleben mit der Haut. Manches Sommerkleid besteht aus einem leicht brennbaren Gewebe, das die Trägerin in eine brennende Fackel verwandeln kann. Trotz schwerer Unfälle ist umstritten, daß zu Hause allein durch Zigarettenstängel, die auf das Negligé fiel, mehr Frauen ums Leben kamen als Fluggäste durch Brandeinwirkung.

DIN 18230 - Brandschutz nach Maß für den Industrie- und Hallenbau

Im Baugenehmigungsverfahren oder im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Brandschau unterscheidet man zwischen geringer, mittlerer, hoher und sehr hoher Brandbelastung. Die Bewertung hängt heute noch in starkem Maße davon ab, welche Erfahrung und Einstellung der Beurteilende im Umgang mit Brandlasten hat.

Die Einschätzung wirkt sich auch auf die Bauteilanforderungen der zuständigen Bauaufsichtsbehörde aus. In der Vergangenheit hat dies bei gleicher Nutzung und sonstigen Gegebenheiten (Abstand zu anderen Gebäuden, Grenzabstand, harte Bedachung, Zugänglichkeit für die Feuerwehr) zu unterschiedlichen Auflagen für die Bauteile geführt.

Verschiedene Beurteilungen

Oft ist es vorgekommen, daß die Brandschutzdienststelle in Köln sich für eine Bauteilanforderung F 90 ausspricht, die Berufsfeuerwehr in Berlin aber sagt, F 30 sei ausreichend. Daß dies jedoch für den Bauherrn

nicht selten Mehr- oder Minderkosten von einigen 100 000 Mark bedeuten kann, bleibt meist außer acht.

Um diesen Ermessensspielraum einzuzengen und dem Mangel an Beurteilungssicherheit abzuwehren, bietet die DIN 18230 „Baulicher Brandschutz im Industrie- und Hallenbau“ die Möglichkeit, mit verhältnismäßig geringem Aufwand über eine Brandlastberechnung zu Ergebnissen zu kommen, die sehr nahe an der Wirklichkeit liegen.

Deshalb benutzen schon viele Brandschutzingenieure, Berufsfeuerwehren und Bauaufsichtsbehörden eine Brandschutzberechnung nach Vornorm DIN 18230 als Entscheidungshilfe für einen vernünftigen „Brandschutz nach Maß“, indem sie sich Anschluß darüber verschaffen, ob Bedenken wegen des Brandschutzes bestehen oder Erleichterungen von den Anforderungen der Bauordnung gewährt werden können.

Für den Beurteilenden ist es zunächst eine ungewohnte Sache, aufgrund von tatsächlichen oder erwartenden Brandlasten Anforderungen an die Feuerwiderstandsfähig-

keit der tragenden Bauteile stellen zu müssen. Wer jedoch einmal verfolgt hat, wie die sorgfältige Erfassung der brennbaren Stoffe in einem zum Vergleich herangezogenen Betrieb oder beim Industrieanlagen aufgrund der Planungsdaten erfolgt, faßt Vertrauen in die Methode, die sicher mehr Gerechtigkeit als früher bietet.

Keine Aufweichung

Um eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen, sei eines jedoch deutlich gesagt: Eine Brandschutzberechnung nach DIN 18230 bedeutet keinesfalls eine Aufweichung des bisherigen Sicherheitsniveaus. Sie soll dem Beurteilenden vielmehr objektiv anzeigeln, wo verschärfende Anforderungen notwendig und wo andererseits Erleichterungen zulässig sind.

Der Deutsche Stahlbau-Verband, Köln, hat vielfältige Erfahrungen mit der Anwendung der Vornorm DIN 18230 und ist auch bereit, Auskünfte über die Praxis der Brandlastermittlung zu erteilen.

KARL-HEINZ HALFKANN

Mit mehr System zu mehr Sicherheit.

Brandeiliger als der Brand: Frühwarnsysteme von TN.



Gefahren erkennen, Schutzmaßnahmen einleiten - das muß Sache von Sekunden sein. Und das ist daher Sache von elektronischen Gefahrenmeldeanlagen von TN: Vom einfachen Brandmelder, der auf Rauch, Wärme oder Flammen anspricht, bis hin zur Gefahren-Meldezentrale UGM 2010 für Feuer, Überfall und Einbruch. Diese Großzentrale übernimmt sämtliche Überwachungsfunktionen, löst Alarmsignale und Steuerbefehle aus, leitet automatisch gezielte risiko- und schadenmindernde Maßnahmen ein, registriert Details auf einem Drucker, informiert über Alarm- und Lagepläne.

UGM 2010 von TN ist daher das bewährte Sicherheitssystem für Industrie, Handel, Banken, Polizei und Feuerwehr. Ausbaufähig nach den Anforderungen der Aufgabe. Schreiben Sie uns, wenn Sie mehr darüber wissen wollen. Damit etwas geschieht, bevor bei Ihnen etwas passiert.

Senden Sie mir aktuelle Druckschriften und Ihre „TN-Notizen“.

Name

Firma

Anschrift



Telefonbau und Normalzeit
Beispielhafte Informations- und Kommunikations-Systeme
Abt. VM-W 4383
Postfach 4432
6000 Frankfurt a. M. 1

Einmal jährlich muß die elektrische Anlage zum TÜV

Ein erheblicher Teil der Entschädigungsleistungen der Feuerversicherer ist auf Mängel in den elektrischen Anlagen zurückzuführen. Veröffentlichungen von Versicherern ist zu entnehmen, daß der Anteil der Brände, die auf das Ursachenkonto Elektrizität gehen, bei 20 bis 25 Prozent, bezogen auf die Entschädigungssumme, liegt.

Von FRITZ KAUP

Wenn man die Anzahl der Schäden betrachtet, so liegt die Schadensursache Elektrizität bei 35 Prozent, das heißt, jeder dritte Brand ist auf elektrische Ursachen zurückzuführen. Diese Tatsache veranlaßt die Feuerversicherer, in ihren Versicherungsbedingungen eine jährliche Prüfung der elektrischen Anlagen in Fabriken und gewerblichen Anlagen durch eine Überwachungsstelle zu fordern, die vom Verband der Sachversicherer anerkannt sein muß.

Der Technische Überwachungs-Verein Rheinland ist eine solche Überwachungsstelle und in dieser Eigenschaft laufend mit der Beurteilung elektrischer Anlagen im Hinblick auf die Brandsicherheit beauftragt, wobei sich die Maßnahmen gegen Brandgefahren nicht immer streng von Maßnahmen gegen Berührungsfahren trennen lassen.

Die regelmäßige Prüfung elektrischer Anlagen unter dem Aspekt des Brand- und Unfallschutzes wird in einer Reihe von weiteren Vorschriften gefordert, beispielsweise in baurechtlichen Verordnungen für Geschäftshäuser, Versammlungsräume, Großgaragen, Krankenhäuser und Schulen. Diese Prüfungen sind von Sachverständigen durchzuführen, die vom zuständigen Ministerium anerkannt sind. Weiterhin werden Prüfungen elektrischer Anlagen nach gewerberechtlichen Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften und VDE-Bestimmungen gefordert. Zweck wiederkehrender Prüfungen ist es, Schäden und Mängel in den elektrischen Anlagen rechtzeitig zu erkennen und abzustellen.

Generell müssen elektrische Betriebsmittel richtig ausgewählt und richtig eingesetzt werden, sie müssen den Beanspruchungen am Einbaort gewachsen sein. Darunter sind so-

wohl elektrische Einflüsse als auch äußere Einflüsse (Umgebungstemperatur, Feuchtigkeit, Staub, Gas, Dämpfe oder mechanische Beanspruchungen) zu verstehen. Mit elektrischen Beanspruchungen ist gemeint, daß die Nennspannung der Betriebsmittel mindestens gleich der Nennspannung des Netzes sein muß, und daß die Betriebsmittel entsprechend den Kurzschlußbeanspruchungen an der Einbaustelle ausgewählt werden müssen.

Die bestimmungsgemäße Verwendung der elektrischen Betriebsmittel wird in der Regel nur von Fachleuten beurteilt werden können. Hierzu ein Beispiel: Leuchtstoff-Leuchten und auch Glühlampen-Leuchten entwickeln beim Betrieb Wärme. Wenn solche Leuchten auf brennbaren Befestigungsfächen, beispielsweise Holz, montiert werden, müssen Bauarten eingesetzt werden, die für diesen Zweck geeignet sind.

Das trifft zu für sogenannte F-Leuchten. Eine Leuchtstoff-Leuchte ohne F-Kennzeichen auf Holz montiert, wäre nicht bestimmungsgemäß eingesetzt und bedeutet eine Brandgefahr.

Wenn elektrische Betriebsmittel bestimmungsgemäß verwendet werden, können sich dennoch Brandgefahren aus betrieblichen Überlastungen der Geräte und der Kabel und Leitungen oder durch Erd- und Kurzschlüsse ergeben.

Ablilfe gegen betriebliche Überlastung kann durch Überlastungs-schutz für Geräte und durch Überstromschutz von Kabeln und Leitungen geschaffen werden. Ein Überlastschutz kommt für alle motorisch betriebenen Geräte in Betracht, die im Extremfall festgebrannt und dann überlastet werden können.

Der Überstromschutz von Kabeln und Leitungen ist im Sinne des Brandschutzes ein besonders wichtiger Bereich. Kabel und Leitungen können mit Rücksicht auf die Wärmebeständigkeit ihrer Isolierung nur bestimmte maximale Dauertemperaturen vertragen. Bei Überschreitung der zulässigen Höchsttemperaturen sinkt die Lebensdauer und damit die Betriebssicherheit. Die Brandgefahr wächst bei Schäden an der Isolierung.

Der Überstromschutz für Kabel und Leitungen besteht aus Einrichtungen, die den Überlast- oder Kurzschlußstrom unterbrechen, bevor ei-

ne schädliche Erwärmung hervorgerufen wird. Überlast tritt auf, wenn der zulässige Strom durch zu viele gleichzeitig eingeschaltete oder falsch dimensionierte, zu große Stromverbraucher überschritten wird. Kurzschluß entsteht durch Isolationsfehler zwischen betriebsmäßig gegeneinander oder gegen Erde (unter Spannung) stehenden Punkten. Für den Überstromschutz, also den Überlast- und Kurzschlußschutz, eignen sich im wesentlichen Schmelzsicherungen und Leitungsschutzschalter, sogenannte Automaten.

Die zulässige Dauerbelastung von Kabeln und Leitungen ist in den VDE-Bestimmungen festgelegt. Bei der Dimensionierung ist eine Reihe von Einflussfaktoren, wie Verlegetiefe, Umgebungstemperatur und Häufigkeit, zu berücksichtigen. Unter Beachtung dieser Hinweise und weiterer Detailspezifikationen wird jedem Leiterquerschnitt ein höchstzulässiger Sicherungsnennwert zugeordnet. Bei Stromkreisen mit Steckdosen muß die Absicherung nicht nur auf die zulässige Belastung der Leitungen, sondern auch auf den Nennstrom der angeschlossenen Steckdosen abgestimmt werden, um Überlastungen von Steckdosen zu verhindern.

Die Einhaltung des ordnungsgemäßen Zustandes ist eine weitere Maßnahme zur Vermeidung von Brandgefahren und in gleicher Weise auch von Berührungsfahren. Hierzu gehört die Verpflichtung, regelmäßige Prüfungen vorzunehmen. Dabei ist die Beurteilung des Isolationszustandes von Leitungen und Kabeln im Sinne des Brandschutzes von erheblicher Bedeutung. Beschädigungen der Isolierung werden durch Beschichten der Anlage und durch Isolationsmessungen ermittelt.

Zu den Brandgefahren, die von elektrischen Anlagen ausgehen, zählen im weiteren Sinne auch Durchtrittsstellen von einem zum anderen Brandabschnitt. Erfahrungsgemäß liegen hier, besonders bei älteren Anlagen, oft Mängel vor, durch die eine Übertragung von Rauch und Feuer in andere Brandabschnitte möglich ist. Durchtrittsstellen müssen mit geeigneten Schottungsmaterialien abgedichtet werden.

Der Autor ist Leiter des Fachbereichs Elektro- und Gebäudetechnik beim TÜV-Rheinland in Köln

In zwei Minuten am Brandherd

Dreizehn Prozent aller tödlichen Flugunfälle werden durch Brände nach Bruchlandungen verursacht. Das Feuer wird meist durch freigesetzten Kraftstoff ausgelöst. Die Tanks einer Boeing 747 fassen bis zu 197 000 Liter Kerosin. Bei einer Temperatur zwischen 500 und 600 Grad Celsius beginnt die Rumpfbeheizung aus Aluminium zu schmelzen.

Wesentlich besser halten einem Feuer die aus Kunststoff gefertigten Paneele an den Seiten und an der Decke der Kabine stand. Aber bei 1000 bis 1100 Grad Celsius geben auch sie nach. Bereits bei einem Anstieg der Umgebungstemperatur auf 70 Grad Celsius sind die Körperfunktionen des Menschen eingeschränkt; bei 200 Grad Celsius setzen schwere Verbrennungen ein. Als Maximum, das fünf Minuten lang toleriert werden kann, werden allgemein 140 Grad Celsius angesehen.

Angesichts dieser Tatsachen kann die Devise nur lauten: Raus, so schnell wie möglich raus. Deswegen wurde bei den neuesten Evakuierungsrutschen die Ausfluszeit von sieben auf drei Sekunden reduziert. Zudem ist das Material der Rutschen nicht mehr "Frisenener"-gelb, sondern aluminiumbeschichtet. Damit wurde die Standfestigkeit gegenüber Hitze ein wenig erhöht.

Beim Jumbo-Jet kostet eine solche Evakuierungsrutsche, die im sehr unwahrscheinlichen Fall einer Notwasserung auch als Floß dient, über 35 000 Mark. Selbstverständlich ist jede der acht Türen der Boeing 747 mit einer Rutsche ausgestattet. Hinzu kommen noch Evakuierungshilfen für die Notausgänge über den Tragflächen und aus dem Oberdeck. Auch

wenn nur jeder zweite Ausgang benutzt werden kann, darf die Evakuierung eines bis auf den letzten Platz besetzten Flugzeugs höchstens anderthalb Minuten dauern.

Innerhalb zwei, höchstens drei Minuten muß die Flughafen-Feuerwehr jede Stelle an den Start- und Landebahnen erreicht haben, und zwar mit sämtlichen Löschfahrzeugen. Das schreiben die neuen Richtlinien des Bundesverkehrsministeriums vor, die aufgrund einer Empfehlung der Internationalen Verkehrsflugfahrtorganisation ICAO erlassen worden sind. Das letzte Fahrzeug darf nicht später als sechzig Sekunden nach dem ersten am Einsatzort eintreffen, wo auch immer er liegen mag.

Jede Sekunde zählt

Mehr noch als sonst gilt bei Flugzeugbränden: je schneller die Feuerwehr zur Stelle ist, desto größer die Erfolgschance. Ist nach einem Flugunfall Feuer ausgebrochen, zählt jede Sekunde. Deswegen werden erhebliche Anstrengungen unternommen, das Tempo zu steigern. Die Feuerwehr der Flughafen Frankfurt (Main) AG (FAG), die genau hundert Aktive umfaßt, benötigt zum Ausrücken tagtäglich etwa 30 und nachts rund 45 Sekunden. Ein Teil der elf Millionen Mark, die die Flughafengesellschaft 1983 in den Brandschutz investiert, dient dazu, noch schneller zu werden.

In ihrer Planung für die nächsten zehn Jahre geht die FAG-Feuerwehr nur noch von einem Fahrzeugtyp für die Flugzeugbrandbekämpfung aus. In enger Zusammenarbeit mit der Industrie wurde ein Großflughafen-Löschfahrzeug konzipiert, dessen Wasservorrat von 12 000 Litern bin-

nen zwei Minuten vollständig in Form von Löschschaum eingesetzt werden kann. Außerdem führt der neue Typ 2000 Kilogramm Löschpulver mit; die Ausstoßrate beträgt 50 Kilogramm pro Sekunde.

Erstmal werden getrennt zwei Schaummittelkomponenten mitgeführt: eins auf Proteinbasis und AFFF mit einem flüchtigen Zusatzmittel. Zusätzlich zu dem auf dem Dach montierten Hauptwenderohr erhalten die Fahrzeuge einen Frontmonitor, um auch unter Flugzeugtragflächen wirkungsvoll eingreifen zu können. Die Umschaltung von Pulver auf Schaum erfolgt auf dem Knopfdruck. Zur Ausstattung gehören Selbstschutzanlagen, insbesondere für die Räder, so daß dicht am Brandherd operiert werden kann.

Eine wesentliche Forderung der Experten ist, daß die neuen Fahrzeuge nicht mehr als 40 Tonnen Gesamtgewicht, eine tiefe Schwerpunktlage und eine ausgeglichene Achslastverteilung aufweisen, so daß auch in Kurven hohe Geschwindigkeiten möglich sind. Es versteht sich von selbst, daß alle vier Achsen angetrieben werden.

Für den neuen Fahrzeugtyp ist der modifizierte Motor des Leopard-II-Panzers mit 1250 PS vorgesehen. Er soll in 25 Sekunden für eine Beschleunigung aus dem Stand auf 80 km/h und für eine Höchstgeschwindigkeit von mindestens 125 km/h sorgen. Fachleute schätzen die Kosten je Einheit auf etwa 1,8 Millionen Mark. Bis zum Sommer 1984 sollen auf Rhein-Main die ersten beiden Fahrzeuge der völlig neuen Baureihe bereitstehen. Insgesamt sind im Laufe

der achtziger Jahre sechs Einheiten vorgesehen, die nach und nach vorhandene Löschfahrzeuge ablösen.

Die ICAO stuft den Frankfurter Flughafen in die Kategorie 9 ein. Das bedeutet, daß in den Löschfahrzeugen ständig mindestens 36 400 Liter Wasser zur Verfügung stehen müssen. Vorgeschrieben ist ferner eine Ausstoßrate von mindestens 13 500 Liter Wasser pro Minute, wobei sich durch die Verschäumung die Menge verdieben- bis verzehnfacht.

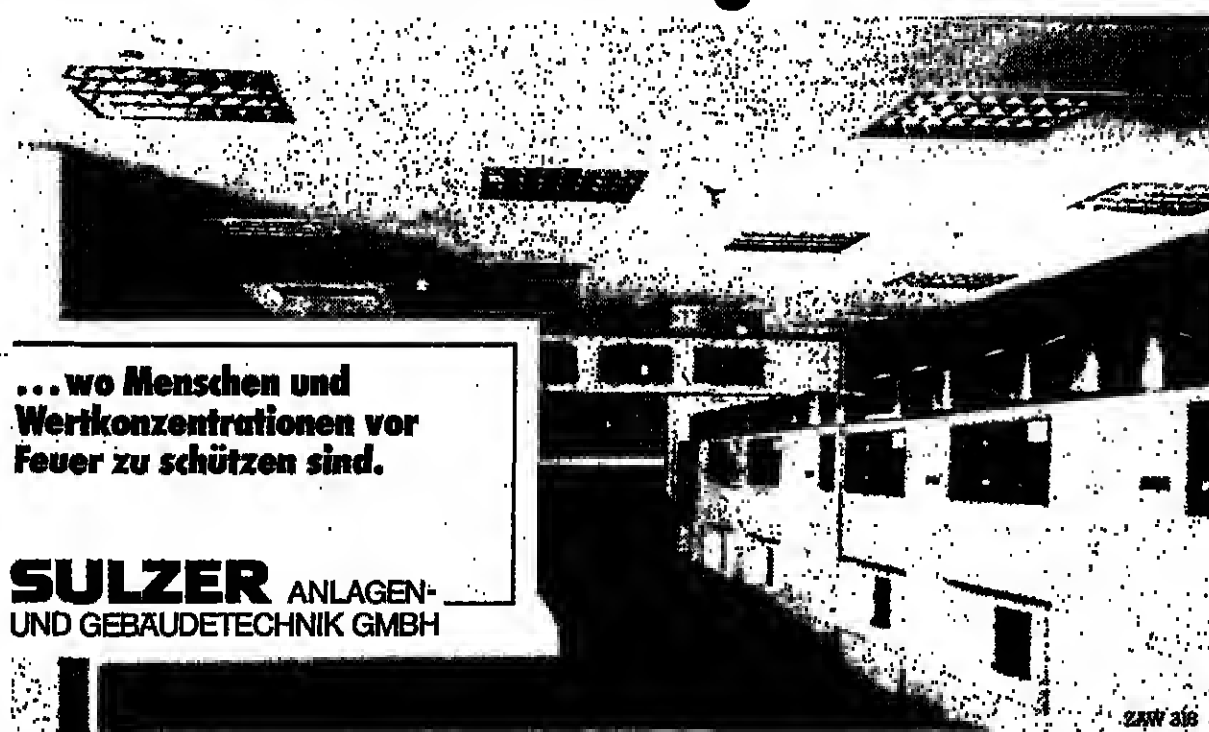
Die Löschfahrzeuge, über die die Frankfurter Flughafen-Feuerwehr heute verfügt, führen insgesamt 57 000 Liter Wasser und 16 000 Kilogramm Trockenlöschmittel mit. Das Rückgrat bilden drei Kolosse mit mehr als 50 Tonnen Gesamtgewicht und 1000-PS-Motoren; ihre Kapazität beträgt 18 000 Liter Wasser beziehungsweise 12 000 Kilogramm Löschpulver.

Erst Pulver, dann Schaum

Die Strategie sieht vor, Kraftstoffbrände zuerst durch Pulver zu ersticken und unmittelbar darauf wegen der Rückzündungsgefahr alles mit Schaum einzudecken. Bei einem Flächenbrand hält die Flugzeugzelle zwischen 90 Sekunden und maximal drei bis vier Minuten den Flammen stand, obwohl der Rumpf von Großraumflugzeugen bis zu fünf Millionen starken Blechen aus Aluminiumlegierungen beplankt ist.

Wenn auf dem Frankfurter Flughafen eine Notlandung bevorsteht, rücken stets die FAG-Feuerwehr und die Fire Brigade der US Air Force gemeinsam aus; die gegenseitige Hilfeleistung ist vertraglich zwischen der Flughafen AG und der Air Force abgesichert. (kfm.)

Halon-Brandschutzanlagen...



... wo Menschen und Werkkonzentrationen vor Feuer zu schützen sind.

SULZER ANLAGEN- UND GEBÄUDETECHNIK GMBH

Energietechnik, Holzwerktechnik, Raumlufttechnik, Sanitärtechnik, Brandschutztechnik, Wasser- und Abwassertechnik

Sulzer Anlagen- und Gebäudetechnik GmbH, Postfach 1303, 7000 Stuttgart 1, Telefon: (0714) 6494-0, Telex 723630

Augsburg, Berlin, Bremen, Butzbach, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Ludwigshafen, Mannheim, München, Nürnberg, Singen, Stuttgart, Ulm, Würzburg

Versuchs-Objekt

Die Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) in Berlin und der TÜV Hannover wollen die Erforschung der Brandschutzmaßnahmen für oberirdische Flüssiggasanlagen intensivieren. Im Rahmen dieser Untersuchungen fand Ende des vergangenen Jahres auf dem BAM-Außengelände in Lehre bei Braunschweig ein Versuch statt, bei dem die Auswirkungen eines Unfallfeuers auf einen ungeschützten Tank festgestellt werden sollten. Nach Schätzungen wird die Zahl der Autogastankstellen bis Mitte der 80er Jahre auf 1500 steigen. Derzeit existieren rund 700 Gastankstellen, von denen etwa 200 mit mobilen Kompaktanlagen (sie bestehen aus einem 5000-Liter-Tank und angebaute Zapfsäule) ausgestattet sind.

Geschenk-Idee

Die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen erhalten 24 von der Polizei ausgerichtete Wasserwerfer als Geschenk. Die Werfer mit 5000 Liter fassenden Wassertanks sollen vornehmlich den Wehrern zugeteilt werden, die große Waldflächen oder lange Autobahnabschnitte überwachen müssen, kündigte der Vorsitzende des Landes-Feuerwehrverbandes, Klaus Schneider, Hamm, an. Obwohl die Werfer, die "abgerüstet" und rot gespritzt werden, keinen Allradantrieb haben und keine vollständige Löschgruppe transportieren können, freute sich Schneider mächtig über das Geschenk: "Es war eine Klasse-Idee der Polizei, diese Wagen uns zu schenken und nicht zu verschrotten. Wir können noch mehr davon gebrauchen."

Ganz obenauf: das „Toplicht“ von Eberspächer!

Die Dachlandschaften über unseren Produktions- und Lagerhallen, Ausstellung- und Sportbauten haben sich im letzten Jahrzehnt ganz wesentlich verändert: Die überbauten Flächen wurden größer, die Stützabstände weitmaschiger, die Dachkonstruktionen leichter, die Oberlichter flexibler. Das Toplicht von Eberspächer hat diese Entwicklung seit 10 Jahren mitgemacht und vielleicht sogar ein wenig mit beeinflusst. Heute ist das Toplicht ausgewachsen zu einem äußerst wirtschaftlichen Tageslicht-, Lüftungs- und Brandschutz-System.

Die Wirtschaftlichkeit ergibt sich u.a. durch Leistungsbündelung, weil das Oberlicht (einschließlich selbsttragender Zargen!), die Lüftungsanlagen (einschließlich elektrischer oder pneumatischer Steuerungen!) und die RWA-Geräte (einschließlich Thermo-Automatik und Alarmsystem!) aus einer Hand geliefert und fixiert montiert werden.

Drei aktuelle Beispiele mögen die Attraktivität und den Erfolg des Eberspächer-Toplicht belegen:

Nr. 1: Bei der neuen Fertigungshalle der Vereinigten Flugtechnischen Werke bzw. MBB in Bre-

men ging es in erster Linie um einen hohen und gleichmäßigen Tageslichtquotienten und um schnelle Luftwechsel. Nach intensiven Preis-Leistungs-Vergleichen entschied man sich schließlich für 32 Stück Toplicht à 36 m auf selbsttragenden Stahlblechzargen, abwechselnd mit Trapezblechplatten über den First verlegt, bestückt mit 38 pneumatisch gesteuerten Lüfterklappen, dazu in Kombischaltung 64 RWG.

Nr. 2: Die May-Werke forderten für ihre Produktionsstätten in Erftstadt-Köttingen nicht nur gute Raumausleuchtung und einen



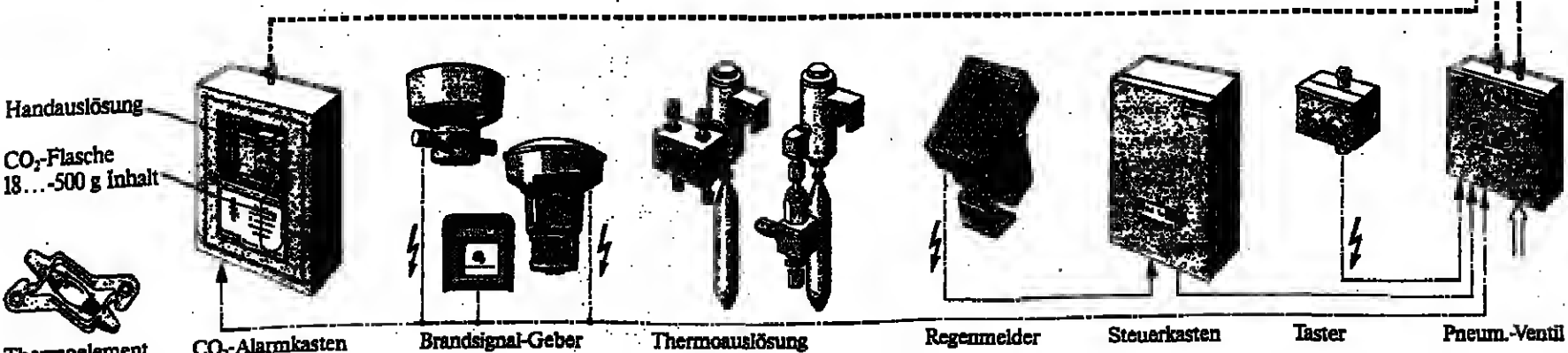
wirkungsvollen vorbeugenden Brandschutz, sondern gemäß TÜV auch ein bewertetes Schalldämmmaß von R_w 41-42 dB! Architekt H. Kohle aus Bonn löste die Aufgabe mit 950 lfdm Toplicht auf selbsttragenden lamellenverleimten Holztragsystemen mit unterhängigen Schallschutzdecken, dazu 87 integrierten Rauch- und Wärmeabzugsgeräten.



Nr. 3: Sicherheit am Arbeitsplatz, so lautet die Daimler-Benz-Prämisse für die neue Fertigungshalle in Berlin-Mariefelde. Es ging um helle Arbeitsplätze, um ein gesundes Arbeitsklima, um wirkungsvolle Brandrauchgeräte und... um einen günstigen Preis. Eingebaut wurden schließlich 60 Toplicht-Einheiten von insgesamt 750 lfdm, ausgerüstet mit 150

größdimensionierten RWA-Geräten mit Thermo-Automatik und Kombisteuerung zur täglichen Lüftung.

Besorgen Sie sich zur Beantwortung und zur Planung die ausführliche Toplicht-Druckschrift mit allen technischen Details sowie den Bildprospekt und die Referenzliste direkt von J. Eberspächer, 7300 Esslingen, Eberspächerstr. 24.



TOTAL WALTHER-Feuerschutz: Damit Ihr Unternehmen nach einer Zigarettenpause nicht auf der Kippe steht.



Brandschutz beginnt für TOTAL WALTHER schon lange vor Feuer und Flammen:

Unser Ionisations-Rauchmelder reagiert bei entsprechend eingestellter Ansprechempfindlichkeit bereits auf den Rauch einer Zigarette und löst Alarm aus!

Dabei ist Sensibilität nur die eine Seite unserer Brandschutzanlagen. Auf der anderen Seite sind sie schnell, bedarfsgerecht und zuverlässig.

Vor allem aber sind sie umfassend. D.h., es gibt für jede Situation den geeigneten Brandschutz.

Stationäre Löschanlagen, Brandmeldeanlagen, tragbare Feuerlöschergeräte, fahrbare Feuerlöschergeräte, Schaumlöschergeräte, Löschfahrzeuge, chemische Löschmittel, Feuerwehrrüstung und Arbeitsschutz.

TOTAL WALTHER Feuerschutz GmbH

Postfach 858380, 5000 Köln-Dellbrück, Tel. (0221) 67 95-0, Telex 858334

Postfach 1120, 6800 Ludwigshafen, Tel. (06203) 75-1, Telex 465 020

TOTAL WALTHER

Ein Unternehmen im KILPP-Konzern

Teure Kunst, billiger Trost

mar - Kunstbücher sind ein teures Vergnügen geworden. Deshalb schließen als Ersatzlieferanten jetzt allenthalben die Kunstkatalog-Vertriebe aus dem Boden. Denn die durch öffentliche Subventionen und Druckkostenzuschüsse billig gehaltenen Ausstellungskataloge haben sich inzwischen zu einer verhängnisvollen Konkurrenz für die normale Kunstbuchproduktion erwiesen. Das hatten wohl zuerst Fröhlich & Kaufmann in Berlin erkannt, die mit einem Verkaufsstand im Museum begannen und sich zu einem großen Katalog-Versand entwickelten. Dieser Erfolg beflügelte natürlich auch andere.

Aber für die Nachahmer genügt es nicht, nur dasselbe zum selben Preis anzubieten. Sie müssen sich schon noch ein Extra einfallen lassen. Das hat die Münchner Firma „Kunst im Katalog“ getan. Sie teilt dem präsumptiven Kunden nicht nur mit, daß er z. B. den Katalog der Alex. Colville-Ausstellung in Toronto/Berlin/Köln/Vancouver für 49,80 Mark erwerben kann, sondern fügt noch die Fußnote „Kunst und Preise“ hinzu. Und da steht dann: „Die Preise für Gemälde nähern sich dem DM 100 000. Ein kleineres Aquarell war 1982 für DM 3500 zu erhalten.“

So erfährt der Kunstliebhaber, der sich mit dem sparsamen Katalogwerk begnügen muß, daß auf ihn für 600 000 bis 900 000 Dollar in „einer bekannten New Yorker Galerie“ Original-Bildnis-Gemälde warten, oder daß eine signierte Zeichnung von Beckmann es bei einer Auktion auf 30 000 Mark brachte, während ein großformatiges Gemälde von Turner für 2,5 Mill. (ob Pfund oder Mark bleibt offen) versteigert wurde.

Offen bleibt bei diesen Mitteilungen auch, ob sie als Anregung, als Trost oder als Beleg für das Wilhelm-Busch-Zitat gedacht sind: „Enthaltsamkeit ist das Vermögen an Sachen, welche wir nicht kriegen.“

Mannheim: B. Nicholson

Das Summen romanischer Klöster

Daß manchmal das Fernste das Nächste sein kann, ist nicht nur bei Heidegger oder Laotse nachzulesen, man kann es auch in sinnlicher Form aus den Radierungen und Reliefs eines Malers erfahren, der die englische Kunst der Gegenwart wie sonst nur Henry Moore oder Barbara Hepworth in die kontinentale Linie eingeführt hat: Ben Nicholson. Die Kunstwerke in Mannheim hat ihm jetzt eine sehenswerte Ausstellung seiner Radierungen eingerichtete, die aus der Zusammenarbeit mit François Lafranca entstanden sind.

Begonnen hat die 1894 in Denham geborene Maler mit einem variablen Kubismus, hat sich dann über den Purismus Ozenfant und Le Corbusiers dem Neoplatizismus genähert. In den Radierungen, die in Mannheim gezeigt werden, sind die kubistischen, lyrischen Strategien dann auch sehr deutlich. Mancher Betrachter wird diese verborgenen Säulen, diese schiefen Bögen und ineinanderlaufenden, transparenten Architekturen für verzeihlich halten. Aber damit haben die Sachen natürlich nichts zu tun. Dennoch, die Mischung von konstruktiver Abstraktion und gegenständlicher Weltlichkeit mag durchaus einfachere Ursachen haben, als man gewöhnlich annimmt.

Was sich oft ohne Zirkel und Lineal einfach über den Daumen gepußt und dem schlichten Augenmaß vertraut in schöner Ungenauigkeit entfaltete, das war ursprüngliche Architektur. Die Klangfiguren der inneren Radierungen (Rhodos und Olympia, die Landkirchen und Dome in der Toskana, in Siena und Pisa, in Apulien oder sonstwo im mediterranen Bereich) schlugen sich zu Kunstgebilden nieder, die zum großen Zeugnis der englischen Lyrik wurden. Denn, das ist es vor allem, die Kantilene, der Gesang der Linie, aber auch die schöne Spannung der Flächen, die von ihr eingeschlossen werden.

Simplität wird hier zum höchsten Raffinement und zu vollendeter Klarheit dazu. Und es sind nicht nur Architekturen, es sind auch die Stilleben, die Gläser, die bauchigen Krüge, die Flaschen, Teller und Schalen, die Berglinien und die Kuppeln, die türkischen Sonnenuhren und die romanischen Klöster, sie alle summen und singen mit in diesem Gefüge der Linien und der sich überlagernden Konsonanzen. Und manchmal ist's nicht nur die Linie allein, sondern ein leise gesetzter Tonwert, der die inneren Abläufe verknüpft und sie in einen imaginären Raum einbindet. Wo auch immer Nicholson seinen Radierstift ansetzt, immer ist da die wohl abgestimmte Lautenmusik, der man lauschen muß - wie einem Philosophen. (Bis 4. März)

HERBERT ALBRECHT

Der „exemplarische Mensch Jesus“ und die theologischen Freizeithistoriker

Lernen bei Eduard Meyer

Es ist angesichts der gängigen theologischen Diskussionen ein wahrer Genuß, die drei Bände „Ursprung und Anfänge des Christentums“ wieder zu lesen, die der große Altertumsforscher Eduard Meyer 1920-23 veröffentlicht hat. Die Lektüre ist aufschlußreich und genussreich, auch wenn Meyer den Katholizismus spöttisch die polytheistischste Religion der Welt nennt, die Reformation als Rückkehr zum Monotheismus feiert, die Gottheit Christi rundweg als Unsinn erklärt und sich über die Auf- und Abnahme des Fleisches lustig macht. Er findet es „rührend zu sehen, mit welcher Naivität vielfach auch die intellektuell höchsten Männer an Gebilden festhalten, die doch lediglich Spiele ihrer Phantasie sind“. Und zu diesem Satz fügt er unter dem Stich diese völlig aus dem Rahmen einer historischen Arbeit fallende Anmerkung: „Ein Mann wie Roscher (sc. der Verfasser des zehnbändigen griechisch-römischen Mythologie-Lexikons) hat in seiner Selbstbiographie sich ausgemalt, wie im Himmel sein Verhältnis zu seiner früh verstorbenen Tochter sich umwandeln und er von ihr erzogen und immer weiter in der geistigen Erkenntnis fortgebildet werden wird.“

Der zweite Band, der diese Anmerkungen enthält, ist im Todesjahr Roschers erschienen. Ich hoffe, daß der 73-jährige alte Mann die Taktlosigkeit Meyers, mit dem er in besten wissenschaftlichen Beziehungen stand, nicht zu Gesicht bekam. Aber man sieht an dieser ungewöhnlichen Anmerkung, wie leidenschaftlich Eduard Meyer die spätere Entwicklung des Christentums, auch wenn er sie gelegentlich „Entfaltung“ nennt, ablehnt.

Da Meyer aber ein Historiker mit profunden Quellen- und Sprachkenntnissen der antiken Welt war und ungeheurer Geschicklichkeit, kam er immer wieder zu beherzigenswerten Erkenntnissen. So wie er, um nur ein Beispiel zu nennen, die Geschichtsspekulationen schon der damaligen Theologen zurück, die in Paulus einen „Hellenisten“ sahen.

Der griechische Sprachstil des Paulus war für gebildete Griechen in Wahrheit schauerhaft, seine Gedankenwelt entsprang ganz und gar dem Judentum. Gewisse Übereinstimmungen mit Mystikern, Unsterblichkeitsgedanken, Vergeistigung der Götter und Vergöttlichung großer Menschen, schreibt Meyer, „sind auch den Christen nicht verborgen geblieben; aber sie ziehen daraus die umgekehrte, schon vom Judentum vorbereitete Folgerung, daß alle heidnische Weisheit nichts sei als Plauderei.“

Der Wettbewerb der Berlinale: Griechen und Russen liegen gut im Rennen

Aus Deutschland ein Kafka in Schwarz

Halbzeit bei der Berlinale - und noch immer spuket Ettore Scola's schöner Film „Der Ball“ in den Köpfen der Filmfans herum und wird als starker Anwärter auf den Goldenen Bären gehandelt - der griechische Beitrag „Rembetiko“ freilich macht ihm jetzt harte Konkurrenz. Auch dies ist ein Film, in dem die Musik dominiert und der fast fünfzig Jahre Geschichte streift. Er tut das jedoch nicht wie Scola's „Ball“ auf komödiantisch-karikierende Weise, sondern eher im Stil der antiken Tragödie.

Der 48-jährige Regisseur Costas Ferris führt in diesem seinem fünften Film tief in Traditionen seines Landes ein. Seinen Helden, vor allem der jungen Sängerin Marika, deren fiktive Lebensgeschichte er erzählt, wird der Rembetiko - ein griechischer Gesang, der in Inhalt und sozialer Bedeutung dem amerikanischen Blues verwandt ist - zum Schicksal. Nach einer armen Kindheit und nach langen Kapiteln leidvoller griechischer Geschichte, die Marika selbst bewußt durchlebt, macht sie in Amerika Karriere, kehrt, heimwehkrank, nach Athen zurück und wird hier eher zufällig von Straßenrüberern entführt. Mit ihr sterben auch ihre Lieder. Ein ungewöhnlich eindringlicher Film in Moll.

Heiter gibt sich dagegen Pjotr Todorowski' „Frontromanz“ aus der UdSSR. Man erwartet ein zähes Epos aus Kriegstagen und wird überrascht mit einem Stückchen ganz unorthodoxen russischen Alltags. Sascha, ein junger Rekrut, verliebt sich im Kriegsjahr 1944, während er im Schützengraben Wache schiebt, in die Stimme einer Frau, die aus der Erdhütte seines Kommandeurs dringt. Sie ist die Geliebte des Leutnants, und Sascha wahr respektvollen Abstand. Doch das Lachen und Singen dieser Frau erleichtert ihm das Leben an der Front. Er träumt von ihr immer gerade dann, wenn er eigentlich schlafen müßte. Nach dem Krieg - er ist längst mit einer anderen Frau verheiratet - trifft er das Frontmädchen an einer Straßenecke von Moskau wieder, wo sie Pirogen verkauft, verhärtet und zynisch, ärmlich gekleidet und ziemlich vulgär. Ihr Geliebter ist gefallen, sie selbst aus der Bahn geworfen.

Sascha's alte Liebe, jetzt mit großem Mitleid gepaart, wird noch einmal wach. Und es gelingt ihm mit sehr viel Geduld, die Frau wieder zu erwärmen, ihre Schönheit und ihr La-

giat der weit älteren jüdischen Offenbarung.“

Meyer wäre wohl in Gelächter ausgebrochen, hätte er etwa die protestantische Theologin Sölle sagen hören: „Die Weltmachtsgeschichte erzählt, wie Gottes Frieden in die gespaltene Welt eintritt... Er ist eine Nachricht vom anderen Leben für die, die unter der pax romana leiden, eine Nachricht, die später auch in das reiche und auf seine Weise todessüchtige Zentrum gelangt. Die Nachricht von einem Frieden, der nicht auf Unterdrückung und Militärdiktatur aufgebaut ist, hat es nicht leicht: Ihre Boten werden überhört, zum Versinken gebracht und totfalls wie Paulus, mitten im Zentrum der Macht von der Staatspolizei beseitigt.“

Was die soziale Sprengkraft des Christentums wirklich betrifft, so kann man bei Meyer die historischen Fakten nachlesen. Die Weigerung, von den Göttern verliehenen Majestas des Kaisers zu huldigen, war eine Verweigerung der politischen Loyalität. Meyer: „Auf politischem Gebiet ist eine solche Weigerung offene Rebellion und führt, wenn sie geduldet wird, zur Revolution. Derartige Gedanken lagen nun freilich den Christen ganz fern; aber an der Sache konnte das nichts ändern. In solchen Konflikten gibt es keine Lösung. Im Begriff der Rechtsidee und ihrer Verkörperung im Staat liegt die Zwangsgewalt beschlossen... Der Staat setzt voraus, daß alle römischen Bürger sich formell zu den Göttern des Staats bekennen, und verlangt von allen Untertanen mit Ausnahme der durch Sonderprivilegien eximierten Juden, daß sie den zu Reichsgöttern konsekrierten Kaisern und vor allem dem regierenden Kaiser durch religiöse Huldigung mit Wein und durch Anrufung des Genius des Kaisers die schuldige Ehrung erweisen.“

Man konnte also, anders als im alten Griechenland, öffentlich über die Götter spotten, aber man konnte nicht die Huldigung vor der kaiserlichen Majestas verweigern. Vor allem nicht mit der Bestreitung des Staatsrechts und der Berufung auf ein höheres christliches Gottesrecht. Zur Abwehr solcher Majestätsverbrechen bedurfte es keines besonderen Gesetzes; es ergab sich aus dem römischen Staatsrecht. Erst viel später, als die Zahl der Christen wie eine Überschwemmung anschwellte, suchten mehrere Kaiser, als erster Decius, die staatsgefährdende Christenreligion total zu vernichten, freilich vergeblich. Die schließlich juristische „Lösung“ - Christentum als Staatsreligion - ist bekannt. Aber moderne

Theologen tun so, als sei das alles nicht bekannt. Wenn katholische Theologen heute schreiben, z. B. Seidensticker: „Die Berichte vom Ostermorgen und den Ostererscheinungen sind so verschiedenartig und widersprüchlich, daß eine kritische Wissenschaft gegen diese Überlieferungen zumindest Bedenken anmelden muß“, dann wollen wir doch sofort einen althistorischen kritischen Wissenschaftler hören, nämlich Erich Sauer, den Herausgeber der nachgelassenen Schriften Eduard Meyers.

Sauer sagt zu solchen pseudohistorischen Eskapaden: „Als Althistoriker muß ich erklären: Die Quellen für die Auferstehung Jesu in ihrer relativ großen Widersprüchlichkeit im einzelnen stellen für den Historiker gerade ein Kriterium außerordentlicher Glaubwürdigkeit dar. Denn wäre das die Konstruktion einer Gemeinde oder einer sonstigen Gruppe, dann wäre sie lückenlos geschlossen und einleuchtend. Daher ist jeder Historiker dann besonders skeptisch, wenn ein außergewöhnliches Ereignis nur in völlig widersprüchlichen Darstellungen berichtet wird.“

Die theologischen Freizeithistoriker haben also allen Grund, den echten Historikern aus dem Weg zu gehen. Aber sie möchten halt auf der Höhe der Wissenschaft sein, übrigens auch der Naturwissenschaft. Bitte keine Wunder, so sagen sie. Und wissen nicht, daß die Naturwissenschaft nur die meßbare, experimentierbare, mathematische Dimension der Welt behandelt. Von der Wissenschaft droht dem Glauben nur die Gefahr von Mißverständnissen, und umgekehrt.

Wenn einer sagt, er könne nicht an Wunder glauben, frage ich ihn nach der Gottheit Christi. Kommt er mir mit dem „exemplarischen Menschen Jesus“, weise ich ihn auf den exemplarischen Menschen Sokrates hin. Sagt er, der Mensch Jesus sei von Gott zum Herrn der Kirche eingesetzt worden, dann frage ich ihn, wieso er plötzlich an dieses Wunder glaube. Dann kommt die Antwort, daß sehe man an dem langdauernden Bestand der Kirche. Da darf gelacht werden, der Buddhismus besteht schon etwas länger.

Die modernen Theologen zerstören mit unverdienten naturwissenschaftlichen und historischen Argumenten den Glauben an den Gottmenschen. Was übrig bleibt, sind philanthropische oder sozialrevolutionäre Gruppen mit besserwisserischen politischen Senkungsbewußtsein. Vielen Dank!

RUDOLF KRÄMER-BADONI

chen neu hervorzubringen. Die Straßenszenen aus dem wintlichen Moskau, die sich stark an Chaplins „Lichter der Großstadt“ anlehnen und von ihm auch inspiriert sind, stecken voller Charme. Ein guter Film, der einer Anzeigung wert wäre.

Um die Sorgen und Nöte junger Menschen von heute geht es dem Franzosen Maurice Pialat in „Auf das was wir lieben“. Pialat zeichnet sensibel das Porträt einer Fünfzehnjährigen, die Missus Drama „Man spielt nicht mit der Liebe“ für eine Schüleraufführung einstudiert und dabei zu erkennen glaubt, sie selber sei unfähig zu lieben. In der Familie und im Freundeskreis ist sie ein Außenseiter. Ihr Vater, dem sie sich als einziger verbunden fühlt (brillant in dieser Rolle Pialat selbst), hat die Familie verlassen, die Mutter ist hochneurastisch, der Bruder wild und aggressiv. Das Mädchen sucht Bestätigung und ein bißchen Glück in den Armen von Zufallsbekanntschaften aus der Dische und am Café, gerät dadurch jedoch immer tiefer in die Einsamkeit. Ein Film, der betroffen macht, mit einer schauspielerischen Entdeckung, der 17-jährigen Sandrine Bon-

naire, einem Mädchen mit unglaublich traurigen Augen und einem gerade steinernen Lächeln.

Junge Menschen stehen auch im Mittelpunkt von Jean-Marie Straubs „Klassenverhältnisse“, dem ersten der vier deutschen Wettbewerbsfilme. Der 16-jährige Karl Rossmann wird - weil ein Dienstmädchen ihn verführte - aus der Familie verbannt und nach Amerika geschickt. Auf der Überfahrt freundet er sich mit einem Heizer an, dem er helfen will, als er glaubt, der Mann werde auf dem Schiff unversehrt behandelt. Im Büro des Kapitäns trifft er per Zufall seinen Onkel, der ihn zunächst bei sich in New York aufnimmt, ihn aber bald wieder fallenläßt. Rossmann zieht mit ein paar wilden Typen kreuz und quer durch Amerika, findet Arbeit und verliert sie wieder. Immer ist eine Kette unglücklicher Umstände schuld. Rossmann ist am Boden, und er kommt auch nicht wieder hoch.

Die Geschichte ist bekannt, sie stammt von Kafka. An dessen „Amerika“-Fragment hält sich Straub wortgetreu. Er läßt die Schauspieler Originaltext sprechen, freilich so zäsuriert und verknäult, daß sie unwillkürlich komisch wirken. Straub findet klare, akustische, statische Bilder in Schwarzweiß, die Kafka durchaus gemäß sind, aber man fragt sich doch, was dieses angestrengt experimentelle Opus im offiziellen Wettbewerb zu suchen hat.

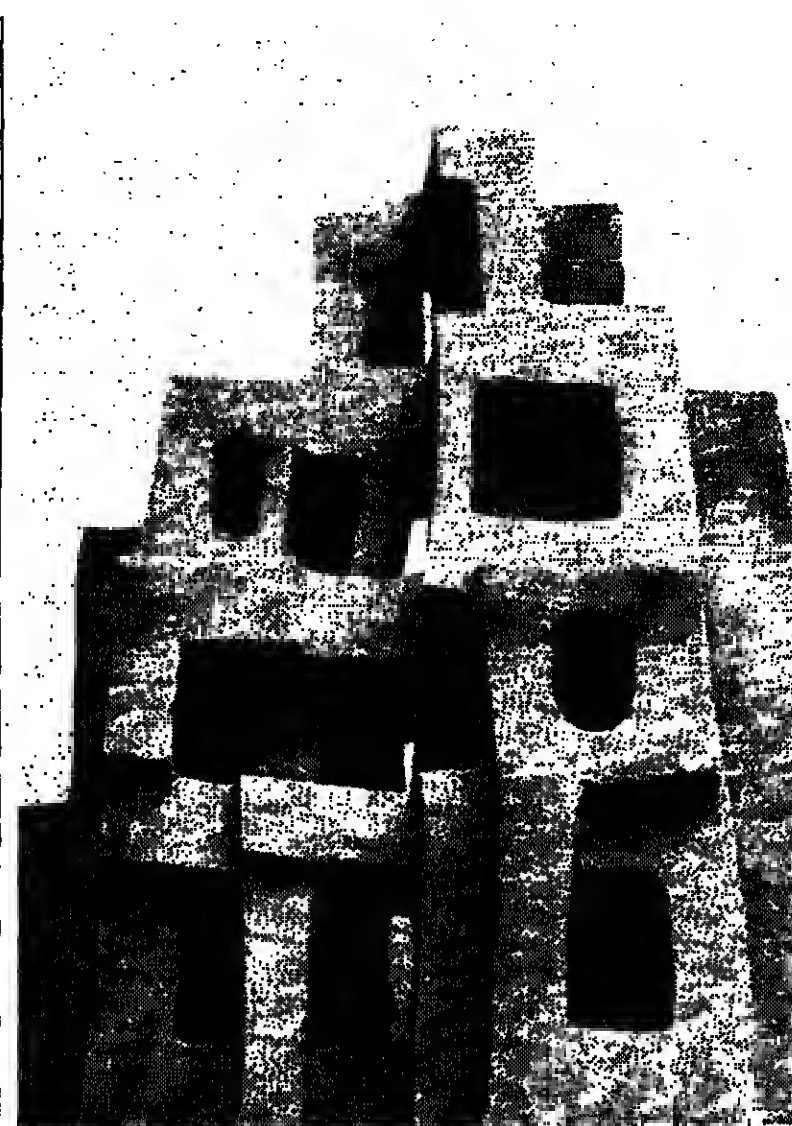
Hollywood alter Schule boten dagegen zwei Filme am Rande des Festivals, die außer Konkurrenz liefen. Das war die für elf Oscars nominierte „Zeit der Zärtlichkeit“, ein Bühnenstück aus dem Alltag einer amerikanischen Mittelstandsfamilie von James L. Brooks, das in Kürze auch bei uns anlaufen wird (Wir kommen darauf zurück). Und Bob Fosse präsentierte „Star 80“, die authentische Geschichte von Glanz und Elend einer kleinen Serviererin (Mariel Hemingway unversehrt naiv), die Hugh Hefner zu „Playboy's Playmate 1980“ kürt, die auch beim Film Karriere machte und schließlich von ihrem eifersüchtigen Ehemann und Manager erschossen wurde. Fosse bleibt in diesem Film jedoch weit unter seinem Niveau. In Berlin emste der Regisseur von „Cabaret“ und „All that jazz“ denn auch nur sehr wenig Beifall.

Alles in allem: Eine Halbzeit mit unbestrittenen Glanzlichtern, die auf die zweite Hälfte des Festivals netzgerig macht. DORIS BLUM



Viel Musik und viel Trübsal: Szene aus „Rembetiko“

FOTO: DIE WELT



Erinnerungen an archaische Sakralbauten: „Mère Roche“ (1974), Zinnplastik von Parvina Curie

FOTO: DIE WELT

Troyes: Zeichnungen und Skulpturen von P. Curie

Wie Tempel der Urzeit

Vorbildlich für die künstlerische Aktivität in der französischen Provinz ist das Museum in Troyes. Es besteht erst seit 1978 und liegt im ehemaligen Bischofsitz der Stadt. Seine Existenz verdankt es einer Stiftung aus dem Straßburg stammenden Industriellen Pierre Lévy. Dieser entdeckte in den dreißig Jahren seine Leidenschaft für moderne Kunst, insbesondere für die Fauvisten. Seine Sammlung vereinigte wichtige Werke von Braque, Puy, Matisse, Dufy, Friesz, Vlaminck, Ferner, Vaillard, Courbet und Millet. Wer beispielsweise das Werk André Derains studieren möchte, darf die Reise nach Troyes nicht scheuen, um die mehr als 80 Objekte dieses Meisters zu sehen.

Die Stadt, nur 150 km von Paris entfernt, besitzt den idyllischen Charme der französischen Provinz. Der junge Museums-Konservator Philippe Chabert hat sich vom Einfluß der Metropole freigegeben und sein eigenes Programm entwickelt. Er ist übrigens sehr für deutsche Kultur aufgeschlossen, hat in Köln studiert und eine Dissertation über den in Deutschland geborenen Maler Helmut Koller geschrieben, eine Entdeckung des Sammlers und Kritikers Wilhelm Uhde. Philippe Chaberts Geschmack wird durch die Klassische Moderne bestimmt, mit Schwerkriegs nach Frankreich. Junge Künstler seiner Wahl stehen außerhalb avantgardistischer Experimente.

So gibt er mit seiner neuesten Ausstellung einen Überblick über das traditionell gebundene Werk der Bildhauerin Parvina Curie (Jahrgang 1936), die 1982 mit einer umfangreichen Einzelschau im Dortmunder Museum am Ostwall zu sehen war. Die Künstlerin ist Trägerin des begehrten Bourdelle-Preises.

Die Originalität von Parvina Curies Skulpturen besteht darin, daß sie architektonisch gebaut und dabei von stark archaischem Zuschnitt sind. Ihre monumentalen und blockartigen Formen stehen wie Stele außerhalb der Zeit. Sie bilden Gehäuse der Unaktualität, seit Jahrtausenden über-

kommen, Chiffren der ersten Einheit von Form und Sensibilität. Die baubühnenartigen Plastiken mit dem breit ausladenden Fundament und dem kantig gefügten Gerüst darüber sind barocker Beiläufigkeit oder Effekte. An ihrer noblen Schlichtheit scheitern literarische Kommentare.

Parvina Curies bevorzugte Strukturen sind massive Balken, gestufte Quadern, verkannte Sockel oder auch dicke, breitausladende Deckplatten, einfache Formen also, die mit elementarem Gleichgewicht zu einander schräg nach oben hin gebaut sind. Sie geben dabei Eindrücke, Rechteckigen, Kreisförmigen oder Ausbuchtungen frei. Manche Skulpturen evokieren primitive Sakralbauten oder gar kühle Ur-Tempel, lassen an Kultstätten denken, an ein Dasein ohne den todbringenden ontologischen Riß.

Parvina Curie ist eine klassische Bildhauerin, deren bevorzugtes Material Holz ist, das sie selbst bearbeitet. Andere Großplastiken hat sie aus selbstgeschliffenen Betonquadern gefertigt. Daneben gibt es auch gegossene Aluminium- und Bronzeskulpturen. Die Gouachen und Zeichnungen sind lineare und flächenhafte Entsprechungen der plastischen Gebilde, sozusagen deren zeichnerische Analysen und vereinfachende Synthesen, mitunter von einem seltsam spröden Reiz in der Formgebung und Linienführung.

Der skulpturale Stil von Parvina Curie ist auf eine persönliche Weise ungenügend, eine Synthese aus Gestalten, Bildhaufen und Bauen, eine Projektion archaischer Formen und Ideen. Ihre Kunst symbolisiert vielerlei: Sie ist Projektion und Abwehr, Zufucht oder Ort, an dem Entfremdung fremd ist, Nähe zur Mutter Erde, zum Wachsen und Weiben in der Natur, Natura naturans. Parvina Curie ist eine bewußt anti-avantgardistische, doch moderne, weil illusionslose Künstlerin, der die Essenz am meisten, die Existenz der Dinge viel, ihr Schein aber nur wenig bedeutet.

WOLFGANG SAURE

JOURNAL

Die Pläne des RSO unter Riccardo Chailly

gd. Berlin Riccardo Chailly und Peter Ruzicka, Chefdirigenten und Intendant des Radio-Symphonie-Orchesters Berlin, die beide ihre Verträge bis 1987 verlängert haben, stellten gemeinsam ein aufsehenerregendes Programm für die kommende Spielzeit vor. Sie kündigten 14 Novitäten an: Uraufführungen u. a. von Isang Yun, Bussotti, Rihm, Krzyztof Meyer und Trojahn. Die Hälfte aller Konzerte wird Chailly selbst leiten. Zu den Solisten gehören u. a. Martha Argerich, Vladimir Ashkenazy, Justus Frantz, Peter Frankl, Katia Ricciarelli und Brigitte Fassbaender. Als Gastdirigenten sind Michael Gielen, Jesus Lopez Cobos, Rostropowitsch, Bernhard Klee, Walter Weller, Christoph Prick, Hans Zender und Myung-Whun Chung vorgesehen. Unter Chailly wird das Orchester 16 Konzerte in den Vereinigten Staaten und Kanada geben.

Paulin und Jensen gehen nicht nach Köln

gd. Köln/Bochum Rolf Paulin und Dr. Uwe Jens Jensen, Mitglieder des Schauspiel-Direktoriums in Bochum, haben dem Theater in einem Brief mitgeteilt, daß sie für die Leitung des Kölner Schauspiels nicht mehr zur Verfügung stehen. Als Grund nennen sie, daß nach der Absage von Thomas Langhoff das von ihnen gewünschte Dreier-Direktorat nicht mehr möglich sei.

Adolf Dresen verläßt vorzeitig Frankfurt

gd. Frankfurt Der Direktor des Frankfurter Schauspiels, der aus der „DDR“-stammende Adolf Dresen, hat seinen Vertrag zum Ende der Spielzeit 1984/85 und damit ein Jahr vor Ablauf gekündigt. Als Nachfolger hat Frankfurts Kulturdezernent Hilmar Hoffmann (SPD) Claus Peymann, den Bochumer Theaterleiter, ins Gespräch gebracht. Genannt wird aber auch Thomas Langhoff, ebenfalls aus der „DDR“.

Privatmann rettet das Fotosymposium

dw. Düsseldorf Ein Düsseldorfer Rechtsanwalt und Kunstsammler hat für das 5. Internationale Fotosymposium Schloß Mickeln 10 000 Mark zur Verfügung gestellt. Das Symposium, das von der Fotografin Krika Kifil organisiert wird, drohte zu scheitern, weil die Stadt Düsseldorf den notwendigen Etat um die Hälfte auf 10 000 Mark reduziert hatte. Die Veranstaltung im Oktober steht unter dem Thema „Fotografie zwischen Kunst und Kommerz“.

Nichts geht mehr in Italien ohne Sponsoren

M.v.Z. Mailand Alle von der Stadt Venedig für 1984 geplanten Veranstaltungen werden von der Industrie-Gruppe Alivar (Kekse, Kartoffelchips, Konserven) gesponsert. Neun Sponsoren und fünf Garantien stellen außerdem der Biennale die fehlenden drei Milliarden Lire zur Verfügung. Mit der Restaurierung der Ca' Venier haben Amerikas italienische Banken verhandelt, daß die Sammlung Peggy Guggenheim nach New York verlagert wird. Insgesamt wurden im letzten Jahr 500 Milliarden Lire von der Privatwirtschaft für kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt. Damit hat sie einen wesentlichen Teil der Aufgaben des Staates übernommen.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Rowohlt's Bildmonographien zum 300. Mal

Die Wattewelt der Virginia Woolf

Periodica in Form von regelmäßig erscheinenden Taschenbüchern über ein bestimmtes Interessengebiet sind eine Art von Aristokratie des Zeitschriftenmarktes - man denke etwa an Kalenderserien „Initiative“ - Reihe in der Herderbucherei oder an die Rowohlt-Bildmonographien, die nun seit einem Vierteljahrhundert (Beginn im März 1968 mit Curt Hoffmanns „Kleist“) die Großen dieser Welt, von den Staatsmännern bis zu den Künstlern, vorstellt. Ein Rückblick auf die bisher gut 300 Bändchen der Rowohlt-Monographien drängt sich auf. Es kündigt sich nämlich Konkurrenz an. Während die biographische Serie des Heyne-Verlages bisher gegen Rowohlt's raffinierte Mischung von Lesetext/Nachschlagetext/Bild nicht ankam, könnten die „Exempla historica“ - Epochen der Weltgeschichte in Biographien, das Mammut-Unternehmen des S. Fischer Verlages, vielleicht gefährlicher werden.

An der Rowohlt-Reihe ist eine gewisse Weiträumigkeit anzuerkennen, die wohl vor allem auf das Konto ihres Gründers Kurt Kusenberg geht. Zwar hatte auch er seine Grenzen; so lehnte er zu Beginn der 60er Jahre den Vorschlag eines Bändchens über

Heimato von Doderer gereizt ab. Das war aber wohl ein ästhetisches Urteil, keines über die „Richtung“.

Auf jeden Fall hielt sich in der Reihe der durch die vulgärmarxistische Mode angerichtete Unfug in Grenzen (eines der einschlägigen Bändchen, über Storm, hat sogar den Vorzug unfreiwilliger Komik). Die dumme Polemik gegen „narrative Geschichtsschreibung“, die Verdrängung des Biographischen durch Abstraktionen, schlug in diesen Monographien kaum durch. Die eben erscheinende „Virginia Woolf“ von Werner Waldmann ist ein Beispiel dafür. Jedem Linientreuen Strukturalisten oder Adepten der „Rezeptionsästhetik“ müssen bei seiner Lektüre die Haare zu Berge stehen.

Dies übrigens schon, weil sich das Bändchen in einem Zuge liest, was ja bei manchen promovierten Langweilern als Beweis für „Unwissenschaftlichkeit“ gilt. Waldmann will nichts beweisen, sondern trägt auf dem überreich angehäuften biographischen Material (auch dem optischen) die Elemente zusammen, in deren „Spannungsfeld“ (im wahren Sinne des Wortes) das Werk der Virginia Woolf entstand. Das ist wichtig bei einem literarischen Werk, an dem Glanz und Elend der Moderne in gleicher Weise abzulesen sind.

ANTON MADLER

Sorgen unter strahlend blauem Himmel

MONIKA GERMANI, Johannesburg
Die Wolkenbrüche im Dezember hatten die Bewohner der Gegend um Johannesburg, Pretoria und den Witwatersrand aufatmen lassen: Endlich schien die Trockenheit des vergangenen Jahres ein Ende zu finden. Vorbei sei, so hoffte man, die Zeit der Verbote der Stadtverwaltungen, die Gärten zu sprengen, und die Ermahnungen im Fernsehen, Wasser zu sparen. Langsam erholten sich Blumen und Bäume. Die verregneten Weihnachtsfeiertage waren eher Anlass zur Freude nach dem fast regenlosen Sommer 1982/83. In der Nachbarprovinz Orange Free State stand der Mais im hoffnungsvollen Grün. Kinder machten sich vorsichtig an frische Grashalme heran und setzten langsam wieder Fleisch an.

Ein gutes Düngemittel?

Doch dann kündigte sich die Katastrophe an - mit strahlend blauem Himmel. Seit Neujahr ist alles wieder wie im alten Jahr. Die Industrie rund um die größte Stadt im südlichen Afrika mit ihren Goldminen und Fabriken mußte ihren Wasserverbrauch schon drastisch einschränken. Betroffen sind aber auch die Privathaushalte. Doch bei allen Sorgen und Sparmaßnahmen kommt es gelegentlich zu komischen Situationen in der schlimmsten Trockenheit seit wohl 200 Jahren.

Längst wurden die privaten Wassersparmaßnahmen zum zentralen Thema aller Cocktails. Damen der Gesellschaft erzählen stolz, wie sie mit dem Personal Bade- und Spülwasser liebevoll auf Rosen und Pfirsichbäume verteilen. Muskelpakete an zarten Frauenarmen haben ihren Ursprung nicht mehr vom Schwingen des Tennisschlägers, sondern im Schleppen von Wassereimern. Das Gerücht kursierte, die Chemikalien im Waschwasser seien ein gutes Düngemittel. Trotzdem ist auch die häusliche Obst- und Gemüseproduktion nicht mehr vom Schwingen des Tennisschlägers, sondern im Schleppen von Wassereimern. Das Gerücht kursierte, die Chemikalien im Waschwasser seien ein gutes Düngemittel.

Sparsam wegen hoher Preise

Das Rasenmähen, Ausgleichssport mittelständischer Familienväter am Wochenende, wich einer lärmenden Siesta. Wohltuende Ruhe liegt denn auch an Samstagsnachtsmühen über den weißen Vororten. Beim sonntäglichen „raarveis“, dem südafrikanischen Barbecue, wurden die Erfolge des letzten Wunscherntengängers diskutiert: Wohl dem Haushalt, der einen Brunnen hat. Wer einen neuen bohren lassen will, muß zwei bis drei Monate warten und rund 9000 Mark anlegen.

Dank der Disziplin der Bevölkerung, aber auch drastischer Strafmassnahmen der Stadtverwaltung (mit Bußgeldern von 1000 Mark aufwärts wird bestraft, wer mit einem Gartenschlauch in der Hand erwisch wird), ist der Wasserverbrauch erheblich gesunken. Die Johannesburger Stadtverwaltung sieht sich inzwischen gezwungen, die Wasserpreise heraufzusetzen, um das Loch in den Einnahmen zu stopfen. Vielleicht sogar, um ein total veraltetes Wasserrohrsystem, das derzeit an allen Straßenecken und -enden zu Wasserrohrbrüchen führt, zu sanieren.

Touristen, gerade durch den sicheren Sonnenschein angelockt, werden ermahnt, gewisse Orte nur in „dringenden Fällen“ aufzusuchen. Selbst Whiskies sollen in der Bar nur auf ausdrücklichen Wunsch verlinkert werden. Das alles bringt dem Gastgeber seinem Besucher aus Europa gegenüber oft genug den Ruf ein, ein hoffnungsloser Geizhals zu sein. (SAD)

Hessen will zur Jagd auf die „rollenden Bomben“ blasen

Kontrollen ergaben enormen Anstieg von Sicherheitsverstößen beim Transport gefährlicher Güter

H.-H. KANNENBERG, Wiesbaden

Der hessische Minister für Wirtschaft und Technik, Heribert Reitz, hat für 1984 zur Jagd geblasen auf Tankwagen, die mit gefährlicher Fracht und erheblichen technischen Mängeln zum Sicherheitsrisiko auf deutschen Straßen werden. Verschärfte Sonderkontrollen sollen Fuhrunternehmern, die aus Gewinn- oder Nachlässigkeit bestehende Sicherheitsvorschriften in den Wind schlagen, das Leben schwer machen. Hintergrund der Aktion: Stichproben bei Tanklastzügen hatten 1983 in Hessen einen rapiden Verfall der Sicherheitsmoral im gefährlichsten Zweig des Güterverkehrs auf der Straße signalisiert. Reitz: „Die Zahl der Fahrzeuge mit schweren technischen Mängeln ist in erschreckendem Umfang angestiegen.“

Von den kontrollierten Tanklastzügen hatten 1983 sieben Prozent, 1983 dagegen 17 Prozent gravierende Mängel in der Sicherheitsausrüstung. Das entspricht einem Anstieg der „rollenden Bomben“ von einem Jahr zum anderen um mehr als 140 Prozent. Dazu der Referent des Ministeriums für gefährliche Transporte, Klee: „Fünf Jahre nach der Katastrophe von Los Alfaques ist die heilsame Signalwirkung offenbar dabei, in Vergessenheit zu geraten.“

Hermann Kirchner, Sachbearbeiter des hessischen Wirtschaftsministe-

riums für Transporte gefährlicher Güter, war 1983 mit Verkehrspolizisten und Tankexperten an acht Stellen hessischer Fernverkehrsstraßen bei überraschenden Stand- und Streckenkontrollen auf Achse. Die Stichproben ergaben: Von den kontrollierten Tanklastzügen waren nur 55 Prozent ohne Mängel (1982: 63 Prozent). Die 17 Prozent Tankwagen, bei denen schwere Verstöße gegen die Sicherheit festgestellt wurden, wiesen meist die gleichen Mängel auf: Unzulänglich gesicherte Armaturen im „Dom-Bereich“ (Einfüllstutzen) des Tanks (das birgt die Gefahr, daß bei einem Unfall die Schotten der Tankabteilungen undicht werden); der „Trennschalter“ funktionierte nicht (damit wird bei einem Unfall die elektrische Ausrüstung im Tankbereich ausgeschaltet, um einen Brand oder gar eine Explosion zu verhindern); und schließlich waren die Tanks mit Stoffen beladen, für die sie nicht zugelassen waren.

Was geschehen kann, wenn eine falsche Ladung in Tank landet, dafür lieferten die hessischen Kontrollen ein Schulbeispiel. Ein Tankzug war, entgegen der Zulassungsvorschrift, mit Säure beladen. Kirchner ließ die aggressive Ladung abpumpen. Beim Nachschauen der inneren Tankverkleidung stellte sich heraus, daß die 5,12 Millimeter dicke Schutzhaut bereits um 0,1 Millimeter abgefrassen

war. Kirchner: „So etwas öfter, und eines Tages läuft die Ladung aus.“

Seit dem Flammeninferno von Los Alfaques in Spanien, bei dem mehr als 200 Menschen auf einem Campingplatz ihr Leben ließen, ist Europa in Sachen „rollende Bomben“ sensibler geworden. So gibt es beispielsweise internationale verbindende Richtlinien.

Wer in der Bundesrepublik Säuren, Flüssiggas, Treibstoff und andere gefährliche Güter in Tankwagen transportiert, deren Sicherheit zu wünschen übrig läßt, braucht zur Zeit allerdings das Gesetz kaum zu fürchten. Für Verstöße gegen die einschlägigen Verordnungen zum Transport gefährlicher Güter droht Bußgeld zwischen 100 und 1000 Mark (nur Hessen hat die Obergrenze auf 3000 Mark heraufgesetzt). Wer mit einem technisch veralteten Lkw Gewinn einfahren hat, kann darüber hinaus vom Gericht dazu verurteilt werden, den Risiko-Erlös an die Staatskasse abzuführen.

Dies ist nach Auffassung von Experten kein Instrumentarium, mit dem man die Verstöße beim Transport gefährlicher Güter in Tankwagen eindämmen könnte. Dennoch hofft Sachbearbeiter Kirchner: „Unsere verstärkten Sicherheitskontrollen werden sich in der Branche herum-sprechen. Vielleicht sieht nächstes Jahr die Bilanz schon wieder viel besser aus!“

In den Staaten geht das Telefon in die Luft

Neuer Service der US-Airlines: Fernsprecher über den Wolken

A. BÄRWOLF, Hamburg

Des Amerikaners zweitbestes Kind ist das Telefon - nach dem 24-Stunden-TV. Der Service scheint grenzenlos: Geht man aus, tippt man einfach die Nummer des Restaurants in den Apparat, und es klingelt dort, wo man ist, nicht dort, wo man nicht ist. Oder: Spricht man gerade, wird aber gleichzeitig von einem Dritten angerufen, gibt einem die Muechel am Ohr ein Signal, das der Anrufer nicht hören kann, und man vermag hin- und herzuschieben. Oder: Man sitzt gemütlich auf dem Sofa in Los Angeles und kann sich gleichzeitig den Sohn beim Skilauf in den Rockies und die Tochter in New York an die Strippe holen. Vom kommenden Sommer an geht das Telefon in Amerika nun auch noch in die Luft.

Wer im Sommer 1984 in die Staaten fährt und dort mit einer der großen in- und ausländischen Airlines von Küste zu Küste fliegt, der kann von seinem Sitz über den Wolken jeden Telefonapparat in den USA einschließlich Hawaii und Alaska erreichen. Als erste Gesellschaft will American Airlines von Juni an den Service aufnehmen. United Airlines, die größte der in- und ausländischen Gesellschaften, hat 47 der Telefonanlagen für ihre DC 10-Flotte, 18 für ihre Boeing 747 und 39 für die neuen Großraumjets Boeing 767 bestellt. Auch Panam und TWA werden ihren Kunden den Direktwahl-Telefon-service anbieten. In den meisten Maschinen sind die notwendigen technischen Einrichtungen, wie Antennen, schon installiert. Lediglich die Sprechgeräte sind noch nicht eingebaut.

Der Flugreisende kann die Fernsprechverbindung mit dem Boden ohne Hilfe eines „Amtes“ oder eines „operators“ herstellen. Der Besitz einer gültigen Kreditkarte einer der großen US-Firmen ist Voraussetzung. Ein Dreiminutengespräch kostet 7,50 Dollar. Für jede weitere Minute werden 1,25 Dollar berechnet.

Es können allerdings nur Gespräche geführt, aber nicht entgegenge-nommen werden. Die Anlagen werden nur in den sogenannten Jumbos zur Verfügung stehen.

Der Direktwahlverkehr des durch die Stratosphäre fliegenden Passagiers funktioniert nach Auskunft der Herstellerfirma des fliegenden Telefons so: An den Trennwänden der einzelnen Kabinektionen sind Anlagen angebracht, die einem öffentlichen Fernsprecher nicht unähnlich sind. Der Passagier steckt seine Kreditkarte in einen Schlitz des Automaten. Ein Zentralcomputer in Chicago prüft die Kartengültigkeit, nimmt die Nummer der Airline, Flugnummer, Datum, Zeit usw. auf. Bei O.K. vom Boden gibt der Automat den Hörer frei, der seine Schnur hat. Der Hörer kann zum Sitz mitgenommen werden. Von dort wählt der Passagier die gewünschte Nummer über Tasten im Hörer. Nach Gesprächs-ende und Rückgabe des Hörers gibt der Automat die Kreditkarte frei. Abgerechnet wird von den Kreditinstituten auf dem üblichen Wege.

Auch die Technik hinter dem fliegenden Telefon ist imponierend: 28 Bodenstationen decken ganz Amerika ab, vorausgesetzt, die Flughöhe liegt über 7000 Meter. Technische Raffinesse haben in mehr als zehnjährigen Anstrengungen die Hürden genommen, die in den knappen Frequenzen, den Sicherheitsanforderungen und dem Umstand zu suchen sind, daß bei einem Tempo von rund eintaushundert Stundenkilometer über Grund telefoniert wird. Bei dieser Geschwindigkeit ist der sogenannte Dopplereffekt besonders störend, da sich Sender und Empfänger relativ schnell aufeinander zubewegen. Die Anlage sucht automatisch auf dem Flugkurs die nächste und die am weitesten entfernte Bodenstation. So ist eine Sprechzeit von etwa 20 Minuten garantiert. Wer länger sprechen will, wird zuvor automatisch getrennt und muß neu wählen.

„Antwort“ der Transportunternehmen stürzt halb Europa ins Chaos

Streik italienischer Zöllner droht nach Frankreich auch in Bayern den Verkehr lahmzulegen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Näselnd kam die Stimme des Reporters aus dem Polizeihubschrauber mit stündlich neuen Katastrophemeldungen: „Die A1 Paris-Lille zwischen Rundautobahn und Flughafen Charles de Gaulle gesperrt. Die A3 Richtung Reims in der Höhe der Porte de Bagnolet ebenfalls... Lande-leute hört meinen Rat: Nehmt den Zug.“

Das war gestern um 14 Uhr. Am Morgen hatten die Franzosen an Hand einer Landkarte und eines Transistorradios mit angehaltenem Atem den stündlich zunehmenden Würgereiz der Straßensperren gegen ihr Land verfolgen können. Denn hier war System in der Sache. Als habe eine unsichtbare Hand Tausende von Brummis planmäßig auf die strategischen Knotenpunkte des Straßenverkehrs in Marsch gesetzt. In der Nacht war laut Polizeibericht die Zahl der festen Straßensperren von 110 auf 176 angewachsen. Der Norden, der Osten und der Süden des Landes starben langsam ab unter der Drosselung. Automobilfabriken schlossen, weil keine Ersatzteile mehr durchkamen. Kühe und Kälber starben in der eisigen Kälte in ihren Transportern.

Am Stadtrand von Paris schoß ein entervierter Autofahrer neunmal aus seiner Schrotflinte auf einen Lastwagenfahrer. Das Opfer, ein Holländer, liegt im Krankenhaus. Am Fährhafen von Calais prügelten sich englische und französische Fernfahrer um den Zugang zu den Fähren nach Großbritannien. Ein deutscher Fernfahrer aus dem seit Tagen blockierten Cluses im Alpenalpe von Chamonix im Telefongespräch mit dem Kölner Deutschlandfunk: „Die Lage ist viel schlimmer, als ihr es in euren Nachrichten angeht. Die Leute hier werden alle verrückt.“

Obwohl der Ansehnd dagegen spricht, war bei dem Chaos aber noch keine generalistische Planung im Spiel. Es war noch nicht - auch wenn vieles daran erinnert - Chile.



Die Schockwirkung der Katastrophe von Los Alfaques 1981 hat noch - immer - tiefere Wunden bei Lastwagen, die gefährliche Güter transportieren, grobe Verstöße gegen die Sicherheit registriert. FOTO: DIE WELT

Deutscher Schlepper gesunken: 6 Tote?

dpa, Brest

Vier Seeleute des Lübecker Schleppers „Eduard“, der in der Nacht zum Dienstag vor der Bretagne aus bisher ungeklärter Ursache gesunken ist, wurden gestern auf hoher See gerettet. Für sechs weitere Mitglieder der Besatzung bestanden am Nachmittag nur noch geringe Überlebenschancen. Die Überlebenden wurden nach Angaben der Marinepräktur von Brest etwa 35 Meilen von der Bats-Insel entfernt in einem Schlauchboot entdeckt und mit einem Hubschrauber ins Krankenhaus nach Brest gebracht. Bereits um 8.00 Uhr hatten Suchflugzeuge ein erstes Rettungsboot aufgefunden, nachdem in der Nacht Suchalarm ausgelöst worden war. Doch dieses Boot war leer. Es wird deshalb vermutet, daß es keine weiteren Überlebenden gibt. Der deutsche Schlepper „Pazifik“ ist inzwischen im Gebiet eingetroffen. Von dem 38 Meter langen Unglücks-Schiff waren am Montag die letzten Funksignale aufgefangen worden. Am Dienstagabend entdeckten griechische Seeleute einen Schwimmkran ohne den Schlepper „Eduard“ etwa 40 Meilen vor der Vierge-Insel herrenlos treiben. Die „Eduard“ war auf dem Weg von Finnland ins Schwarze Meer.

Vier Kinder ertränkt

dpa, New York
Die 26jährige Jeanne Anne Wright aus Camden im US-Bundesstaat New Jersey hat gestanden, ihre vier Kinder im Alter von elf Monaten bis sieben Jahren am 11. November vergangenen Jahres in einem Fluß ertränkt zu haben. Als Motiv gab die Frau an, sie habe verhindern wollen, daß ihr Mann ihr die Kinder wegnähme.

Bremer Gymnasium besetzt

dpa, Bremen
Mit einer Schulbesetzung wollen die rund 540 Schüler der gymnasialen Oberstufe der Paracelsus-Schule in Bremen ihre Schulpflicht erhalten. Mit dieser Aktion, die bis Ende nächster Woche fortgesetzt werden soll, wollen die Schüler verhindern, daß die gymnasiale Oberstufe geschlossen wird. Die Behörden erwägen diesen Schritt wegen rapide sinkender Schülerzahlen.

Volksverhetzungs-Prozess

der. Zweibrücken
Vor dem Landgericht Zweibrücken bestritt gestern der 35jährige ehemalige Polizeibeamte Hans Günther F., Erfinder und Versender des neonazistischen Würfelspiels „Die Ärgere dich nicht“ zu sein, das 1982 an Zeitungen, Justizstellen und jüdische Gemeinden verschickt worden war. Sieger in diesem Spiel sollte sein, wer zuerst „sechs Millionen Juden ver-gast“ habe. F., der jetzt u. a. wegen Volksverhetzung angeklagt ist, behauptete vor Gericht, das Spiel sei ihm selber zugeschickt worden, und zwar mit Wissen der Polizei. Man wolle ihn jetzt nur ausschalten, weil er zuviel wisse.

Operation mißlungen?

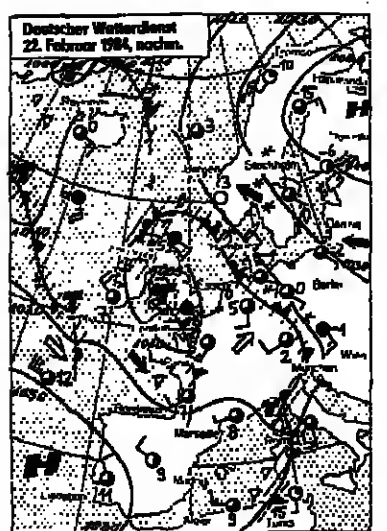
SAD, Houston
Der 12jährige David, der wegen einer angeborenen Immunschwäche von Geburt an unter einer Plastikblase leben mußte, die er in der vergangenen Woche nach einer Operation zum ersten Mal verlassen durfte (die WELT berichtete), hat einen Rückfall erlitten und ist auf die Intensivstation eines Krankenhauses in Houston eingeliefert worden. Ärzte bezeichneten seinen Zustand als kritisch.

ZU GUTER LETZT

„gefangenenpreddienst: Die Fei-le“ ist nicht wie angekündigt beim gefangenenpreddienst in Oldenburg zu haben, weil der Herausgeber und redakteur bei seinem letzten aus-gang abgehauen ist!“ aus „die tagesszeitung“

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Ein Tief über Südeng-land zieht unter Abschwächung zum westlichen Mittelmeer. Es lenkt zu-nächst noch ziemlich milde Meeresluft nach Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:

Gesamtwetterabschätzung und Raum-Bericht: In der Westhälfte vielfach auf-behütet und nur vereinzelt leichte Schauer, im Osten meist stark bewölkt und zeitweise Regen oder Schnee. Tageshöchsttemperaturen null bis 5, nachts zwischen plus 1 und minus 3 Grad. Schwacher Wind aus Süd bis Ost.

Weitere Aussichten:

Leicht unbeständig, kälter.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:		
Berlin	0°	Kairo 18°
Bonn	5°	Kopenhagen 1°
Dresden	1°	Las Palmas 17°
Essen	5°	London 5°
Frankfurt	3°	Madrid 9°
Hamburg	-1°	Mallorca 2°
List/Sylt	-1°	Mallorca 14°
München	2°	Moskau -8°
Stuttgart	4°	Nizza 10°
Algier	9°	Oslo -3°
Amsterdam	4°	Paris 5°
Athen	14°	Prag -2°
Barcelona	12°	Rom 11°
Brüssel	5°	Stockholm -3°
Budapest	1°	Tel Aviv 20°
Bukarest	0°	Tunis 15°
Helsinki	-6°	Wien -1°
Istanbul	9°	Zürich 4°

• Sonnenaufgang am Freitag: 7.30 Uhr, Untergang: 17.55 Uhr; Montagsaufgang: 2.37 Uhr, Untergang: 10.50 Uhr.
• in MKZ, zentraler Ort Kassel

Die Gefahr liegt in der Luft

Beim Hearing des Bundestages zum Thema Luftverschmutzung trugen Experten wenig bei

KNUT TESKE, Bonn

Die Luftverschmutzung in der Bundesrepublik Deutschland ist trotz aller Bemühungen vieler Seiten immer noch katastrophal hoch und führt mit Sicherheit zu gesundheitlichen Schäden. In diesem Punkt waren sich gestern in Bonn alle Umwelt-experten einig, die der Gesundheits-ausschuß des Deutschen Bundestages zum Thema „Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit“ geladen hatte.

Einzig herrschte auch bei der Forderung nach einer weiteren dras-tischen Senkung der Immissions-Höchstwerte, die erst kürzlich mit der Technischen Anleitung Luft (TA Luft) erheblich herabgesetzt worden waren. So müsse der Schwefeldioxid-Gehalt von 400 Mikrogramm pro Ku-bikmeter auf 150 verringert werden (zum Vergleich: USA 80), wolle man den menschlichen Organismus spir-bar entlasten.

Weithin ungeklärt blieb gestern je-doch, welche Folgen die Schadstoffe konkret und nachweisbar auf die menschliche Gesundheit haben. Das wurde besonders deutlich für die im Vordergrund stehenden Fragen, wel-che Auswirkungen die Luftver-

schmutzung auf Lungenkrebs, Pseu-do-Krupp-Husten bei Kindern und der plötzliche Säuglingsstod (Sudden Infant Death Syndrome, SIDS) hat.

In Deutschland sterben jährlich rund 25 000 Menschen an Lungenkrebs. Die Wissenschaftler sind sich darin einig, daß Schadstoffe der Luft dabei zwar auch eine Rolle spielen - allerdings nicht die zentrale. Nach wie vor gilt das Rauchen als Ursache Nummer eins für den Lungenkrebs, wobei die Kombination von Rauchen plus Luftverschmutzung freilich eine sogenannte „überadditive“ Wirkung erreichen kann, bei der sich die Be-deutung einzelner Faktoren nicht mehr nachweisen läßt. Bisher ist le-diglich rein statistisch der Nachweis gelungen, daß Raucher, die in der Asbestindustrie arbeiten, viel häufiger an Lungenkrebs sterben, als Raucher „ohne Asbestexposition“. Doch schon die Hypothese, daß Reizstoffe wie Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid die Bildung von Lungentumoren begünstigen, konnte bisher nicht bewiesen werden.

Ähnlich steht es um den Nachweis für den Pseudo-Krupp-Husten. 16 000 Kindern sollen heute schon

unter dieser Kehlkopfentzündung mit akuten Atembeschwerden leiden. Diese Zahl nannte der SPD-Bundes-tagsgabegordnete Michael Müller, der für dieses Jahr eine Zunahme von weiteren 10 000 Erkrankungen prognostizierte.

Harald Haupt, Chefarzt der Städti-schen Kinderklinik von Duisburg - neben Essen eines der Schwerpunkts-gebiete dieser Plage - räumte ein, daß ein Zusammenhang zwischen hohen Immissionswerten mit einem häufigen Auftreten dieser Krankheit naheliege, bewiesen sei es freilich nicht. Die Fachleute gingen vielmehr davon aus, daß die Krankheit, die auch in Reinluftgebieten vorkomme, meistens von Viren ausgelöst werde.

Was endlich die Todesursache für die plötzliche Säuglingssterblichkeit betrifft, so tappt die Wissenschaft völ-lig im Dunkeln. So viel nur scheint festzustehen: eine Einzelursache komme nicht in Frage. Vielmehr müsse man von Wechselwirkungen zwischen der körperlichen Entwick-lung des Kindes und äußeren Fakto-ren während der Schwangerschaft und nach der Geburt ausgehen, heißt es in dem Referat des Düsseldorfer Privatdozenten Wichmann.

Rätselhafter „Todesstern“

Wissenschaftler entwickeln neue Theorie zum Sauriersterben

dpa, New York

Hinweise auf einen geheimnisvol-len „Todesstern“, der in regelmäßi-gen Abständen von 26 Millionen Jah-ren eine kosmische Katastrophe auf der Erde verursacht und auch für das Sterben der Saurier vor 65 Millionen Jahren verantwortlich sein soll, wol-len amerikanische Wissenschaftler entdeckt haben. Die neue Theorie für das geheimnisvolle Sauriersterben ist in zwei Studien enthalten, die Wis-senschaftler der renommierten Uni-versitäten von Berkeley und Prince-ton vorgelegt haben. Sie haben vorge-schlagen, den Stern, für den es bis-lang nur indirekte Nachweise gibt, nach der griechischen Göttin der strafenden Gerechtigkeit „Nemesis“ zu nennen.

Nach Ansicht der Forscher kommt der Stern alle 26 Millionen Jahre in die Nähe des Sonnensystems, durch-quert dabei die sich um dieses Sys-tem erstreckende sogenannte Ko-metenwolke und wirft ganze Schauer von Kometen aus ihrer Bahn. Einige dieser Kometen - so die Theorie - prallen auf die Erde, reißen tiefe Krater und wirbeln Staubwolken auf, die die Atmosphäre verdunkeln und die

Temperaturen absinken lassen. Die kosmische Katastrophe löschte nach Auffassung der Wissenschaftler je-weils zwischen 20 und 70 Prozent aller pflanzlichen und tierischen Le-bens auf der Erde aus.

Die Theorie, daß Kometeneinschläge für das Sterben ganzer Gruppen von Arten verantwortlich sind, ist be-reits vor mehreren Jahren anhand von geologischen Studien entwickelt worden. Ausgehend von Forschungs-ergebnissen, daß das Kometen-Bombardement sich offensichtlich in re-gelmäßigen Abständen wiederholte, entwickelten der Physiker Richard A. Muller und der Geologe Walter Alvarez von der Berkeley-Universität den Gedanken, daß ein bislang unbe-kannter Stern, der das Sonnensystem begleitet und umkreist, die Katastro-phen auslöst.

Zur Zeit ist dieser Stern nach den theoretischen Berechnungen an sei-nem sonnennähesten Punkt - mehr als 20 Trillionen Kilometer von un-serem Planetensystem entfernt. Die nächste kosmische Katastrophe ist, wenn die Theorie zutrifft, also erst wieder in etwa 15 Millionen Jahren zu erwarten.